

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1977

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Mord und Totschlag 1967 - 1976

- 193 Dieser Beitrag befaßt sich mit den persönlichen und kriminalsoziologischen Situationen jenes Täterkreises, der in den Jahren 1967 bis 1976 wegen eines Mord- oder Totschlagsdeliktes vor rheinland-pfälzischen Gerichten strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wurde.

Personal an Hochschulen 1972 - 1976

- 197 An den Hochschulen des Landes nahm der Personalbestand in den Jahren 1972 bis 1976 um rund 15% zu. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Studierenden um 38%.

Abfallbeseitigung 1975

- 202 Nachdem bereits Daten über die Kapazitäten an Abfallbeseitigungsanlagen im öffentlichen und gewerblichen Bereich bekanntgegeben wurden, können im vorliegenden Beitrag erstmals Ergebnisse über Abfallmengen veröffentlicht werden.

Sozialer Wohnungsbau 1976

- 212 Auch im sozialen Wohnungsbau, bei dem sich die Zahl der jährlich bewilligten Wohnungen seit 1974 nur wenig änderte, werden in zunehmendem Maße Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern erstellt.

Wohngeld 1976

- 216 Gegenüber 1975 ist im Berichtsjahr ein Rückgang der Wohngeldempfänger festzustellen. Dies beruht in erster Linie auf den inzwischen überholten Wohngeldbestimmungen. Die notwendige Novellierung des Wohngeldgesetzes ist erfolgt und wird ab 1978 wirksam.

Anhang

- 65* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
71* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Kreisübersichten 1977

Teil I und II: Zusammenstellung der wichtigsten bei Redaktionsschluß vorliegenden Kreisergebnisse aus allen Gebieten der amtlichen Statistik.

Im fünften Jahr: Rheinland-Pfalz heute - 1977

Der Prospekt „Rheinland-Pfalz heute - 1977“, ist in diesen Tagen im fünften Jahrgang erschienen. Das Heftchen gibt einen Überblick über die wichtigsten Eckwerte aus den Bereichen Bevölkerung, Kultur, Arbeit, Wirtschaft und Staat für die Jahre 1965, 1970 und 1976 und zum Teil auch für 1977.

Die übersichtliche, auch für den Nichtfachmann verständliche Darstellung ist durch farbige Grafiken bereichert. Im Anhang sind ausgewählte Daten für kreisfreie Städte und Landkreise nach dem neuesten Gebietsstand aufgenommen. Eine Gegenüberstellung wichtiger Merkmale bietet die Möglichkeit des Vergleichs zwischen Rheinland-Pfalz, der Summe der Flächenländer und dem Bundesgebiet. Aus Anlaß des 30jährigen Bestehens des Landes am 18. Mai dieses Jahres bringt der Prospekt eine Seite „30 Jahre Rheinland-Pfalz“.

Der 20seitige Prospekt kann beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, Mainzer Straße 15/16, 5427 Bad Ems, bestellt werden. Einzelexemplare sind kostenlos; sonst beläuft sich der Stückpreis auf 60 Pfennig, ab 100 Exemplaren auf 40 Pfennig. ge

**278 Mord- und Totschlagsdelikte in zehn Jahren
Ursachen oft in ungünstigen Erziehungseinflüssen und zerrütteten Familienverhältnissen**

Im Zeitraum 1967 bis 1976 haben rheinland-pfälzische Gerichte in 278 Verfahren vorsätzlich begangene Tötungsdelikte im Sinne der §§ 211 bis 213 StGB strafrechtlich geahndet. In 55 Verfahren erwies sich der Tatbestand des vollendeten Mordes, in 40 Verfahren der eines Mordversuches. 95 Strafverfahren betrafen den vollendeten Totschlag, 88 den Totschlagsversuch. In je einem Verfahren ergingen Verurteilungen wegen Beihilfe und Anstiftung zum Totschlag. An diesen Tatgeschehen waren 293 Personen als unmittelbare oder mittelbare Täter beteiligt.

Der Einblick in die familiären Verhältnisse der Täter läßt offenbar werden, daß deren Fehlverhalten vielfach auf ungünstige Erziehungseinflüsse und Entwicklungsstörungen zurückzuführen ist. So war fast jeder vierte Täter im jugendlichen Alter Voll- oder Halbwaise oder aber die Erziehung oblag nur einem Elternteil. Bei mehr als einem Drittel der Täter waren in der Phase der Entwicklungsjahre die häuslichen Verhältnisse stark zerrüttet oder asozial. Eine zwangsweise Heimunterbringung hatten 12% der Täter erfahren. Auch bei der Untersuchung der schulischen und beruflichen Ausbildungswege des Täterkreises zeigten sich aufschlußreiche Abweichungen von den Regelverläufen. Auffällig hoch war mit 46% auch der Anteil der Verurteilten, welchen bei Begehen der Tat eine verminderte Schuldfähigkeit gemäß § 21 StGB zugebilligt wurde.

Bei der Differenzierung der Tatmotive dominieren bei den männlichen Mordtättern die Bereicherung, bei den Totschlagstätern der Haß und die Vergeltung. Die Tatmotive der verurteilten Frauen waren sehr verschiedenartig. Neben Verzeiwungstaten von Ehefrauen an ihren Ehemännern bzw. Müttern an ihren Kindern gab es solche Tathandlungen, welche von Eifersucht und Haß bestimmt wurden.

Die Zahl der von den im Berichtszeitraum verurteilten Tätern in Tötungsabsicht Angegriffenen belief sich auf 324 Personen. Hierunter gab es 18 Knaben und 15 Mädchen unter 14 Jahren. 162 der Verbrechenopfer, darunter 21 Kinder, verloren durch die Gewaltakte ihr Leben. zi

Mehr über dieses Thema auf Seite 193

11 300 Schulabgänger mehr als im Vorjahr

An den 1 235 Grund- und Hauptschulen des Landes Rheinland-Pfalz waren zum Schuljahr 1977/78 insgesamt 48 604 ABC-Schützen angemeldet worden. Die Zahl der Schulanfänger, die schon in den vergangenen Jahren stark rückläufig war, verminderte sich damit gegenüber dem Vorjahr um rund 7 000.

Aus den Grund- und Hauptschulen waren zum Ende des Schuljahres 1976/77 insgesamt 38 607 Schüler entlassen worden. Die Zahl der Schulabgänger aus diesen Schulen ist damit im Vergleich zum vorangegangenen Schuljahr um über 11 000 angestiegen. Von diesen Schulabgängern hatten vier Fünftel das Abschlußzeugnis der Hauptschule erworben, 1 052 Schüler einen qualifizierten Sekundarabschluß I (mittlere Reife). 15,7% der Schulabgänger verließen die Grund- und Hauptschulen mit einem Abgangszeugnis. Der Anteil der Schulabgänger ohne Abschluß ist damit im Vergleich zu den Vorjahren weiterhin gesunken.

Von den Schülern im Grundschulbereich wollten zum neuen Schuljahr 9 361 auf eine Realschule wechseln; 53,8% davon waren Mädchen. Den Übergang auf ein Gymnasium planten 13 458 Schüler, etwa gleich viele Knaben wie Mädchen. ke

Ein Viertel der Studierenden an Fachhochschulen Frauen

Im Sommersemester 1977 waren an den Hochschulen des Landes Rheinland-Pfalz insgesamt 34 201 Studenten immatrikuliert. Rund zwei Drittel davon studierten an den Universitäten in Mainz, Trier und Kaiserslautern sowie an der Theologischen Fakultät in Trier und jeder elfte an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz. Knapp ein Viertel der Studierenden hatte sich an einer Fachhochschule eingeschrieben.

Gegenüber dem Sommersemester 1976 hat sich die Zahl der Studenten um rund 400 erhöht. Eine starke Zunahme ist dabei vor allem bei den Universitäten zu verzeichnen, während sich die rückläufige Tendenz der Zahl der Studierenden an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule gegenüber dem Sommersemester 1976 weiter fortsetzte.

Von den Studenten an den Universitäten waren 37,8% weiblichen Geschlechts. An der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule waren 62,5% der Immatrikulierten Frauen, an den Fachhochschulen dagegen nur 25,5%.

Im Sommersemester 1977 war jeder 20. Student in Rheinland-Pfalz ein Ausländer. ke

Reales Wirtschaftswachstum in Rheinland-Pfalz 2,3%

Die im vergangenen Jahr festgestellte konjunkturelle Erholung hat sich im ersten Halbjahr 1977 deutlich abgeschwächt. Das rheinland-pfälzische Bruttoinlandsprodukt hat sich in den ersten sechs Monaten dieses Jahres im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum real nur um 2,3% erhöht. Im Jahre 1976 hatte sich die gesamtwirtschaftliche Zuwachsrate nach der Rezession 1975 real auf + 6,0% gestellt. Die Wachstumsrate des ersten Halbjahres blieb auch unter der des Bundesgebiets (+ 3,2%), was in erster Linie auf Produktionsrückgänge bei der chemischen Industrie (— 2,6%) und der Ernährungsindustrie (— 8,4%) zurückzuführen ist.

In Grenzen hielt sich erfreulicherweise weiterhin der gesamtwirtschaftliche Preisanstieg. Bei einer nominalen Zuwachsrate von + 5,8% erhöhte sich der Preisindex des Sozialprodukts im ersten Halbjahr 1977 um rund 3,5%, nachdem er sich im Jahresergebnis 1976 auf nicht ganz 3% beziffert hatte. ge

Steigende Verurteilenziffer bei den Jugendlichen

Im Jahre 1976 wurden von rheinland-pfälzischen Gerichten 43 079 Personen wegen einer Straftat abgeurteilt. Diese rechtskräftig abgeschlossenen Verfahren endeten für 36 381 (84,5%) Angeklagte mit einer Verurteilung, für 2 041 (4,7%) mit einem Freispruch. Bei weiteren 4 657 Beschuldigten wurde das Verfahren eingestellt, von Strafe abgesehen oder eine sonstige Entscheidung getroffen. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Aburteilungen um 1 989 (4,4%), die der Verurteilungen um 2 424 (6,2%) zurückgegangen.

Die Gesamtkriminalität des Jahres 1976 - bezogen auf 100 000 der strafmündigen Bevölkerung - fiel gegenüber dem Vorjahr um 6,6%, und zwar von 1 327 auf 1 240. Während die Gruppe der Erwachsenen und Heranwachsenden etwa gleichermaßen an diesem Rückgang beteiligt waren, stieg bei den Jugendlichen (14 bis unter 18 Jahre) die Verurteilenziffer von 1 520 auf 1 738 (+ 14,3%). Mit 4 318 gerichtlich belangten Straftätern stellte diese Altersgruppe gut den zehnten Teil aller Verurteilten. Der Anteil der Frauen an der Zahl der Verurteilten betrug 13,4%; er ist in den letzten zehn Jahren ziemlich konstant geblieben. Etwa 7% der Verurteilten waren nichtdeutsche Staatsangehörige.

In der Rangfolge der Häufigkeit standen wiederum die Vergehen im Straßenverkehr mit rund 46% aller Verurteilungen an erster Stelle. Über 8 500 Verkehrsvergehen wurden in Trunkenheit begangen, darunter nicht ganz die Hälfte in Verbindung mit einem Verkehrsunfall. Fast jeder Dritte wurde wegen eines Vermögensdeliktes schuldig gesprochen. Körperverletzung führte bei jedem Sechsten zu einer Bestrafung, wobei der Anteil der Fälle, welche in Verbindung mit einem Verkehrsunfall standen, 72% betrug. Wegen Vergehen gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amte wurden 2,6% der Angeklagten verurteilt. Gut 1% der Verurteilungen erfolgte wegen begangener Sittlichkeitsdelikte. Gegen 256 Heranwachsende und 212 Erwachsene ergingen Schuldsprüche wegen Vergehen gegen das Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln; wegen dieses Deliktes wurden 114 Jugendliche zur Rechenschaft gezogen, das sind fast 20% der insgesamt 582 Verurteilungen. Gegenüber dem Vorjahr ist hier insgesamt eine Zunahme um über 30% festzustellen. Die Verurteilungen wegen Mordes oder Totschlags lagen mit 45 Fällen zahlenmäßig über denen des Vorjahres (40).

Insgesamt entschieden die Gerichte in 30 433 Verfahren nach dem allgemeinen Strafrecht und in 5 948 Verfahren nach dem Jugendstrafrecht. Bei rund 83% der nach allgemeinem Strafrecht Verurteilten erkannten die Gerichte auf eine Geldstrafe, bei 5 013 (16,5%) auf Freiheitsstrafe, welche in mehr als der Hälfte der Fälle zur Bewährung ausgesetzt wurde. Mit Strafarrest wurden die Straftaten von 166 Soldaten geahndet. Gegen die nach Jugendstrafrecht Verurteilten kamen überwiegend Zuchtmittel zur Anwendung (4 644 oder 78,1%). Jugendstrafe erhielten 1 173 (19,7%) Straftäter, ihre Vollstreckung wurde in 684 Fällen (58,3%) zur Bewährung ausgesetzt. Ausschließlich auf Erziehungsmaßregeln wurden in 131 (2,2%) Fällen erkannt.

Von den 9 091 angeordneten Maßregeln der Besserung und Sicherung betrafen 99,4% die Entziehung der Fahrerlaubnis; 25 Angeklagte wurden in ein psychiatrisches Krankenhaus, 9 in eine Entziehungsanstalt eingewiesen. Berufsverbot erhielten 7 Verurteilte, Sicherungsverwahrung wurde nur einmal angeordnet.

Annähernd jeder dritte Verurteilte war vorbestraft. Bis zu ihrer Aburteilung befanden sich 1 507 (3,5%) der Angeklagten in Untersuchungshaft. In über 90% der Fälle lag der Untersuchungshaft eine Fluchtgefahr nach § 112 Abs. 2 Nr. 1, 2 StPO zugrunde. is

Starker Personalzuwachs an den privaten Fachhochschulen

An den Hochschulen des Landes Rheinland-Pfalz waren am 2. Oktober 1976 insgesamt 10 475 Personen beschäftigt. Zwei Fünftel davon zählten zum wissenschaftlichen Personal. 1972 waren rund 1 300 Beschäftigte weniger gezählt worden.

Innerhalb der vergangenen fünf Jahre nahm der Personalstand beim wissenschaftlichen Personal etwas stärker zu als beim technischen, Verwaltungs- und sonstigen Personal. Doch wesentlich stärker als die Zahl der an den Hochschulen Beschäftigten stiegen im gleichen Zeitraum die Studentenzahlen.

Die Ausweitung des Personalstandes zwischen 1972 und 1976 verlief an den einzelnen Hochschulen sehr unterschiedlich. An der privaten katholischen Fachhochschule in Mainz wirkte sie sich mit + 279% am stärksten aus, ebenso an der privaten Fachhochschule der Pfälzischen Landeskirche in Ludwigshafen mit + 139%. Die beiden Universitäten in Trier und Kaiserslautern, die erst zum Wintersemester 1970/71 den Lehrbetrieb aufnahmen, hatten erwartungsgemäß ebenfalls eine starke Zunahme des Personals zu verzeichnen. Am geringsten lag sie mit + 5% an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz. Einen Rückgang hatte lediglich die Theologische Fakultät in Trier aufzuweisen (- 3,4%). ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 197

Qualitätseinbußen bei hoher Getreideernte

Nach vorläufigen Ermittlungen wird sich die Getreideernte 1977 in Rheinland-Pfalz auf 1,44 Mill. t (ohne Körnermais) belaufen. Sie liegt damit um fast 50% über der durch Trockenschäden stark reduzierten Erntemenge des Vorjahres und auch noch um etwa 6% über dem Durchschnittsergebnis der Jahre 1971/76. Nur 1974 wurde bisher eine höhere Getreideernte eingebracht. Da die Anbaufläche gegenüber den Vergleichsjahren nur geringfügig ausgedehnt wurde, ist die Mengenzunahme fast ausschließlich auf höhere Hektarerträge zurückzuführen. Für Getreide insgesamt wurden vorläufig 38,0 dt je ha gegenüber 26,4 dt im letzten Jahre und 36,2 dt im mehrjährigen Durchschnitt ermittelt. Für Winterweizen errechneten sich 43,2, für Winterroggen 36,5 und für Sommergerste 35,0 dt je ha. Von allen Getreidearten erbrachte die Wintergerste mit 43,7 dt den höchsten Hektarertrag, die auch in Rheinland-Pfalz zunehmend angebaut wird und bei günstiger Witterung weitgehend verlustfrei eingebracht werden konnte.

Infolge der anhaltenden Niederschläge im August sind jedoch in den Höhengebieten durch hohe Feuchtigkeit und Auswuchs Qualitäts- und teilweise auch Mengenverluste eingetreten, die gebietsweise allerdings ein sehr unterschiedliches Ausmaß erreichten. Betroffen waren hiervon vor allem die Flächen von Winterweizen, Winterroggen und Hafer, die bereits vor längerer Zeit in Lagerung übergegangen waren. tg

Reichliche Kartoffelernte

Die Kartoffelernte in Rheinland-Pfalz wird sich in diesem Jahre nach vorläufigen Ermittlungen auf rund 860 000 t belaufen. Davon entfallen 132 000 t auf Frühkartoffeln und 728 000 t auf mittelfrühe und späte Sorten. Das Aufkommen liegt damit um 42% über der geringen Menge des Vorjahres. Da die Anbaufläche noch geringfügig reduziert wurde, ist die Zunahme ausschließlich eine Folge höherer Hektarerträge. Mit 267 dt je ha wurde das Ergebnis des letzten Jahres um 44% und der mehrjährige Durchschnitt um 7% übertroffen. Die Qualität der Knollen kann im großen und ganzen als gut beurteilt werden. Negative Erscheinungen gehen in der Regel über den üblichen Umfang nicht hinaus. tg

Anbau von Wintergerste weiter ausgedehnt

Nach den Ergebnissen der betriebs- und marktwirtschaftlichen Berichterstattung wird die Aussaatfläche für Wintergetreide im Herbst 1977 nur geringfügig gegenüber dem Vorjahr eingeschränkt. Während der Anbau von Winterweizen (1976: 114 000 ha) um 2% reduziert werden soll, ist beim Winterroggen mit einem Rückgang um 3 000 ha oder 7% zu rechnen.

Eine kräftige Ausdehnung wird dagegen für den Anbau von Wintergerste erwartet, und zwar um 18% auf etwa 42 000 ha. Damit würde die für Wintergerste vorgesehene Anbaufläche erstmals diejenige für Winterroggen übertreffen. kr

Freilandgemüseanbau erheblich ausgeweitet

Der seit Jahren rückläufige Freilandgemüseanbau für den Markt wurde 1977 erstmals wieder ausgeweitet, und zwar in bemerkenswert starkem Ausmaß. Nach den bei der repräsentativen Gemüsehaupterhebung im Juli getroffenen Feststellungen über den tatsächlichen Anbau hat die Ausdehnung sogar den nach der Erfragung der Anbauvorhaben im Frühjahr erwarteten Umfang noch deutlich übertroffen. Insgesamt wurde mit 5 152 ha eine um rund 460 ha oder 9,9% größere Freilandfläche als im Vorjahr mit Gemüse bestellt.

An der Ausweitung waren vor allem die Kohlgemüsearten beteiligt. So wurde der Anbau von Weißkohl um 90 ha auf 293 ha, der von Rotkohl um 42 ha auf 158 ha ausgedehnt. Der mit 547 ha unter den Kohlarten den größten Flächenanteil einnehmende Blumenkohl stand auf einer um 57 ha größeren Fläche. Auch Wirsing, Grün- und Rosenkohl wurden vermehrt angebaut. Bemerkenswerte Erweiterungen gab es ferner bei zahlreichen anderen Gemüsearten. So hat sich die Fläche des Kopfsalats um 31 ha auf 745 ha erhöht und steht hierzulande weiterhin an erster Stelle, während der nicht weniger bedeutende Anbau des Spinats um 52 ha auf 727 ha anstieg. Größere Zugänge verzeichneten auch Möhren (+ 66 ha), Sellerie (+ 40 ha), Porree (+ 48 ha), Zwiebeln (+ 57 ha) und Tomaten (+ 20 ha). Dagegen wurden Spargel (— 74 ha), Busch- und Stangenbohnen (— 56 ha) sowie Gurken (— 21 ha) in geringerem Umfang als 1976 angebaut. po

Schlachtschweinebestände rückläufig

Nach der repräsentativen Zählung am 3. August 1977 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 681 700 Schweine, die in 40 000 Betrieben gehalten wurden. Während sich die Zahl der Betriebe gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres um 7% verringerte, ging der Bestand um 5,2% zurück. Von der Abnahme waren alle Gewichts- und Verwendungsgruppen betroffen, besonders stark jedoch die Jungschweine (— 9,3%) und die Mastschweine (— 5,1%). In den nächsten Monaten muß daher zunächst mit einem geringeren Schlachtschweineaufkommen gerechnet werden. rō

Geringer Anstieg der Beschäftigten in der Industrie im ersten Halbjahr 1977

Gemessen am entsprechenden Vorjahreszeitraum waren bei den rheinland-pfälzischen Industriebetrieben mit 10 und mehr Personen im ersten Halbjahr 1977 sowohl für die Zahl der Beschäftigten als auch der geleisteten Arbeiterstunden mit + 1,2 bzw. + 0,5% Zunahmen festzustellen.

Für die Lohn- und Gehaltssumme sowie den Umsatz errechnen sich von Januar bis Juni 1977 Zuwachsraten von + 8,7 bzw. + 4,2%, worunter der Auslandsumsatz mit + 6,9% überproportional anstieg. Im gleichen Zeitraum nahm allerdings der Erzeugerpreisindex von Produkten der verarbeitenden Industrie um 3,7% zu, wodurch sich die reale Umsatzexpansion stark reduziert. Indessen waren unter den Industriebeschäftigten überdurchschnittliche Umsatzsteigerungen für den Investitionsgüter- (+ 9,0%) und den Verbrauchsgütersektor (+ 7,8%) zu beobachten. Die nur unterproportionale Zunahme bei den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien von + 1,0% muß maßgeblich auf die 0,9%ige Umsatzeinbuße bei der anteilmäßig überwiegenden chemischen Industrie zurückgeführt werden (Nahrungs- und Genußmittelherstellung — 2,1%). pe

Industrieproduktion leicht rückläufig

Im Zeitraum Januar bis August 1977 konnte - verglichen mit dem Vorjahreszeitraum - der Produktionsstand der rheinland-pfälzischen Industrie nur knapp gehalten werden, während 1976 hier noch ein Wachstum von 12,3% erzielt worden war. Beeinflußt durch die günstige Entwicklung im Maschinenbau einschließlich Datenverarbeitung (+ 6,5 bzw. + 4,0%) hatte der Investitionsgüterbereich gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 2,9% zu verzeichnen. Im Verbrauchsgütersektor standen der Abschwächung in der Holzverarbeitung (— 8,1%), der Bekleidungs- (— 7,8%) und Schuhindustrie (— 6,3%) Steigerungen der Ledererzeugung (+ 13,2%), Papier- und Pappeverarbeitung (+ 11,3%) sowie Glasindustrie (+ 7,2%) gegenüber, so daß insgesamt eine positive Veränderung von 1,3% ermittelt wurde. Die Abnahme bei den Grundstoff- und Produktionsgütern (— 2,1%) hat ihre Ursache in dem Nachfragerückgang nach Steine und Erden (— 3,3%) sowie Chemieerzeugnissen (— 2,4%). Diese Wirtschaftszweige hatten im Vorjahr noch Steigerungen um 6,0 und 21,7% erzielt. Die Nahrungs- und Genußmittelbranche, die hier 1976 mit einer Ausweitung von 13,5% noch an zweiter Stelle stand, mußte mit — 3,4% nunmehr die höchste Einbuße hinnehmen, wobei die Tabakverarbeitung (+ 16,0%) den Rückgang der Ernährungsindustrie (— 8,4%) nicht ausgleichen konnte. Die steuerliche Mehrbelastung der Spirituosenindustrie zur Jahreswende 1976/77 wirkte sich auf die Produktion besonders stark aus. Der Rückgang belief sich auf rund 35%. san

133 Unfälle bei der Lagerung und beim Transport wassergefährdender Stoffe

In Rheinland-Pfalz wurden 1975 und 1976 insgesamt 70 bzw. 63 anzeigepflichtige Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen registriert, wobei es sich überwiegend um Unfälle bei der Lagerung handelte (48 bzw. 50 Fälle). Während 1976 die Gesamtzahl der Unfälle um 10,0% und die der Transportunfälle um 40,9% niedriger lagen als 1975, stiegen die Lagerungsunfälle um 4,2% leicht an. Die Unfallursachen lagen im letzteren Bereich stets etwa zur Hälfte bei Material- und Herstellungsfehlern einschließlich entsprechender Beschädigungen von Behältern, Leitungen und Betriebseinrichtungen (24 bzw. 23) sowie beim Versagen von Sicherheitseinrichtungen oder Bedienungsfehlern während des Füllens oder Wartens der Behälter (24 bzw. 27). Die Transportunfälle waren hingegen vorwiegend auf Beschädigungen des Fahrzeuges durch das Abkommen von der Fahrbahn zurückzuführen (10 bzw. 7).

Von den ausgelaufenen Mengen der wassergefährdenden Stoffe (1975: 85,9 m³; 1976: 137,5 m³) konnte jeweils nur ein Drittel wiedergewonnen werden. Die übrigen zwei Drittel führten zu teils erheblichen Umweltbelastungen. Überwiegend traten hierbei Verunreinigungen des Bodens (34 bzw. 47 Fälle), eines Gewässers (26 bzw. 25) und des Kanalnetzes (11 bzw. 23) auf. Indessen konnten schwerer wiegende Unfallfolgen, wie die Gefährdung einer Wasserversorgung (2 bzw. 4) und sonstige gravierende Sekundärschäden (6 bzw. 7) durch die unmittelbar eingeleiteten Schutzmaßnahmen größtenteils vermieden werden. fn

Günstige Geschäftsentwicklung im Einzelhandel und Gastgewerbe

Die rheinland-pfälzischen Einzelhandelsgeschäfte erzielten im 1. Halbjahr 1977 um 7,0% höhere Umsätze als im 1. Halbjahr 1976. Diese Entwicklung wurde - wenn auch in abgeschwächterem Maße als in den vorhergehenden Zeiträumen - von Preissteigerungen beeinflusst. Die reale Umsatzzunahme belief sich nur auf 3,1%. Die privaten Verbraucher legten jedoch gegenüber den Vorjahren ein konsumfreudigeres Kaufverhalten an den Tag, wobei sie eine eindeutige Präferenz für langlebigere Gebrauchsgüter zeigten. Dabei hielt die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen unverändert stark an: Der Kfz-Einzelhandel berichtete von einer nominalen Umsatzausweitung um 18,7%, die real einer Plusrate von knapp 14% entspricht. Auch in den Fachzweigen Tapeten und Fußbodenbeläge (+ 26,9%), Blumen und Pflanzen (+ 14,7%), Fahrräder und Mopeds (+ 12,7%), Lebensmittel aller Art (+ 8,9%) sowie in einigen Textilbereichen wurden starke Umsatzzunahmen registriert.

Ähnlich positiv verlief die Umsatzentwicklung im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe. Die Plusrate für den Gesamtumsatz war mit 6,6% nur unwesentlich niedriger als im Einzelhandel. Dabei schnitt das Beherbergungsgewerbe mit einer Umsatzsteigerung von 8,7% erfolgreicher ab als das Gaststätten-gewerbe, dessen Umsatz um 4,9% zunahm. Von besonderem Einfluß waren dabei die erhebliche Ausweitung des Übernachtungsumsatzes, die im Beherbergungsgewerbe insgesamt 14,2%, bei den Hotels 15,6% und bei den Gasthöfen 13,1% betrug, sowie die hohe Preissteigerung für Kaffee. Die Kantinen und Cafés erzielten nicht zuletzt aus diesem Grunde überdurchschnittliche Zuwachsraten von 9,0 bzw. 7,3%. pe

Die Zahl der Beschäftigten nahm im 1. Halbjahr 1977 erfreulicherweise wieder zu, nämlich um 1,5% im Einzelhandel und um 1,1% im Gastgewerbe. Während die Zahl der Teilzeitkräfte um 3,3 bzw. 4,9% stärker anstieg, lag die Zahl der Vollzeitbeschäftigten im Einzelhandel mit + 0,9% geringfügig über dem Stand des 1. Halbjahres 1976. Das Gastgewerbe mußte bei seinen Vollzeitkräften eine prozentual ebenso knapp bemessene Einbuße um 0,7% hinnehmen. sr

Mehr als 6,5 Mill. t Abfälle beseitigt

Im Jahre 1975 wurden in Rheinland-Pfalz mehr als 6,5 Mill. t Abfälle beseitigt, was einer Belastung von 1,8 t je Einwohner entspricht. Ihre Ablagerung erfolgte zu rund zwei Dritteln in öffentlichen und zu einem Drittel in betriebseigenen Anlagen, wobei zu beachten ist, daß nach Maßgabe des Bundesabfallbeseitigungsgesetzes Abfälle nur noch in eigens zugelassene Einrichtungen gebracht werden dürfen. An derartigen Anlagen standen 78 für die öffentliche und 511 für die betriebsinterne Entsorgung zur Verfügung, darunter 65 bzw. 181 Deponien. Während die Abfallmenge zu etwa 88% auf Deponien beseitigt wurde, errechnen sich für öffentliche und betriebs-eigene Anlagen differenziert Anteile von rund 96 bzw. 73%.

Zu den öffentlichen Beseitigungsanlagen des Landes wurden 1975 nahezu 4,3 Mill. t Abfälle mit einem Volumen von 7,7 Mill. cbm gebracht, woraus ein mittleres spezifisches Gewicht von ca. 0,6 t je cbm resultiert. Daß die spezifisch leichteren Arten des Haus- und Sperrmülls sowie der haummüllähnlichen Gewerbeabfälle zusammen nahezu 80% des Volumens ausmachen, ist von maßgeblicher Bedeutung für die Bereitstellung der erforderlichen öffentlichen Transport- und Ablagerungskapazitäten.

Zu der im betrieblichen Bereich angefallenen Abfallmenge von fast 5,8 Mill. t hat das produzierende Gewerbe mit über 98% weit überwiegend beigetragen. Unter den erfaßten Abfallarten bestritten Bauschutt und Bodenaushub knapp zwei Drittel der erfaßten Menge. pe

Mehr über dieses Thema auf Seite 202

Beschäftigtenstand des Bauhauptgewerbes im ersten Halbjahr 1977 rückläufig

Im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe waren im Juni 1977 rund 66 530 Personen beschäftigt, wobei gegenüber dem Vormonatsergebnis mit + 0,6% ein leichter saisonbedingter Anstieg zu verzeichnen ist. Im Vergleich zu Juni 1976 ergibt sich indessen eine spürbare Beschäftigteneinbuße (- 3,3%), woraus hervorgeht, daß der bereits seit längerer Zeit beobachtete besonders nachhaltige Schrumpfungsprozeß noch nicht zum Stillstand gekommen ist. Für die Arbeitsleistung wurden in bezug zu Mai 1977 und Juni 1976 Veränderungen von + 2,6 bzw. - 3,9% ermittelt.

Im Zeitraum Januar bis Juni 1977 war im Bauhauptgewerbe gegenüber dem ersten Halbjahr 1976 ein merklicher personeller Abbau zu registrieren (- 2,2%), was einem monatsdurchschnittlichen Verlust von nahezu 1 500 Arbeitsplätzen entspricht. Gleichzeitig wurden für die Arbeitsleistung, die Lohn- und Gehaltssumme sowie den baugewerblichen Umsatz Veränderungen von - 0,2 sowie + 2,0 und - 1,3% errechnet. Da hier bereits im Vorjahr wesentlich gravierendere Minderungstendenzen eingetreten waren, vollzog sich der erneute Rückgang auf einem bereits stark reduziertem Niveau. pe

Mord- und Totschlagskriminalität im Zeitraum 1967 bis 1976

Das insbesondere in den sechziger Jahren aktuelle Problem der Todesstrafe, aber auch die zum damaligen Zeitpunkt ins Auge gefaßte Reform der strafrechtlichen Tötungstatbestände, gab Veranlassung, mit Hilfe der amtlichen Statistik nähere Fakten über die Kapitaldelikte Mord und Totschlag sowie über die solcher Handlungen überführten Täter und deren Motive in Erfahrung zu bringen.

Diesem Zwecke diente eine im Zeitraum der Jahre 1967 bis 1976 bundeseinheitlich durchgeführte Mord- und Totschlagsstatistik, welche sich bezüglich der erfaßten Kriterien an die im Rahmen der Reichskriminalstatistik während der dreißiger Jahre erstellten Nachweisungen über verurteilte Mörder anlehnte. Die nunmehr vorliegenden Aufzeichnungen aus Strafverfahren vor rheinland-pfälzischen Gerichten sind Gegenstand der nachfolgenden Ausführungen.

Zur Verdeutlichung des Tatbestandes eines Mordes und eines Totschlags seien zunächst die entsprechenden Definitionen des Strafgesetzbuches wiedergegeben. Diesen zufolge ist ein Mörder, wer aus Mordlust, zur Befriedigung des Geschlechtstriebes, aus Habgier oder aus sonst niedrigen Beweggründen, heimtückisch oder grausam oder mit gemeingefährlichen Mitteln oder um eine andere Straftat zu ermöglichen oder zu verdecken, einen Menschen tötet (§ 211 StGB). Totschläger ist, wer einen Menschen tötet, ohne Mörder zu sein (§ 212 StGB). Somit unterscheidet sich der Mord vom Totschlag durch die besondere Verwerflichkeit der Motive oder des Tathergangs. Einen Totschlag unter mildernden Umständen konstatiert das Strafgesetzbuch, wenn der Totschläger ohne eigene Schuld durch eine ihm oder einem Angehörigen zugefügte Mißhandlung oder schwere Beleidigung von dem Getöteten zum Zorne gereizt und hierdurch auf der Stelle zur Tat hingerissen worden ist, oder wenn andere mildernde Umstände vorhanden sind (§ 213 StGB).

Es bedarf noch des Hinweises, daß die Gesamtzahl der während des Berichtszeitraumes abgeurteilten Tatgeschehen den statistischen Nachweisungen nicht entnommen werden kann, weil durch schuldunfähige Täter (§ 20 StGB) begangene Tötungsdelikte bei der Erfassung unberücksichtigt blieben. Den Ausführungen zugrunde gelegt sind nur solche Tatgeschehen, bei welchen die Täter eine strafrechtliche Ahndung erfahren haben, ungeachtet dessen, ob diesen eine verminderte Schuldfähigkeit

zur Zeit der Tat (§ 21 StGB) konzediert wurde oder nicht. Der Verzicht einer Erfassung des schuldunfähigen Täterkreises begründet sich auf die Tatsache des völligen Fehlens eines charakterbedingten kriminellen Antriebs, jenes Faktums, welches als wichtigste Voraussetzung zur Gewinnung kriminologischer Erkenntnisse zu werten ist.

Im Zeitraum 1967 bis 1976 haben rheinland-pfälzische Strafgerichte in 278 Verfahren vorsätzliche Tötungen im Sinne der §§ 211 bis 213 StGB geahndet; hierbei ist nicht berücksichtigt der Fall eines Kriegsverbrechens. In 55 Verfahren erwies sich der Tatbestand des vollendeten Mordes, in 40 Verfahren der eines Mordversuches. 95 Strafverfahren betrafen den vollendeten Totschlag, 88 den Totschlagsversuch. In je einem Verfahren ergingen Verurteilungen wegen Beihilfe und Anstiftung zum Totschlag.

293 Täter und 324 angegriffene Personen

An diesen Tatgeschehen waren 293 Personen als unmittelbare oder mittelbare Täter beteiligt. 62 Verurteilte waren Mörder als Einzel- oder Mit-täter, 44 konnten des versuchten Mordes überführt werden. Des vollendete Totschlags hatten sich 95 Delinquenten schuldig gemacht, bei 92 blieb es beim Totschlagsversuch, der Anstiftung oder der Beihilfeleistung. Ohne Unterscheidung nach dem Ausmaß des Betroffenseins waren es 324 Personen, gegen welche sich die rechtswidrigen Angriffe richteten. Die zahlenmäßige Gegenüberstellung von Tätern und Opfern zeigt bei den Morddelikten eine um 3, beim Totschlag eine um 28 Personen höhere Zahl an Opfern bzw. Betroffenen. Es gab Tatgeschehen mit einem Täter und mehreren Opfern, wie auch Tatgeschehen mit einem Opfer und mehreren Tätern. So zum Beispiel wurde ein Täter wegen vierfachen Mordes und zweifachen Mordversuches, drei andere Täter wegen gemeinsamen Totschlagversuchs an einer Person verurteilt. Insgesamt verloren 162 Menschen, darunter 21 Kinder, durch die Verbrechen des im Berichtszeitraum belangten Täterkreises ihr Leben.

Deutlicher noch als bei weniger schwerwiegenden Delikten zeigt sich die im Vergleich zur Kriminalität der Männer sehr viel geringere Frauenkriminalität bei den hier in Frage stehenden Kapitaldelikten. Zweifellos sind es vor allem psychogene Ursachen, denen zufolge die Frauen weit weniger zu Gewaltakten neigen, als dies bei Männern der Fall ist. Unter den 108 wegen Morddelikten Verurteilten

Strafbare Handlung	Geschlecht	Opfer		Getötete		Verletzte		Opfer mit Sexualbezug	
		insgesamt	Kinder	zusammen	Kinder	zusammen	Kinder	zusammen	Kinder
Mord (§ 211 StGB)	männlich	60	5	28	4	22	1	3	2
	weiblich	51	4	34	3	15	1	17	1
	zusammen	111	9	62	7	37	2	20	3
Totschlag (§§ 212, 213 StGB)	männlich	139	13	59	8	63	3	5	-
	weiblich	74	11	41	6	27	3	8	1
	zusammen	213	24	100	14	90	6	13	1
Mord und Totschlag insgesamt (§§ 211 - 213 StGB)	männlich	199	18	87	12	85	4	8	2
	weiblich	125	15	75	9	42	4	25	2
	insgesamt	324	33	162	21	127	8	33	4

befanden sich sieben (6,5%), unter den 185 Totschlagstätern 25 (13,5%) Frauen. Der bei dem letztgenannten Delikt höhere Anteil weiblicher Täter erklärt sich insofern, als die Tötungshandlungen der Frauen zumeist nicht von niedrigen Beweggründen - solche sind zwingend für den Tatbestand eines Mordes - bestimmt werden. Vielfach handelt es sich bei diesen Totschlagsgeschehen um Verzweiflungstaten, welche von Ehefrauen an ihren Ehemännern bzw. von Müttern an ihren Kindern begangen wurden.

Die altersmäßige Differenzierung der Täter zeigt den Kulminationspunkt in der Gruppe der 20- bis 30jährigen (37,9%), welchem bezüglich der Häufigkeit der Besetzung in noch merklichem Abstand zu den übrigen Altersgruppen die 30- bis 40jährigen (24,6%) folgen. Dies entspricht der kriminologischen Erkenntnis, daß bei entsprechender Disposition die kriminellen Energien in einem Alter um das 30ste Lebensjahr am stärksten entwickelt werden. 20 Täter hatten zur Zeit der Tat das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht, annähernd die gleiche Anzahl das 50. bereits überschritten. Dem Familienstand nach waren 43% der Täter ledig, 45% verheiratet und stark ein Zehntel geschieden. Inwieweit diese Relationen denen der Gesamtkriminalität entsprechen, ist mangels vergleichbarer Nachweisungen in den Ergebnissen der anderen amtlichen Kriminalstatistiken nicht feststellbar. Ein auffälliger Unterschied zeigt sich bei der Familienstandsgliederung zwischen den beiden Geschlechtern. Während bei den Ledigen die Quote der weiblichen Täter (21,9%) um mehr als 23 Prozentpunkte unter der Quote der männlichen Täter (45,2%) liegt, verhält es sich mit den Quoten der verheirateten Täter (männlich 42,1%, weiblich 68,8%) bei etwas höherer Divergenz genau umgekehrt. Auch hier ist der größere Anteil verheirateter Frauen auf deren relativ häufige Täterschaft in solchen Tötungsfällen zurückzuführen, bei welchen eine Ehezerüttung oder Mitleidsituation das Tatmotiv bildete.

Insgesamt waren es 457 Kinder, welche von der Straffälligkeit eines Elternteils betroffen wurden. Läßt man die geringe Zahl lediger Täter mit Kindern außer acht und bezieht die Gesamtkinderzahl auf die 168 Straftäter eines anderen Familienstandes, so kommen im Durchschnitt auf jeden Täter 2,6 Kinder. Unterscheidet man die Täter bezüglich der Kinderhäufigkeit nach den beiden Straftatbeständen, so entfallen auf die wegen Morddelikten

insgesamt 108 Verurteilten 109 Kinder, auf die 185 Totschlagstäter 348 Kinder. Der hier auffällige Unterschied in der Täter-Kinder-Relation dürfte seinen Grund hauptsächlich darin haben, daß der Anteil der Verheirateten unter den Totschlagstätern größer ist als unter den Mordtätern.

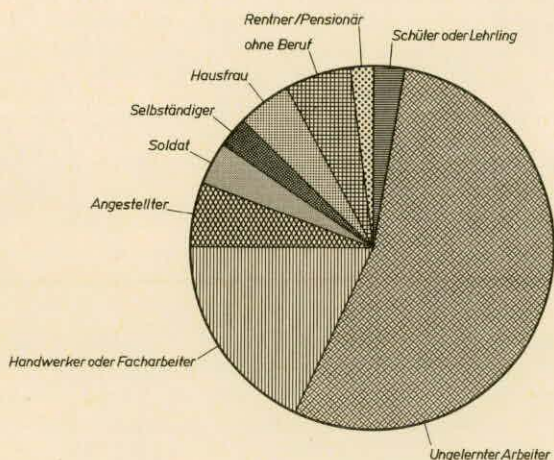
Ungünstige Erziehungseinflüsse und zerrüttete Familienverhältnisse oft entscheidend für das Fehlverhalten

Der Einblick in die familiären Verhältnisse des Täterkreises erhellt, daß gut ein Zehntel der Verurteilten nichtehelich geboren wurden. Inwieweit einer solchen Herkunft im allgemeinen eine wesentliche kriminologische Bedeutung beizumessen ist, sei dahingestellt. Jedenfalls zeigt der Vergleich mit der Quote der Nichtehelichen der Gesamtbevölkerung innerhalb der von den Tätern am stärksten besetzten Geburtsjahrgänge nur minimale Abweichungen. Bedenkt man überdies noch die infolge der geringen Fallzahl fragliche Repräsentation des Täterkreises, so dürfte auf einen besonderen Einfluß der Nichtehelichkeit auf das hier behandelte kriminelle Verhalten nicht geschlossen werden. Eine eindeutige Wertung dürfte die Tatsache zulassen, daß fast jeder vierte Täter im jugendlichen Alter Voll- oder Halbwaise war oder die Erziehung nur einem Elternteil oblag. Hier wird die negative Wirkung fehlender Erziehungseinflüsse offensichtlich. Auch Entwicklungsstörungen in jungen Jahren können zur Bildung eines kriminellen Charakters beitragen, was durch die Tatsache belegt wird, daß immerhin 12% der Täter eine zwangsweise Heimunterbringung erfahren hatten. Können schon die vorerwähnten Umstände für ein späteres Fehlverhalten junger Menschen bedeutsam sein, so sind es erst recht die Milieuschäden eines nichtintakten Elternhauses. Beweis hierfür ist die Feststellung, daß bei mehr als einem Drittel der Täter in der Phase der Entwicklungsjahre die häuslichen Verhältnisse stark zerrüttet oder asozial waren. Aufschlußreich für die charakterliche Labilität eines nicht geringen Teiles des Täterkreises ist der häufig nachgewiesene Alkoholmißbrauch. Jeder sechste Täter galt als ausgesprochen trunksüchtig; in jedem fünften Falle spielte der Alkohol auf der Täterseite bei Begehen der Tat eine entscheidende Rolle.

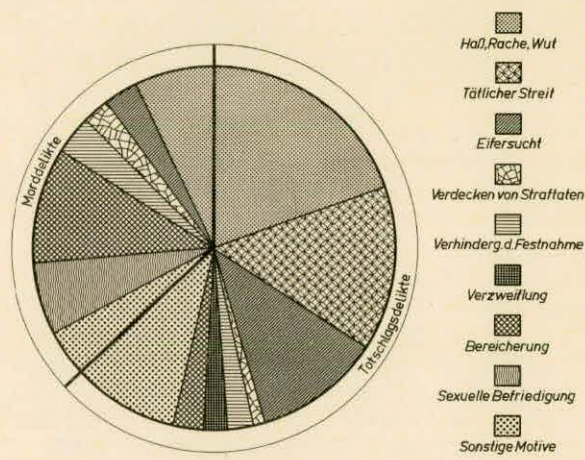
Aufschlußreiche Abweichungen von den Regelverläufen zeigen auch die Untersuchungen der schulischen und beruflichen Ausbildungswege des Täter-

Mord und Totschlag im Zeitraum 1967 - 1976

Beruf der Täter



Tatmotive



kreises. Von den Delinquenten, welche die Volksschule bzw. die Hauptschule besuchten (247) konnten mehr als zwei Fünftel das Schulziel nicht erreichen. Von den 28 Besuchern einer höheren Schule blieben 21 ohne Abschluß. Ein Fachhochschulstudium, welches von vier Tätern aufgenommen wurde, beendete nur einer. 18 Täter erfuhren ihre schulische Ausbildung in einer Hilfsschuleinrichtung bzw. einer Einrichtung für Lernbehinderte. War es nicht einmal die Hälfte (43%) der Verurteilten, welche zu Beginn ihrer Berufsausübung eine gewerbliche oder kaufmännische Lehre aufgenommen hatte, so hat von diesen wiederum mehr als ein Drittel (35%) die Ausbildung vorzeitig abgebrochen oder nicht ordnungsgemäß beendet. Es wundert daher nicht, daß der Anteil der ungelernten Arbeitskräfte sowie der Berufslosen unter den Tätern mit 60% auffällig hoch ist. Sicher besteht die Annahme zurecht, daß die nicht regulär verlaufene Schul- und Berufsausbildung und die damit zwangsläufig sich ergebende unqualifizierte Berufsausübung mit meist minderer Vergütung bei manchem Täter zum sozialen Abgleiten beigetragen haben dürfte. Handwerker oder Facharbeiter gab es unter den Verurteilten 53, überdies 17 Angestellte, acht Selbständige (zumeist Landwirte), elf Soldaten (mit einer Ausnahme Angehörige ausländischer Streitkräfte), acht Lehrlinge und 14 Hausfrauen. Sechs Verurteilte waren Pensionäre bzw. Rentner.

Hohe Vorbestraftenquote basiert zumeist auf Delikten minder schweren Unrechtsgehaltes

Ist für die Beurteilung der Persönlichkeit des Täters schon im allgemeinen die Frage von Bedeutung, ob dieser bei Begehen einer strafbaren Handlung kriminell noch unbelastet oder bereits vorbestraft ist, so beim Mörder und Totschläger im besonderen. Nicht uninteressant wären deliktspezifische, auf die Vorstrafen aller Verurteilten des Berichtszeitraumes bezogene exakte Aussagen für den hier behan-

delten Täterkreis, jedoch verbieten sich solche wegen dessen geringer Repräsentanz. Festzustellen ist, daß die Vorstrafenquote der wegen Mord- oder Totschlagshandlungen belangten Täter (50,5%) deutlich über der Quote der Verurteilten insgesamt (35,2%) liegt. Getrennt nach den beiden Delikten ergibt sich für Mordtäter eine wesentlich höhere Vorstrafenquote (58,3%) als für Totschläger (45,9%). Augenfällig ist auch die Divergenz in den Anteilen zwischen jenen Mord- und Totschlagstätern einerseits und den Gesamtverurteilten andererseits, welche mehr als vier Vorstrafen aufzuweisen hatten und damit eine besondere kriminelle Energie bewiesen. Hier übersteigt die Quote der erstgenannten Gruppe die der zweiten um 7 Prozentpunkte. Dies ist jedoch nicht Beweis für die Annahme, das kriminelle Vorleben der Mord- und Totschlagstäter sei hauptsächlich durch Gewalttätigkeiten oder Straftaten sehr schweren Unrechtsgehaltes bestimmt gewesen. Ganz im Gegenteil: die Untersuchung zeigt, daß die Delinquenten nur in verhältnismäßig seltenen Fällen aus dem Schwerverbrechertum hervorgegangen sind. Diebstahl, Unterschlagung und Betrug sowie Verkehrsvergehen bilden das Gros der Vorstrafendelikte.

Erstaunlich hoch war die Zahl der Täter, welchen bei Begehen der Tat eine verminderte Schuldfähigkeit gemäß § 21 StGB zugewilligt wurde (45%). Ursächlich hierfür dürfte sein, daß bei den als schwerste Kapitalverbrechen geltenden Mord- und Totschlagsdelikten - schon im Hinblick auf die hohen Strafandrohungen - der Frage nach dem Grad der Steuerungsfähigkeit mit äußerster Akribie nachgegangen wird. Von den insgesamt 133 bedingt schuldfähig Verurteilten hatten sich 36 wegen eines Mordes und 97 wegen eines Totschlages zu verantworten. Der beim Totschlag auch relativ sehr viel höhere Anteil vermindert schuldfähiger Täter erklärt sich auch daraus, daß insbesondere Personen, bei denen

die Vorschrift des § 21 StGB wegen seelischer Labilität oder alkoholbedingter Verhaltensstörungen zum Zuge kam, leicht zu Affekthandlungen im Sinne des § 213 StGB neigen. Die hauptsächlichsten Gründe für eine verminderte Schuldfähigkeit beim Tatgeschehen der §§ 211-213 StGB waren bei den Männern Alkoholeinwirkung und Affektstau, bei den Frauen neben Affektstau auch Geistesschwäche.

Häufigste Tatmotive: Haß, Rache, Bereicherung

Bei der Darstellung der Tatmotive ergeben sich insofern Schwierigkeiten, als erfahrungsgemäß in den Urteilsbegründungen gleichartige Motive zum Teil sehr uneinheitlich angegeben werden. Es ist daher bei der statistischen Zusammenstellung notwendig - ohne Rücksicht auf die tiefer liegenden Regungen - jeweils das Motiv zugrunde zu legen, das bei der Tatausführung im Vordergrund gestanden hat. Die Betrachtung der Tatmotive läßt ein unterschiedliches Dominieren der Beweggründe bei beiden Delikten erkennen. War es bei den männlichen Mordtätern - die Gruppen umfassen auch die wegen einer unvollendeten Tat zur Verantwortung gezogenen - vornehmlich die Bereicherung (29,7%), welche zu den Gewaltakten veranlaßte, so handelten die wegen Totschlags verurteilten Männer hauptsächlich aus Haß, Rache oder Wut (32,5%). Nach der Häufigkeitsfolge finden sich bei den wegen Mordes belangten Männern (bei Nichtberücksichtigung der unspezifizierten Motive) alsdann die Beweggründe Haß (17,8%), sexuelle Befriedigung (17,8%), Verhinderung der Festnahme (9,9%), Eifersucht (7,9%) und Verdecken von Straftaten (6,9%). Bei den Totschlagstätern sind es in der weiteren Reihenfolge der tätliche Streit und Familienzwiseigkeiten (23,8%), Eifersucht (18,1%), Verhindern der Festnahme (4,4%), Bereicherung (4,4%), Verdecken von Straftaten (1,9%), Delikte auf geschlechtlicher Basis (1,3%) und schließlich Verzweiflung (0,6%).

Die Tatmotive der 32 verurteilten Frauen waren so verschiedenartig, daß sie sich in der Mehrheit nicht in die vorgegebenen statistischen Kategorien einordnen ließen. Hier sind insbesondere jene Delikte zu erwähnen, die Mütter an ihren Kindern begingen und bei denen das Tatgeschehen von großer Verantwortungslosigkeit und Roheit, teilweise aber auch von schwerer Sorge oder falsch verstandenem Mitleid bestimmt wurde. Hatte zum Beispiel eine der Mütter ihre Kleinkinder durch völlige Verwahrlosung und Nahrungsentzug dem Tode preisgegeben, so wollte eine andere ihrem mißgestalteten Kinde das schwere Lebensschicksal ersparen. Belehrtet man die klassifizierten Tatmotive der Frauen, so finden sich Haß, Rache und Wut (8) an erster Stelle. Je fünf der Delinquentinnen wurden durch Eifersucht sowie durch Familienzwiseigkeiten zu ihren Taten getrieben.

Auch bei der Darstellung der Tötungsarten ist in vielen Fällen von Mehrfachanwendungen nur diejenige Tötungsart nachgewiesen, welche offensichtlich den Tod unmittelbar herbeigeführt oder bei Versuchen die schwerste Verletzungsfolge bewirkt hat. Unter den männlichen Tätern bedienten sich die meisten zur Tatausführung einer Schußwaffe (34,9%) oder eines stechenden oder schneidenden

Instrumentes (31,4%). Relativ häufig waren auch die Tathandlungen durch Erschlagen (16,1%), Erwürgen, Ersticken und Erdrosseln (9,6%) oder durch die erfolglose Absicht solchen Tuns. Der Tat, die Opfer ertränkt oder vergiftet oder durch diese Tötungsarten zu beseitigen versucht zu haben, wurden sieben bzw. vier männliche Verurteilte überführt. Bei den 32 weiblichen Tätern dominieren die Tötungen oder die versuchten Tötungen durch Erstechen (9) und Vergiften (5). Je vier der Delinquentinnen haben ihren Opfern durch Schläge oder Würgen tödliche oder nichttödliche Verletzungen beigebracht, je drei der weiblichen Verurteilten wählten die Tötungsarten des Erschießens und Ertränkens. Die letztgenannten Fälle betreffen unter anderem die Opfer von Verbrechenshandlungen einer Mutter, welche auf Betreiben ihres schwachsinnigen Ehemannes drei ihrer Kinder jeweils unmittelbar nach der Geburt in eine Jauchegrube warf. 14 Täter, und zwar zehn männliche und vier weibliche, töteten oder verletzten ihre Opfer auf andere als die dargestellten Arten (Überfahren, bewußter Nahrungsentzug, vorsätzliche Verursachung eines Sturzes).

Fast die Hälfte der Tathandlungen geschahen zur Nachtzeit

Bezüglich des Zeitpunktes der einzelnen Tatgeschehen ist zu bemerken, daß annähernd die Hälfte der Handlungen (45,7%) während der Nachtzeit, das heißt in der Zeit zwischen 22.00 und 6.00 Uhr begangen wurden. Jede dritte Tat geschah zwischen 18.00 und 22.00 Uhr und jede achte in der Zeit zwischen 12.00 und 18.00 Uhr. Rund 9% der Handlungen hatten sich in der Morgen- und Vormittagszeit, also in der Zeit zwischen 6.00 und 12.00 Uhr ereignet. Unterschieden nach den Geschlechtern ergibt sich die Feststellung, daß die Handlungen männlicher Täter vom Tagesbeginn bis zur Nachtzeit kontinuierlich zunahmen. Dies trifft für die Straftaten weiblicher Täter insofern nicht zu, als deren Verbrechensaktivitäten in der Vormittagszeit größer waren als in der Nachmittagszeit. Die auffällige Tathäufung in den Nachtstunden ist hauptsächlich auf die Vielzahl solcher Tatgeschehen zurückzuführen, welche in den im Verlaufe eines spätabendlichen Gaststättenbesuchs aufgetretenen Händeln ihren Ursprung hatten. Sieht man einmal von dieser Feststellung ab, so führte die Untersuchung eines möglichen Korrespondierens zwischen Tatmotiv und Tatzeit zu keinem befriedigenden Ergebnis. Auch hierfür können die geringen Fallzahlen ursächlich sein. Bei Zugrundelegung der vorerwähnten Zeitgruppierungen ergibt sich etwa folgendes Bild: Handlungen aus Haß, Rache oder Wut lagen schwerpunktmäßig in der Nachtzeit; im umgekehrten Tagesverlauf (also Abend-, Nachmittags-, Vormittagsstunden) waren sie kontinuierlich abnehmend. Die Fälle eines Mord- oder Totschlagsdeliktes zwecks Bereicherung finden sich ebenfalls am häufigsten in der Nachtzeit, etwas weniger massiert in den Abendstunden. Gleiches gilt für die durch tätlichen Streit verursachten Delikte. Tödliche oder beim Versuch endende Eifersuchtstaten gab es rund um die Uhr, weitaus am meisten wiederum in den Nachtstunden. Auch die Verzweiflungstaten gescha-

hen in allen Zeitbereichen, etwas deutlicher markiert in den Vormittags- und Abendstunden. Die begangenen Delikte zur Verdeckung von Straftaten haben ebenfalls ihren Schwerpunkt in der Nachtzeit, in sehr viel geringerem Ausmaße finden sie sich in den Nachmittags- und Abendstunden. Anders ist es wiederum mit den Taten zur Verhinderung einer Festnahme, diese erfolgten zumeist in der Abend- und Nachtzeit. Tötungsdelikte mit Sexualbezug wurden fast ausschließlich in den Abendstunden, also zwischen 18.00 und 22.00 Uhr begangen. Die Gruppierung der immerhin 38 sonstig motivierten Delikte interessieren bei dieser Betrachtung insofern nicht, als eine mögliche Zeit-Tat-Beziehung schon durch ihre Anonymität ausgeschlossen wird.

Bei jedem vierten Täter verwandtschaftliche Beziehungen zum Opfer

Was die statistischen Nachweisungen über die Opfer betrifft, so sind diese nicht allzu erschöpfend. Dies ist dadurch bedingt, daß auch die gerichtlich fixierten Urteilsgründe bezüglich der Persönlichkeit des Opfers in aller Regel auf solche Angaben beschränkt bleiben, die für das unmittelbare Tatgeschehen und die Schuld des Täters relevant sind. Die Zahl der im Berichtszeitraum den Verurteilten zum Opfer gefallenen bzw. von den Tätern in Tötungsabsicht Angegriffenen belief sich auf insgesamt 324 Personen. Von diesen waren 199 männlichen und 125 weiblichen Geschlechts. Hierunter gab es 18 Knaben und 15 Mädchen unter 14 Jahren. 162 der Verbrechensopfer, darunter 21 Kinder, verloren durch die Gewaltakte ihr Leben, 127 wurden mehr oder minder schwer verletzt, 35 kamen ohne einen Körperschaden davon. Unter den Betroffenen befanden sich 20 während des Tatgeschehens in Ausübung ihres Dienstes angegriffene Polizeibeamte. Zwei von ihnen wurden getötet, ein anderer schwer, ein weiterer leicht verletzt.

In 88 Fällen (27,2%) waren die Opfer bzw. Betroffenen Verwandte oder nähere Familienangehörige des Täters. Hier stehen die an dem Ehegatten, überwiegend der Ehefrau, begangenen Tötungsdelikte an erster Stelle. Bei einem beachtlichen Teil der angegriffenen Personen (33,6%) handelte

Wegen Mord und Totschlag verurteilte Personen
im Zeitraum 1967 - 1976

Strafbare Handlung	Geschlecht	insgesamt	Alter zur Zeit der Tat						
			14	18	21	30	40	50	
			-	-	-	-	-	-	und älter
			17	20	29	39	49		
Mord (§ 211 StGB)	männlich	101	7	20	44	21	6	3	
	weiblich	7	2	-	1	3	-	1	
	zusammen	108	9	20	45	24	6	4	
Totschlag (§§ 212, 213 StGB)	männlich	160	8	16	56	44	24	12	
	weiblich	25	3	1	10	4	5	2	
	zusammen	185	11	17	66	48	29	14	
Mord und Totschlag insgesamt (§§ 211 - 213 StGB)	männlich	261	15	36	100	65	30	15	
	weiblich	32	5	1	11	7	5	3	
	insgesamt	293	20	37	111	72	35	18	

es sich um solche, die mit dem Täter einen engen Kontakt hatten (Braut, Geliebte) oder in einer bekanntschafflichen Beziehung standen. Außer den bereits erwähnten 33 Kindern unter 14 Jahren befanden sich 31 Betroffene im Alter zwischen 14 und 21 Jahren, 215 im Alter zwischen 21 und 50 Jahren. 45 Opfer waren älter. Fast ein Drittel der 162 Getöteten wurde durch Erschießen, nicht ganz 26% durch Erstechen ums Leben gebracht, ein jeweils fast gleich großer Anteil (je ein Sechstel) durch Erschlagen und Erwürgen bzw. Ersticken oder Erdrosseln. Je vier Opfer wurden ertränkt oder vergiftet. Die Zahl der Opfer mit Sexualbezug betrug 33. Sie liegt höher als die Nachweisung der sexuellen Tatmotivationen (21). Dies hat seinen Grund darin, daß bei der Motivdarstellung nur dasjenige Berücksichtigung fand, welches bei der Tatausführung primärer Beweggrund war. Hat zum Beispiel ein Täter sein Opfer nach sexuellem Mißbrauch getötet oder verletzt, in der Absicht diese Straftat zu verdecken, so kam dem Sexualgeschehen bei der statistischen Motivnachweisung nur sekundäre Bedeutung zu. Von den 33 Opfern mit Sexualbezug waren acht männlichen und 25 weiblichen Geschlechts. Unter diesen befanden sich zwei Knaben und zwei Mädchen unter 14 Jahren. Die beiden Knaben und acht mißbrauchte weibliche Erwachsene verloren im Zusammenhang mit diesen Gewaltakten ihr Leben.

R. Zirwes

Personal an Hochschulen 1972-1976

Das Personal an den Hochschulen von Rheinland-Pfalz wurde in den Jahren 1972 bis 1976 wie in allen Bundesländern zum Stichtag 2. Oktober mit einer nichtindividualisierten Erhebung erfaßt. Zwar sieht das Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz) von 1971 für das wissenschaftliche und künstlerische Personal an Hochschulen eine in fünfjährigem Abstand durchzuführende Individualerhebung vor, während für das technische, Verwaltungs- und sonstige Personal lediglich eine Kollektiverhebung angeordnet war. Die für die Individualerhebung erforderlichen umfangreichen Vorarbeiten nahmen jedoch so viel Zeit in Anspruch, daß die individuali-

sierte Erfassung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals erstmals in diesem Jahr durchgeführt werden konnte. Um in der Zwischenzeit den bestehenden Bedarf an Daten über das Hochschulpersonal decken zu können, wurden bis zu diesem Zeitpunkt für das gesamte Hochschulpersonal Kollektiverhebungen durchgeführt.

In diese Kollektiverhebungen war das haupt- und nebenberuflich tätige Personal einbezogen, und zwar sowohl das wissenschaftliche Personal wie Professoren, Assistenzprofessoren, Lehrbeauftragte und Wissenschaftliche Räte als auch das technische, Verwaltungs- und sonstige Personal, beispielsweise Ingenieure, Techniker, Handwerker, Schreibkräfte

Personal an Hochschulen nach dienstrechtlicher Stellung
1972 - 1976

Dienstrechtliche Stellung Dienstbezeichnung	1972	1973	1974	1975	1976
Personal mit Dienstvertrag	7 725	8 353	8 584	8 863	8 917
Ordentliche und außerordentliche Professoren	241	251	279	289	307
Abteilungsvorsteher und Professoren, wissenschaftliche Räte und Professoren	115	136	269	256	269
Professoren an wissenschaftlichen Hochschulen, Fachhochschulen	492	534	543	553	565
Beamtete apl. Professoren, Universitäts- und Hochschuldozenten	92	96	13	18	40
Oberassistenten, Oberärzte, Obergeringeneure	49	47	12	14	9
Akad. Direktoren, Akad. Ober- räte, Akad. Räte, Lektoren	202	225	243	257	262
Sonstige hauptamtliche Lehrkräfte	55	58	51	44	41
Assistenz-Professoren	180	188	176	155	127
Wissenschaftliche Assistenten	345	299	253	179	162
Assistenten an Fachhochschulen	35	46	52	44	48
Wissenschaftliche Mitarbeiter, wissenschaftliche Angestellte	596	870	891	1 060	1 130
Medizinalassistenten, Lehrassistenten	76	68	73	86	84
Verwaltungspersonal im höheren Dienst	20	22	34	45	29
Bibliothekspersonal im höheren Dienst	25	30	29	32	32
Technisches Personal im höheren Dienst	6	4	4	4	3
Sonstiges Personal im höheren Dienst	-	-	1	4	8
Verwaltungspersonal ohne höheren Dienst	885	981	1 065	1 078	1 107
Bibliothekspersonal ohne höheren Dienst	233	260	271	285	202
Technisches Personal ohne höheren Dienst	924	914	944	1 217	986
Pflegepersonal	1 228	1 239	1 324	1 281	1 279
Sonstiges Personal ohne höheren Dienst	316	346	414	137	314
Arbeiter	1 407	1 481	1 482	1 514	1 493
Praktikanten	76	76	75	78	78
Auszubildende (Lehrlinge, Pflegeschüler)	127	183	87	235	345
Sonstiges Personal	1 459	1 204	1 307	1 591	1 558
Emeriti, Gastprofessoren	9	9	78	12	71
Honorarprofessoren nichtbeamtete Privatdozenten	2	4	5	19	9
Lehrbeauftragte	763	626	689	740	887
Wissenschaftliche Hilfskräfte mit Abschlußprüfung	156	25	17	9	125
Wissenschaftliche Hilfskräfte ohne Abschlußprüfung und studentische Hilfskräfte	27	122	111	332	372
Sonstige Hilfskräfte	502	418	407	479	94
Insgesamt	9 184	9 557	9 891	10 454	10 475

oder Programmierer. Die Erhebungen wurden an den drei Universitäten des Landes, der Theologischen Fakultät in Trier, der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule und den Fachhochschulen durchgeführt. Ab 1974 wurde auch das Personal an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer mit erfaßt. 1972 war noch die private Fachhochschule in Koblenz einbezogen, die zum Sommersemester 1973 den Lehrbetrieb einstellte. Da der Personalbestand dieser beiden Hochschulen zahlenmäßig relativ gering ist, beeinflußt dieser Unterschied im Erhebungsbereich bei Zahlenvergleichen zwischen den einzelnen Jahren die Ergebnisse nur unwesentlich.

Um Aussagen über die personelle Situation nach Studienfächern bzw. Fachgebieten treffen zu kön-

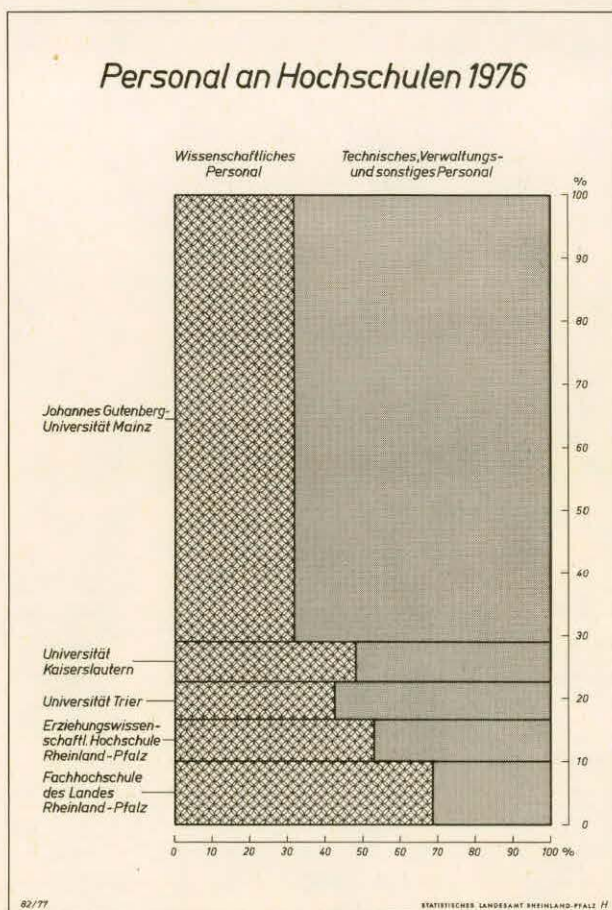
nen, wurden die Angaben über das Personal je kleinste organisatorische Einheit (Institut, Lehrstelle, zentrale Einrichtungen) erfaßt.

Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter verdoppelt

An den Hochschulen des Landes Rheinland-Pfalz waren am 2. Oktober 1976 insgesamt 10 475 Personen beschäftigt, zwei Fünftel davon zählten zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal. Bei der Erhebung 1972 waren an den Hochschulen noch rund 1 300 Personen weniger gezählt worden. Dabei stieg der Personalbestand bei den wissenschaftlichen Kräften im Betrachtungszeitraum etwas stärker als beim technischen, Verwaltungs- und sonstigen Personal.

Am gravierendsten ist dabei die starke Zunahme bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern und Angestellten, deren Zahl sich von 1972 bis 1976 nahezu verdoppelte, und zwar von rund 600 auf 1 130. Dagegen wurde die Zahl der wissenschaftlichen Assistenten im gleichen Zeitraum von 345 auf 162, also auf weniger als die Hälfte reduziert. Beim technischen, Verwaltungs- und sonstigen Personal wurde vor allem das Verwaltungspersonal ohne höheren Dienst von etwa 880 auf 1 100 Beschäftigte aufgestockt, und auch die Zahl der wissenschaftlichen Hilfskräfte ohne Abschlußprüfung und der studentischen Hilfskräfte nahm von nur 27 auf 372 zu. Dagegen wurden beim Bibliothekspersonal ohne höheren Dienst und auch bei den sonstigen Hilfskräften Personaleinsparungen vorgenommen.

1976 zählten an allen Hochschulen des Landes zwei Fünftel des Gesamtpersonals zum wissen-



Personal an Hochschulen nach dienstrechtlicher Stellung und Fächergruppen 1976

Dienstrechtliche Stellung Dienstbezeichnung	Ins- gesamt	Theo- logie	Rechts- wissen- schaf- ten	Wirt- schafts- wissen- schaf- ten	Geistes- wissen- schaf- ten	Sprach- wissen- schaf- ten	Mathe- matik und Natur- wissen- schaf- ten	In- genieur- wissen- schaf- ten	Medi- zin	Kunst, Kunst- wissen- schaf- ten	Land- und Forst- wirt- schaft	Zen- trale Ein- rich- tungen
	%											
<u>Wissenschaftliches Personal</u>	39,5	76,7	73,0	83,4	68,7	70,7	57,0	88,8	21,6	73,9	94,7	5,9
Ordentliche und außerordentliche Professoren	2,9	15,9	15,7	4,2	5,1	7,2	5,2	3,1	1,1	0,8	-	0,2
Abteilungsvorsteher und Professoren, wissenschaftliche Räte und Professoren	2,6	4,3	3,0	1,3	4,1	3,9	5,8	1,4	2,0	8,3	-	0,6
Professoren an wissenschaftlichen Hochschulen, Fachhochschulen	5,4	6,9	-	20,3	10,8	2,6	1,9	45,3	-	19,1	52,6	0,1
Beamtete apl. Professoren, Universitäts- und Hochschuldozenten	0,4	1,7	0,9	0,2	1,1	0,3	0,9	-	0,3	0,4	-	-
Oberassistenten, Oberärzte, Obergeringeneure	0,1	-	-	-	-	-	-	0,4	0,2	-	-	-
Akad. Direktoren, Akad. Ober- räte, Akad. Räte, Lektoren	2,5	2,2	0,4	2,8	6,6	11,0	6,1	0,9	0,8	0,8	-	0,5
Sonstige hauptamtliche Lehrkräfte	0,4	0,4	-	0,6	2,4	0,3	0,6	1,1	-	2,1	-	-
Assistenz-Professoren	1,2	2,2	3,5	0,8	1,1	2,9	3,4	0,7	0,9	-	-	-
Wissenschaftliche Assistenten	1,6	2,6	2,6	1,7	3,3	1,7	1,4	0,7	1,8	7,5	-	-
Assistenten an Fachhochschulen	0,5	-	-	1,9	-	-	-	5,8	-	1,2	5,3	-
Wissenschaftliche Mitarbeiter, wissenschaftliche Assistenten	10,8	8,6	27,4	9,2	10,8	19,4	20,6	5,8	11,5	-	-	2,8
Medizinalassistenten, Lehr- assistenten	0,8	-	-	-	-	-	0,4	-	2,1	-	-	-
Emeriti, Gastprofessoren	0,7	6,0	1,7	-	1,3	3,1	1,2	-	0,2	-	-	0,2
Honorarprofessoren, nichtbe- amtete Privatdozenten	0,1	0,9	-	0,2	0,2	-	-	-	-	-	-	0,2
Lehrbeauftragte	8,5	23,7	11,7	39,4	20,6	16,0	4,8	23,6	0,4	33,2	36,8	1,4
Wissenschaftliche Hilfskräfte mit Abschlußprüfung	1,2	1,3	6,1	0,9	1,4	2,2	4,7	-	0,4	0,4	-	0,0
<u>Technisches Verwaltungs- und sonstiges Personal</u>	60,5	23,3	27,0	16,6	31,3	29,3	43,0	11,2	78,4	26,1	5,3	94,1
Verwaltungspersonal im höheren Dienst	0,3	-	-	-	-	-	-	-	0,0	-	-	1,2
Bibliothekspersonal im höheren Dienst	0,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,4
Technisches Personal im höheren Dienst	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,1
Sonstiges Personal im höheren Dienst	0,1	-	-	-	-	-	-	-	0,0	-	-	0,3
Verwaltungspersonal ohne höheren Dienst	10,6	4,7	12,2	3,0	7,6	8,2	6,5	3,2	5,0	2,9	5,3	28,7
Bibliothekspersonal ohne höheren Dienst	1,9	1,3	1,3	-	0,3	1,4	0,1	-	0,1	0,8	-	7,9
Technisches Personal ohne höheren Dienst	9,4	-	-	1,4	0,9	0,9	10,6	6,1	14,7	1,7	-	10,5
Pflegepersonal	12,2	-	-	-	-	-	-	-	33,5	-	-	2,1
Sonstiges Personal ohne höheren Dienst	3,0	-	2,2	1,6	2,1	0,7	10,6	0,4	1,9	0,4	-	2,6
Arbeiter	14,2	-	0,9	1,1	2,8	3,1	7,4	1,3	12,8	4,1	-	37,6
Praktikanten	0,7	-	-	-	-	-	-	-	2,1	-	-	-
Auszubildende (Lehrlinge, Pflegeschüler)	3,3	-	-	-	-	-	3,7	0,2	7,1	-	-	1,4
Wissenschaftliche Hilfskräfte ohne Abschlußprüfung und studentische Hilfskräfte	3,5	17,2	10,4	8,8	11,7	14,4	3,5	-	1,1	0,4	-	0,1
Sonstige Hilfskräfte	0,9	-	-	0,8	5,9	0,7	0,6	-	-	15,8	-	0,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

schaftlichen Personal. Dabei war der Anteil des wissenschaftlichen Personals an den einzelnen Hochschulen sehr unterschiedlich. An der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz lag er mit 31,7% am niedrigsten. Dies ist auf den hohen Bedarf an Pflege- und technischem Personal im Klinikbereich zurückzuführen. Über die Hälfte aller Beschäftigten dieser Hochschule waren 1976 im medizinischen Bereich tätig, rund vier Fünftel davon waren dem

technischen, Verwaltungs- und sonstigem Personal zuzurechnen. Jeder sechste Beschäftigte an der Mainzer Universität gehörte am 2. Oktober 1976 zum Pflegepersonal.

Mehr wissenschaftliches Personal in zentralen Einrichtungen

An den Fachhochschulen lag der Anteil des wissenschaftlichen Personals mit durchschnittlich 71%

am höchsten. Dort waren allerdings drei Fünftel des Personals in den Fächergruppen Ingenieurwissenschaften sowie Wirtschafts- und Sozialwissenschaften tätig. In diesen beiden Bereichen gehörten 1976 an den Fachhochschulen allein 95% der Beschäftigten dem Lehrkörper an.

Auch innerhalb der einzelnen Fächergruppen ist der Anteil des wissenschaftlichen Personals sehr unterschiedlich. 1976 lag er zwischen 89% bei den Ingenieurwissenschaften und 22% im Bereich der Medizin. Noch höher als bei den Ingenieurwissenschaften war der Anteil des wissenschaftlichen Personals in der Fächergruppe Land- und Forstwirtschaft mit 95%. Der Personalbestand war in diesem Bereich mit 19 Beschäftigten jedoch sehr gering.

Außer in Mathematik und Naturwissenschaften sowie in Land- und Forstwirtschaft sank von 1972 bis 1976 in allen Fächergruppen der Anteil des wissenschaftlichen Personals. Zwar nahm überall - außer in der Medizin - die Zahl der zum wissenschaftlichen Personal zählenden Beschäftigten zu, jedoch nicht in so starkem Ausmaß wie das übrige Personal. Eine völlig andere Entwicklung als in den Fächergruppen ergab sich bei den zentralen Einrichtungen wie Hochschulverwaltungen, Bibliotheken und Rechenzentren. Während dort innerhalb des Betrachtungszeitraumes der Gesamtpersonalbestand um 8% dezimiert wurde, wurde gleichzeitig wesentlich mehr wissenschaftliches Personal eingesetzt. Die Zahl der Beschäftigten in dieser Gruppe nahm um 200% zu, ihr Anteil innerhalb des Gesamtpersonals stieg von 1,8 auf 5,9% an. Die Tatsache, daß das wissenschaftliche Personal in den Jahren von 1972 bis 1976 stärker zunahm als das Gesamtpersonal, ist nur darauf zurückzuführen, daß

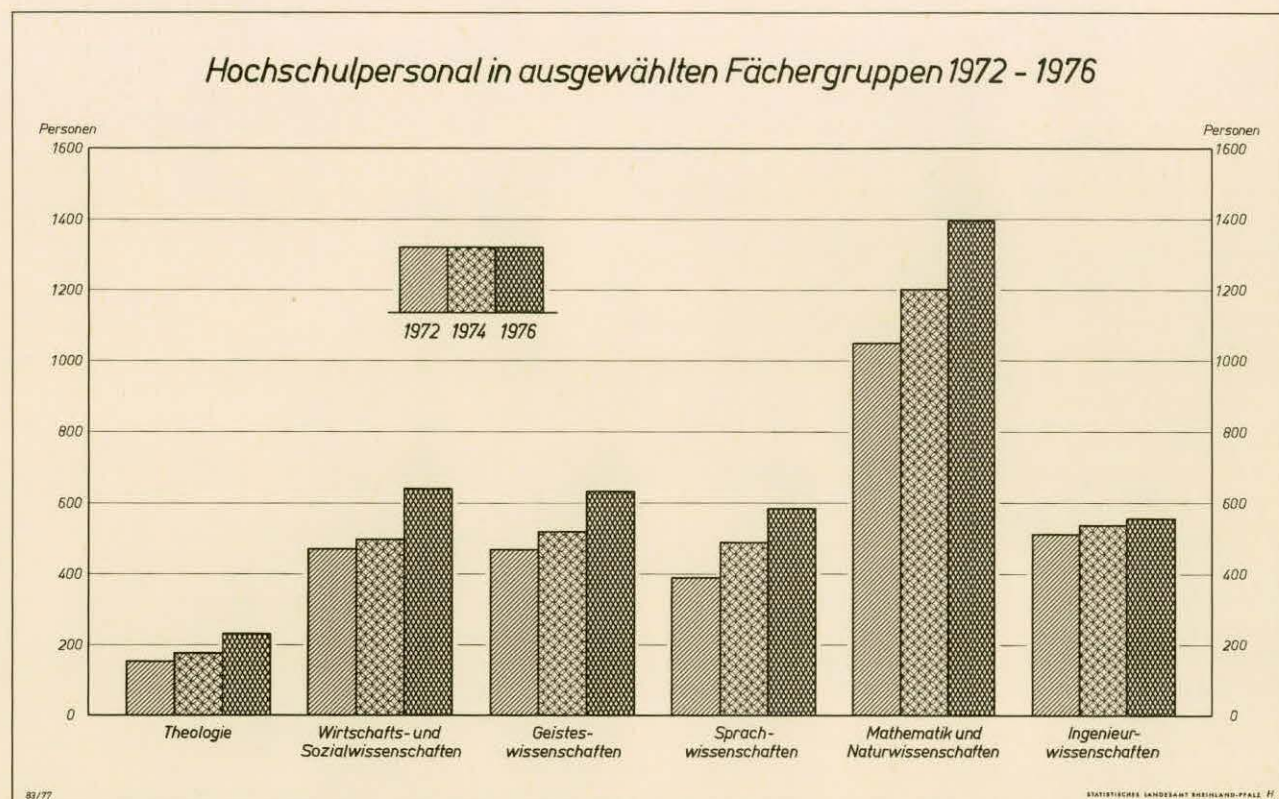
in der Fächergruppe Mathematik und Naturwissenschaften und in den zentralen Einrichtungen der Ausbau des Bestandes an wissenschaftlichem Personal verstärkt betrieben wurde.

Relativ geringer Personalzuwachs an der Universität in Mainz

Die Ausweitung des Personalbestandes zwischen 1972 und 1976 verlief an den einzelnen Hochschulen sehr unterschiedlich. An den beiden privaten Fachhochschulen wirkte sie sich mit einem Zuwachs von + 270% in Mainz und von + 139% in Ludwigshafen am stärksten aus. Die beiden Universitäten in Trier und Kaiserslautern, die erst zum Wintersemester 1970/71 den Lehrbetrieb aufnahmen, hatten erwartungsgemäß ebenfalls eine starke Zunahme des Personalbestandes aufzuweisen. Am geringsten lag sie an der Universität in Mainz (+ 5%). Einen Rückgang hatte lediglich die Theologische Fakultät in Trier zu verzeichnen. Er betrug dort 3,4%.

Während der Bestand an technischem, Verwaltungs- und sonstigem Personal an der Universität in Trier und auch an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz während der betrachteten fünf Jahre verdoppelt wurde, nahmen die Johannes Gutenberg-Universität in Mainz (- 1,4%) und die Theologische Fakultät in Trier (- 3,4%) in dieser Gruppe sogar Einsparungen vor. Auch das wissenschaftliche Personal wurde an der Theologischen Fakultät in Trier reduziert, ebenso an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule. Ihren Lehrkörper verdoppelte dagegen die private Fachhochschule in Ludwigshafen, die Fachhochschule in Mainz verdreifachte ihn sogar im gleichen Zeitraum.

Hochschulpersonal in ausgewählten Fächergruppen 1972 - 1976



Hochschule ²⁾	1972			1974			1976		
	Studenten	Hochschulpersonal insgesamt	wissenschaftliches Personal	Studenten	Hochschulpersonal insgesamt	wissenschaftliches Personal	Studenten	Hochschulpersonal insgesamt	wissenschaftliches Personal
	%								
Johannes Gutenberg-Universität Mainz	52,6	75,3	56,7	49,7	72,2	56,8	51,4	68,6	54,7
Universität Kaiserslautern	3,1	4,6	6,5	4,7	5,4	6,4	5,8	6,1	7,4
Universität Trier	4,5	3,7	4,7	5,9	5,3	5,1	7,9	5,9	6,3
Theologische Fakultät Trier	0,6	0,7	1,0	0,5	0,6	0,9	0,8	0,6	0,7
Erziehungswissenschaftliche Hochschule Rheinland-Pfalz	16,9	6,4	12,6	16,3	5,3	9,3	10,9	6,5	8,7
Fachschule des Landes Rheinland-Pfalz	21,0	8,7	17,0	20,9	9,9	18,7	21,0	9,7	16,8
Private Fachhochschule der Pfälzischen Landeskirche Ludwigshafen	0,9	0,3	0,8	0,9	0,5	1,1	0,9	0,6	1,2
Private katholische Fachhochschule Mainz	0,4	0,3	0,8	1,2	0,8	1,8	1,3	1,0	2,2
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Jeweils Wintersemester. - 2) Ohne Hochschule für Verwaltungswissenschaften und ohne private Fachhochschule Koblenz.

Studentenzahlen stiegen schneller

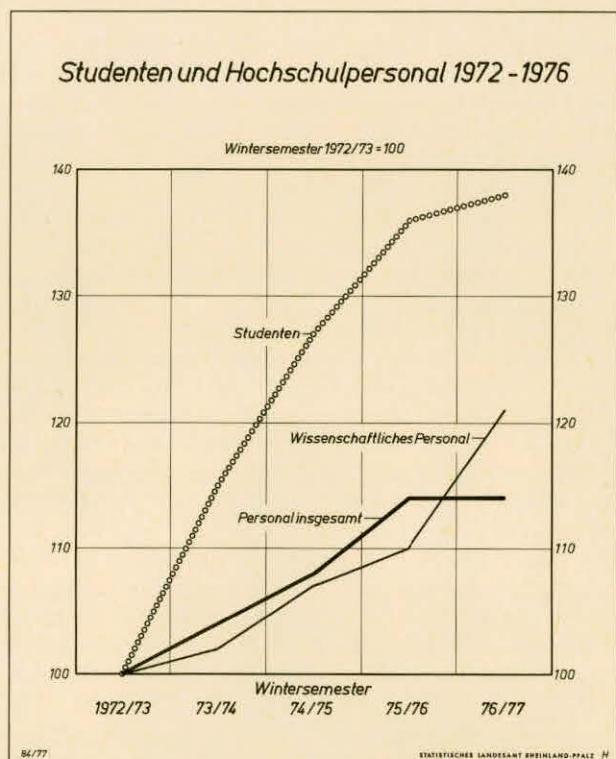
Doch während der Personalbestand an allen Hochschulen zusammen von 1972 bis 1976 um rund 15% zunahm, stieg im gleichen Zeitraum die Zahl der Studenten wesentlich schneller an, und zwar um 38%. Den stärksten Zuwachs hatte dabei die private katholische Fachhochschule in Mainz, an der im Wintersemester 1976/77 fast fünfmal so viele Studenten eingeschrieben waren wie im Wintersemester 1972/73. Aber auch an den Universitäten in Trier und Kaiserslautern studierten im Wintersemester 1976/77 rund 2,5mal so viele Studenten wie fünf Jahre zuvor. An allen Hochschulen wuchsen die Studentenzahlen wesentlich stärker an als der Personalbestand. Lediglich an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule, an der die Zahl der Studierenden im Wintersemester 1974/75 einen Höhepunkt erreichte, waren die Studentenzahlen bei steigendem Personalbestand rückläufig; und an der privaten Fachhochschule der Pfälzischen Landeskirche in Ludwigshafen wuchs der Personalbestand schneller als die Zahl der Immatrikulierten.

Mit dem starken Anwachsen der Studentenzahlen bei wesentlich geringerem Anstieg der Beschäftigtenzahlen hat sich an den Hochschulen die Relation Student je Beschäftigten verschlechtert. Lediglich an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule und an der privaten Fachhochschule in Ludwigshafen konnte diese Relation, die an diesen beiden Hochschulen 1972 noch extrem hoch lag, verbessert werden. Während damit im Durchschnitt auf einen an der Hochschule Beschäftigten 2,9 Studenten entfielen, betrug das Verhältnis an diesen beiden Hochschulen 7,7 bzw. 8,9. Bis 1976 stieg die durchschnittliche Relation Student je Beschäftigten an allen Hochschulen auf 3,5 an. Im Vergleich dazu stellte sich die Situation an der Fachhochschule des Landes Rheinland-Pfalz mit 7,6, an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule mit 5,9 und an der privaten Fachhochschule in Ludwigshafen mit 5,3 noch immer als am schlechtesten dar. Unter dem Landesdurchschnitt lagen 1976 die Universität in

Kaiserslautern (3,3) und die Johannes Gutenberg-Universität in Mainz (2,6). Doch an der Mainzer Universität ist diese Relation durch den hohen Personalbedarf im Klinikbereich verfälscht, so daß man sie nicht zu Vergleichszwecken verwenden kann.

Relation an privaten Fachhochschulen am besten

Stellt man der Zahl der Studenten das wissenschaftliche Personal gegenüber, ergibt sich ein etwas anderes Bild. Doch auch hier hat sich - außer an der privaten Fachhochschule in Ludwigshafen - das Verhältnis im betrachteten Zeitraum an allen Hochschulen verschlechtert. Die Relation lag 1972 im Durchschnitt bei 8 Studenten je wissenschaftlicher



Kraft. Bis 1976 nahm sie auf 8,9 zu. Am schlechtesten war dieses Verhältnis wiederum bei der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule und bei der Fachhochschule des Landes Rheinland-Pfalz (jeweils 11,1), aber auch bei der Universität Trier (11,2). An den beiden privaten Fachhochschulen war die Situation mit 5,3 bzw. 6,6 Studenten je wissenschaftlicher Kraft am günstigsten.

Die größte Hochschule des Landes, die Johannes Gutenberg-Universität in Mainz, an der im Wintersemester 1976/77 über die Hälfte aller in Rheinland-Pfalz immatrikulierten Studenten eingeschrieben waren, hatte 1976 auch zwei Drittel aller im

Hochschulbereich des Landes Tätigen beschäftigt. Der im Vergleich zum Anteil der Studenten sehr hohe Beschäftigtenanteil resultiert allerdings auch hier wiederum aus dem großen Personalbedarf an den Hochschulkliniken. Einen höheren Anteil am Hochschulpersonal als am Studentenbestand hat nur noch die Universität Kaiserslautern. Umgekehrt studierte beispielsweise an der Fachhochschule des Landes Rheinland-Pfalz im Wintersemester 1976/77 ein Fünftel aller im Lande Immatrikulierten, doch war dort weniger als ein Zehntel aller im Hochschulbereich Beschäftigten tätig.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

Abfallbeseitigung 1975

Rechtsgrundlagen und Methode der Statistik der öffentlichen und betrieblichen Abfallbeseitigung

Im Rahmen der vielfältigen Bemühungen um bestmögliche Umweltbedingungen kommt einer geordneten Abfallbeseitigung besondere Bedeutung zu, zumal hier längerfristig mit einer stetig zunehmenden Abfallmenge gerechnet werden muß. Nach einer vom Deutschen Städtetag getragenen Untersuchung dürfte sich in den letzten 15 Jahren das im Bundesgebiet jährlich anfallende Müllvolumen etwa verdoppelt haben.

Die seit den 60er Jahren intensiv verfolgten Ziele einer geordneten Beseitigung von Abfällen haben unter Berücksichtigung internationaler Erfordernisse im Umweltprogramm der Bundesregierung von 1971 ihren Niederschlag gefunden, worin auch die Notwendigkeit regionaler Abfallbeseitigungspläne hervorgehoben wurde. Bundeseinheitliche Rahmenrechtsgrundlage für das Abfallbeseitigungswesen ist das Abfallbeseitigungsgesetz vom 7. Juni 1972 (BGBl. I, S. 873 ff.), nach welchem Abfälle nur in entsprechend zugelassenen Anlagen beseitigt werden dürfen und die Länder verpflichtet sind, verbindliche Pläne für eine langfristig geordnete Abfallbeseitigung unter Berücksichtigung überörtlicher Erfordernisse aufzustellen. Das Schwerkraft dieser Bestimmungen betrifft die Festlegung geeigneter Standorte für die Endablagerung. Die speziell für Rheinland-Pfalz maßgeblichen Bestimmungen enthält das Gesetz über die geordnete Beseitigung von Abfällen (Landesabfallgesetz) vom 17. Januar 1972 (GVBl. S. 81 ff.), nach welchem die kreisfreien Städte und Landkreise für diese Pflichtaufgabe zuständig sind. Demgegenüber obliegt die überörtliche Planung bzw. die Aufstellung eines Abfallbeseitigungsplans dem für den Umweltschutz zuständigen Ministerium. Für Rheinland-Pfalz war bereits im August 1970 vom Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Umweltschutz ein Generalplan Abfallbeseitigung veröffentlicht worden.

Damit wurde die Verpflichtung zu einer geordneten Müllabfuhr auch auf alle ländlichen Bezirke ausgeweitet und eine Konzentration der Ablagerung auf leistungsfähigen zentralen Deponien eingeleitet.

Die bisher auf diesem Gebiet erzielten Fortschritte zeigen sich insbesondere darin, daß von den bisher in Rheinland-Pfalz vorhandenen über 3 000 allgemeinen Müllkippen bis 1975 unter Berücksichtigung der Neuanlagen 78 geordnete öffentliche Beseitigungsanlagen verblieben, darunter 65 Deponien. Auf Bundesebene reduzierte sich der Bestand von schätzungsweise 50 000 auf rund 4 600 (4 415 Deponien).

Rechtsgrundlagen der ab 1975 in zweijährigem Turnus durchzuführenden Statistiken der öffentlichen Abfallbeseitigung sowie der Abfallbeseitigung im produzierenden Gewerbe, Handel, Verkehr und bei bestimmten Anstalten bzw. Einrichtungen sind die §§ 3 und 4 des Gesetzes über Umweltstatistiken vom 15. August 1974 (BGBl. I, S. 1938 ff.). Die Statistik der öffentlichen Abfallbeseitigung umfaßt im einzelnen Angaben über Einsammeln, Befördern, Art und Menge der Abfälle, die Art und den Standort der Beseitigungsanlagen sowie die entsorgten Einwohner. Entsprechend der gesetzlichen Regelung der Beseitigungspflicht in Rheinland-Pfalz, obliegt hier die Auskunftserteilung den Verwaltungen der kreisfreien Städte und Landkreise, welche neben ihrer Entsorgungsverpflichtung auch als Betreiber von Abfallbehandlungs- oder -beseitigungsanlagen fungieren, sowie den von diesen beauftragten Dritten. Die Statistik der betrieblichen Abfallbeseitigung umfaßt Angaben über Art, Menge und Beseitigungsweise von Abfällen bei einer bundeseinheitlich abgestimmten Auswahl an Betrieben der zu erfassenden Wirtschaftsbereiche. Vom verarbeitenden und Baugewerbe sind in Abstimmung mit den laufenden wirtschaftsbezogenen Statistiken dieser

Öffentliche und betriebliche Abfallbeseitigung in den Verwaltungsbezirken 1975

Verwaltungsbezirk	Abfallbeseitigungsanlagen						Beseitigte Abfallmengen					
	ins- gesamt	öffent- lich 1)	be- trieb- lich	darunter Deponien			ins- gesamt	öffent- lich	be- trieb- lich	darunter in Deponien		
				zu- sam- men	öffent- lich	be- trieb- lich				zu- sam- men	öffent- lich	be- trieb- lich
Anzahl							t					
Kreisfreie Stadt Koblenz	21	1	20	10	1	9	399 031	79 000	320 031	397 486	79 000	318 486
Landkreise												
Ahrweiler	28	3	25	14	3	11	80 221	31 231	48 990	78 496	31 231	47 265
Altenkirchen (Ww.)	26	2	24	12	2	10	235 493	123 422	112 071	234 799	123 422	111 377
Bad Kreuznach	41	5	36	18	4	14	261 724	204 634	57 090	239 453	193 830	45 623
Birkenfeld	20	3	17	8	3	5	342 228	325 504	16 724	341 303	325 504	15 799
Cochem-Zell	6	-	6	3	-	3	15 325	-	15 325	1 248	-	1 248
Mayen-Koblenz	41	2	39	21	2	19	370 397	175 928	194 469	366 655	175 928	190 727
Neuwied	29	2	27	12	2	10	149 099	35 677	113 422	141 959	35 677	106 282
Rhein-Hunsrück-Kreis	19	2	17	6	2	4	48 275	34 335	13 940	44 575	34 335	10 240
Rhein-Lahn-Kreis	24	1	23	8	1	7	61 345	52 135	9 210	60 335	52 135	8 200
Westerwaldkreis	40	2	38	17	2	15	453 933	437 910	16 023	452 622	437 910	14 712
RB Koblenz	295	23	272	129	22	107	2 417 071	1 499 776	917 295	2 358 931	1 488 972	869 959
Kreisfreie Stadt Trier	20	1	19	7	1	6	40 925	4 880	36 045	38 245	4 880	33 365
Landkreise												
Bernkastel-Wittlich	18	2	16	8	2	6	99 917	87 558	12 359	98 940	87 558	11 382
Bitburg-Prüm	16	1	15	5	1	4	79 088	76 985	2 103	77 063	76 985	78
Daun	14	3	11	10	3	7	46 639	44 097	2 542	46 477	44 097	2 380
Trier-Saarburg	19	5	14	10	5	5	155 635	141 857	13 778	150 998	141 857	9 141
RB Trier	87	12	75	40	12	28	422 204	355 377	66 827	411 723	355 377	56 346
Kreisfreie Städte												
Frankenthal (Pfalz)	5	1	4	1	-	1	2 200	3	2 197	50	-	50
Kaiserslautern	12	3	9	5	2	3	513 322	503 567	9 755	497 598	489 098	8 500
Landau i. d. Pfalz	12	4	8	3	1	2	123 022	117 724	5 298	77 501	77 474	27
Ludwigshafen a. Rhein	22	4	18	8	2	6	1 154 190	230 324	923 866	588 482	147 964	440 518
Mainz	7	1	6	2	-	2	22 297	10 000	12 297	11 850	-	11 850
Neustadt a. d. Weinstr.	6	3	3	2	2	-	41 826	41 578	248	41 578	41 578	-
Pirmasens	6	2	4	1	1	-	279 841	279 701	140	279 701	279 701	-
Speyer	10	1	9	1	1	-	101 647	98 200	3 447	98 200	98 200	-
Worms	12	2	10	6	2	4	88 457	71 717	16 740	88 382	71 717	16 665
Zweibrücken	5	1	4	3	1	2	76 563	75 285	1 278	76 179	75 285	894
Landkreise												
Alzey-Worms	7	3	4	2	1	1	145 836	139 655	6 181	133 518	127 500	6 018
Bad Dürkheim	17	2	15	7	2	5	598 020	422 328	175 692	595 473	422 328	173 145
Donnersbergkreis	5	1	4	3	1	2	58 551	51 250	7 301	58 506	51 250	7 256
Germersheim	12	4	8	5	4	1	43 410	35 385	8 025	35 435	35 385	50
Kaiserslautern	12	1	11	4	1	3	11 698	5 039	6 659	10 818	5 039	5 779
Kusel	7	1	6	4	1	3	16 150	14 011	2 139	15 931	14 011	1 920
Landau-Bad Bergzabern	20	3	17	9	3	6	45 295	25 742	19 553	44 678	25 742	18 936
Ludwigshafen	10	4	6	6	4	2	33 757	33 321	436	33 747	33 321	426
Mainz-Bingen	14	2	12	4	2	2	313 157	256 611	56 546	281 057	256 611	24 446
Pirmasens	6	-	6	1	-	1	455	-	455	4	-	4
RB Rheinhessen-Pfalz	207	43	164	77	31	46	3 669 694	2 411 441	1 258 253	2 968 688	2 252 204	716 484
Rheinland-Pfalz	589	78	511	246	65	181	6 508 969	4 266 594	2 242 375	5 739 342	4 096 553	1 642 789
Kreisfreie Städte	138	24	114	49	14	35	2 843 321	1 511 979	1 331 342	2 195 252	1 364 897	830 355
Landkreise	451	54	397	197	51	146	3 665 648	2 754 615	911 033	3 544 090	2 731 656	812 434

1) Außerdem 15 Umladestationen und 2 Sammelstellen für Gewerbeabfälle.

Bereiche die Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten einbezogen. Hinzu kommen alle Betriebe der Elektrizitätserzeugung sowie Betriebe der Wasserversorgung mit einem Aufkommen von über 100 000 cbm pro Jahr, des Einzelhandels mit einem Jahresumsatz von mehr als 25 Mill. DM, des Personen und Güter befördernden Straßenverkehrs mit 10 und mehr Fahrzeugen, alle Krankenhäuser und kommunalen Schlachthöfe. Im Jahre 1975 beliefen sich die Fallzahlen der in Rheinland-Pfalz nach den §§ 3 und 4 des Gesetzes über Umweltstatistiken erfaßten Erhebungseinheiten auf nahezu 5 000. Weniger als ein Zehntel der hier erfaßten gewerblichen Betriebe verfügte über eigene Beseitigungsanlagen, so daß auf Grund dieser Erfahrungen bei künftigen Erhebungen eine Reduzierung des Berichtskreises vertretbar erscheint, wodurch auch nennenswerte Einsparungen an Arbeitsaufwand auf seiten der Wirtschaft und der statistischen Behörden zu erwarten sind.

Abfälle im Sinne der vorliegenden Statistik sind alle festen, pastösen oder flüssigen Stoffe, deren weitere volkswirtschaftliche Nutzung nicht mehr vorgesehen oder möglich ist, wobei eine geordnete Beseitigung aus Gründen des Umweltschutzes zu erfolgen hat. Während bei der Gliederung der im öffentlichen Bereich erfaßten Abfälle nach Arten eine vergleichsweise straffe allgemeine Katalogisierung ausreicht, erfordert der betriebliche Sektor infolge teils sehr unterschiedlicher Strukturen eine wesentlich feinere Differenzierung. Zur Erleichterung der Erhebungsarbeit und Sicherstellung bestmöglicher sektoraler Informationen wurde die Befragung des Jahres 1975 mit insgesamt 42 verschiedenen branchenspezifischen Abfallartenkatalogen

durchgeführt, welche einen bestimmten Maximalumfang an Einzelpositionen des von der Länderarbeitsgemeinschaft Abfallbeseitigung erarbeiteten Gesamtverzeichnis nicht überschritten. Hier ist für künftige Erhebungen insoweit eine stärkere Straffungsmöglichkeit zu erwarten, als aufgrund der jetzigen Erfahrungen feste produktions- und bereichsspezifische Relationen errechenbar sind, welche es gestatten werden, die einzelnen Abfallstrukturen vom jeweiligen Fertigungsprogramm bzw. Arbeitsprozeß hinreichend exakt abzuleiten. Gewisse methodische Grenzen einer jeden Abfallartendarstellung ergeben sich aus der Tatsache, daß die zu erfassenden Mengen in der Praxis teilweise bereits vermischt gesammelt und angeliefert werden, so daß separate Angaben nur mit Hilfe einer Schätzung möglich sind. Die branchenmäßige Gliederung erfolgt nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Umweltstatistik (SYUM), welche im Bereich des produzierenden Gewerbes der dort ab 1976 eingeführten SYPRO entspricht.

Die Mengen der erfaßten Abfälle waren im öffentlichen und betrieblichen Bereich sowohl gewichts- als auch volumensmäßig zu melden, und zwar in Tonnen bzw. Kubikmetern. Bei der volumensmäßigen Angabe ist zu berücksichtigen, daß sich diese jeweils auf das unverdichtete Volumen bezieht, worunter das freie Schüttvolumen nach dem Ausstoß aus verdichtenden Müllfahrzeugen zu verstehen ist. Die Gesamtmenge aller im Berichtsjahr abgelagerten Abfälle setzt sich aus den Mengen der in öffentlichen und betriebseigenen Anlagen beseitigten Abfälle zusammen. Die letztgenannte Teilmenge entsprach 1975 nur annähernd 40% aller im betrieblichen Bereich registrierten Abfälle; mithin

Öffentliche Abfallbeseitigung nach Beseitigungsanlagen und Abfallarten 1975

Abfallart	Abfälle insgesamt		Beseitigt in						Über Umladestationen und sonstige Sammelstellen	
			Deponien		Müllverbrennungsanlagen		sonstigen Anlagen			
	m ³	t	m ³	t	m ³	t	m ³	t	m ³	t
Hausmüll	3 529 523	1 328 286	3 237 915	1 226 108	165 271	57 375	126 337	44 803	149 708	68 130
Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle	1 605 874	474 009	1 519 982	444 889	52 192	17 325	33 700	11 795	41 418	18 408
Sperrmüll	954 511	351 188	935 671	347 420	18 840	3 768	-	-	3 510	1 193
Straßenkehricht und Marktabfälle	105 678	86 165	97 748	84 579	7 930	1 586	-	-	-	-
Bodenaushub, Bauschutt	1 023 111	1 553 505	1 023 111	1 553 505	-	-	-	-	-	-
Klärschlamm aus öffentlichen und Gemeinschaftsanlagen	73 373	75 028	58 511	59 423	13 780	14 469	1 082	1 136	-	-
Klärschlamm aus privaten Anlagen	12 458	12 586	12 458	12 586	-	-	-	-	-	-
Fäkalien	9 915	9 794	9 915	9 794	-	-	-	-	-	-
Kanal- und Sinkkastenschlamm, Abfälle aus Sandfangreinigung	22 084	31 462	22 084	31 462	-	-	-	-	4	5
Ölgetränktes Erdreich, Öl mit Flockungsmitteln	4 977	8 909	4 977	8 909	-	-	-	-	-	-
Abscheidegut aus Benzin- und Fettabscheidern	2 225	3 371	2 225	3 371	-	-	-	-	-	-
Altmetalle	19 768	31 958	8 568	21 958	-	-	11 200	10 000	-	-
Abfälle produktionsspezifischer Art, fest	239 680	236 359	239 680	236 359	-	-	-	-	-	-
Abfälle produktionsspezifischer Art, schlammig, breiig	15 452	16 852	15 452	16 852	-	-	-	-	-	-
Krankenhausabfälle	55 914	11 737	23 575	3 956	32 139	7 711	200	70	-	-
Sonstige Abfälle	34 620	35 385	34 617	35 382	-	-	3	3	-	-
Insgesamt	7 709 163	4 266 594	7 246 489	4 096 553	290 152	102 234	172 522	67 807	194 640	87 736
Außerdem:										
Autowracks (Anzahl)	88 116		461		-		87 655		-	
Altreifen (Anzahl)	42 103		40 703		-		1 400		2 759	

Öffentliche und betriebseigene Abfallbeseitigung in den Verwaltungsbezirken 1975

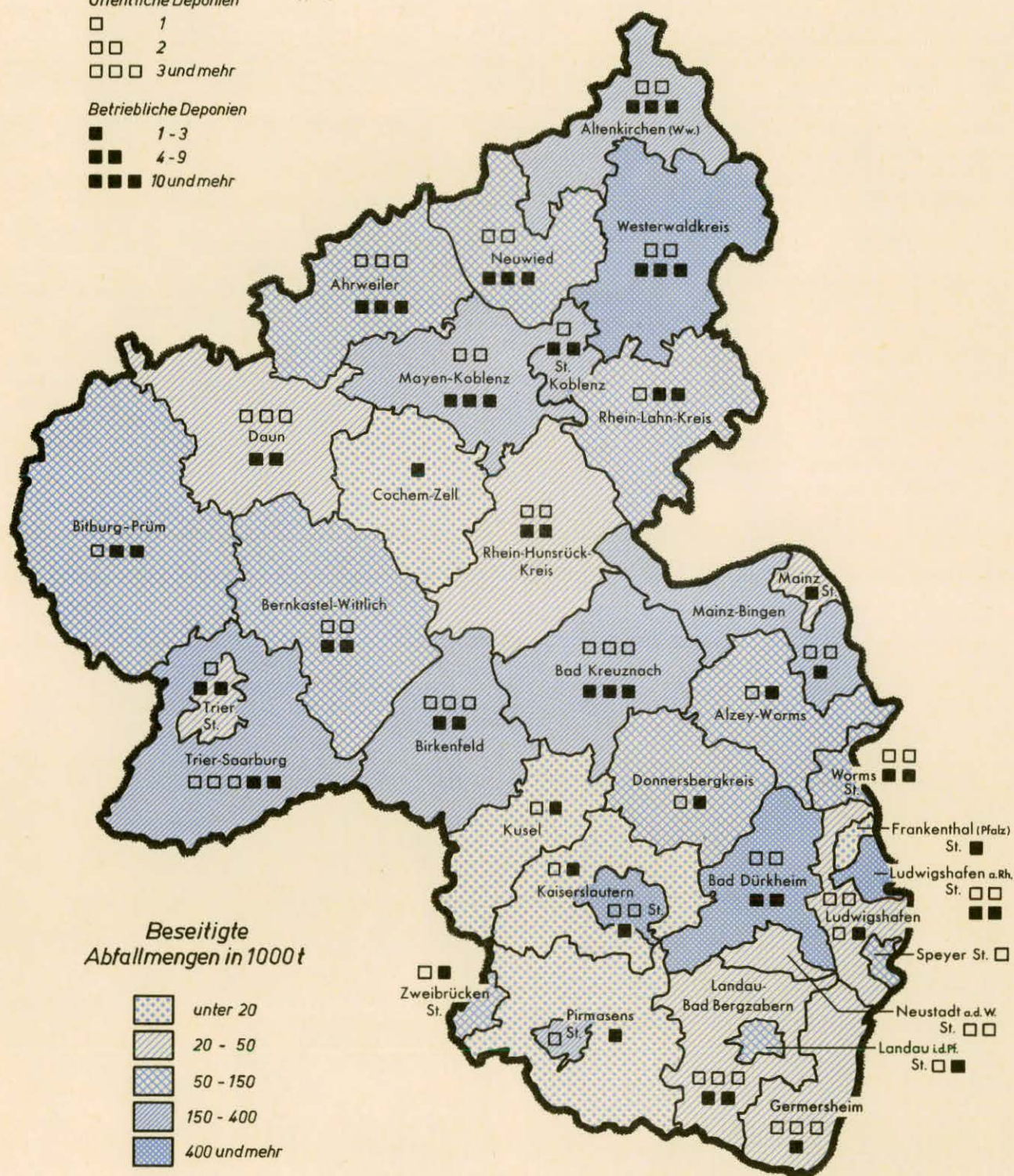
Anzahl der Deponien

Öffentliche Deponien

- 1
- 2
- 3 und mehr

Betriebliche Deponien

- 1-3
- ■ 4-9
- ■ ■ 10 und mehr



erfolgte dort die Entsorgung zum größeren Teil über die öffentliche Abfallbeseitigung.

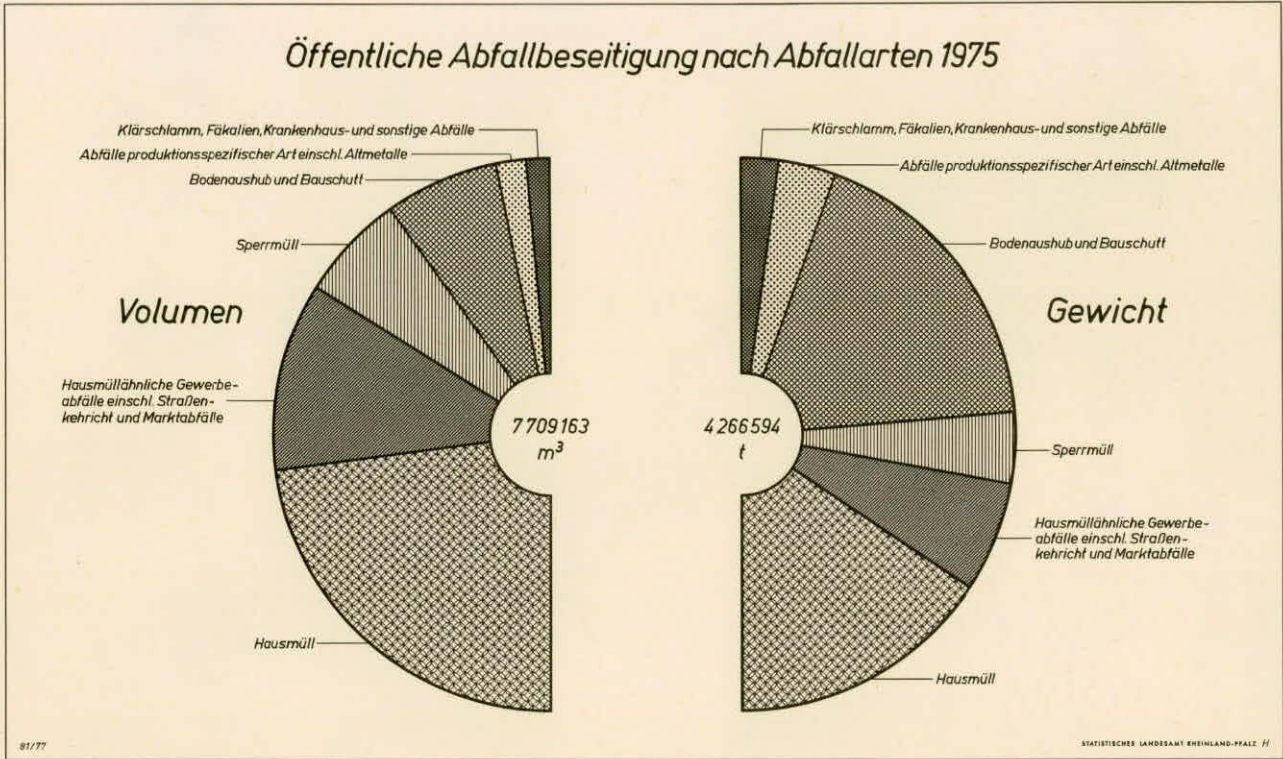
Nachdem bereits Ende 1975 die Ergebnisse über die am 1. Januar 1975 vorhandene Kapazität an Abfallbeseitigungsanlagen des öffentlichen und betrieblichen Sektors veröffentlicht worden waren¹⁾, enthält der vorliegende Beitrag die entsprechenden Verlaufsdaten, wobei den Angaben über Abfallmengen eine dominierende Bedeutung zukommt. Da die Erfassung sowohl auf der Entstehungs- als auch der Ablagerungsseite ansetzt, bietet die Gegenüberstellung ein wichtiges Kontrollinstrument, wobei allerdings sachbedingte Differenzen zu berücksichtigen sind, wie sie beispielsweise die teils länder- und bezirksübergreifende Entsorgungspraxis bedingt. Für die Erhebungen des Jahres 1975 erschien einmalig eine Trennung des gesamten Erfassungskomplexes in jeweils die Vorwegbefragung über ausgewählte Bestandsdaten zum Jahresanfang und die eigentliche Haupt- bzw. Jahreserhebung zweckmäßig, um hierdurch exakt für den Zeitpunkt des Starts der Abfallstatistiken die entsprechenden Kapazitäts- bzw. Planungsdaten bereitzustellen. In erhebungstechnischer Sicht war diese Vorgehensweise vorteilhaft, da bei der Anfang 1976 durchgeführten Jahreserhebung für 1975 bereits auf entsprechende Abgleichgrößen zurückgegriffen werden konnte. Die zwischen den Vorweg- und Jahreserhebungen festgestellten Ergebnisdifferenzen resultieren teilweise aus den im Laufe des Jahres 1975 erfolgten Schließungen und Neuerrichtungen von Anlagen.

Insgesamt mehr als 6,5 Mill. t Abfall beseitigt
In Rheinland-Pfalz wurden 1975 mehr als 6,5

1) K.-H. Speth: Öffentliche und betriebliche Abfallbeseitigung 1975. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 28, Heft 12, Dezember 1975.

Mill. t Abfälle beseitigt, wobei deren Ablagerung zu rund zwei Dritteln in öffentlichen und zu einem Drittel in betriebseigenen Beseitigungsanlagen erfolgte. Während zur Beseitigung von nahezu 90% des Gesamtabfalls Deponien dienten, lag der entsprechende Anteil im öffentlichen Bereich noch höher (96%). Von den im Berichtsjahr erfaßten 589 Anlagen standen 78 für die öffentliche und 511 für die betriebsinterne Abfallbeseitigung zur Verfügung, worunter sich die Zahl der Deponien auf 65 bzw. 181 belief. Obwohl die betrieblichen Beseitigungsanlagen nur zu etwa einem Drittel Deponien waren, dienten letztere dennoch zur Aufnahme von nahezu drei Vierteln der dort abgelagerten Abfallmenge. Als Deponien gelten grundsätzlich alle Anlagen, in denen Abfälle oberirdisch abgelagert werden.

Die dominierende Bedeutung der Deponien bei der Abfallbeseitigung entspricht den derzeitigen technologischen Gegebenheiten, wobei diese Anlagen mittels entsprechender Ausstattung die Umwelt vor der Gefahr einer Schädigung durch die abgelagerten Materialien wirksam zu schützen haben. Eine Abfalldeponie erfordert neben den unabdingbaren Voraussetzungen für eine bestmögliche Materialverdichtung insbesondere auch eine Abdichtung gegenüber dem Grundwasser mit chemisch neutralen oder sehr reaktionsträgen Stoffen, wie Schlacke oder Betonabbruch (Inertmaterialien). Hierbei gilt eine schichtenweise Abdeckung als besonders vorteilhaft, da auf diese Weise auch Müllbrände wirksamer verhindert werden, und eine stärkere Geruchsbildung unterbleibt. Sicherheitseinrichtungen wie Kontrollbrunnen dienen dem Schutz des Grundwassers und der Überwachung des laufenden Sickerwasseraustrags (Drainage). Bei der



Abfälle der Betriebe nach Beseitigungsanlagen und Wirtschaftszweigen 1975

Wirtschaftszweig	Ins- gesamt	Beseitigt in					
		Deponien		Verbrennungs- anlagen		sonstigen Anlagen	
		t	%	t	%	t	%
PRODUZIERENDES GEWERBE	5 701 028	4 313 819	75,7	236 319	4,1	1 150 890	20,2
davon beseitigt in:							
betriebseigenen Anlagen	2 222 987	1 642 431	73,9	214 248	9,6	366 308	16,5
außerbetrieblichen Anlagen	3 478 041	2 671 388	76,8	22 071	0,6	784 582	22,6
<u>Energiewirtschaft und Wasserversorgung</u>	37 863	35 563	93,9	100	0,3	2 200	5,8
<u>Verarbeitendes Gewerbe</u>	2 519 439	1 795 828	71,3	233 771	9,3	489 840	19,4
davon beseitigt in:							
betriebseigenen Anlagen	1 649 778	1 072 654	65,0	213 823	13,0	363 301	22,0
außerbetrieblichen Anlagen	869 661	723 174	83,2	19 948	2,3	126 539	14,5
Gew.u. Verarbeitung v. Steinen und Erden	318 495	299 118	93,9	3 257	1,0	16 120	5,1
Eisenschaffende Industrie	79 788	76 182	95,5	2 676	3,3	930	1,2
NE-Metallerzeugung, -halbzeugwerke, Gießerei	131 862	118 621	90,0	837	0,6	12 404	9,4
Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung	11 528	6 408	55,6	641	5,6	4 479	38,8
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeug- bau, Maschinenbau							
(einschl. Datenverarbeitungsgeräte)	80 345	68 373	85,1	3 774	4,7	8 198	10,2
Straßen- und Luftfahrzeugbau, Schiffbau	52 898	41 402	78,3	1 177	2,2	10 319	19,5
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, Herst. v. Uhren	16 126	12 541	77,8	1 262	7,8	2 323	14,4
Herst. v. Eisen-, Blech- und Metallwaren	70 866	66 357	93,6	430	0,6	4 079	5,8
Herst. v. Musikinstrumenten, Spielwaren, Schmuck usw.	16 336	16 226	99,3	12	0,1	98	0,6
Chemische Industrie (einschl. Mineralölverarbeitung)	1 082 486	559 872	51,7	155 267	14,4	367 347	33,9
Feinkeramik, Herst. u. Verarbeitung v. Glas	70 203	68 675	97,8	333	0,5	1 195	1,7
Holzbearbeitung	79 635	45 993	57,8	10 382	13,0	23 260	29,2
Holzverarbeitung	69 937	24 912	35,6	43 068	61,6	1 957	2,8
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappe- erzeugung	73 283	73 084	99,7	102	0,2	97	0,1
Papier- und Pappeverarbeitung	13 559	10 353	76,4	1 239	9,1	1 967	14,5
Druckerei, Vervielfältigung	16 442	5 249	31,9	262	1,6	10 931	66,5
Herst. v. Kunststoffwaren, Gummiverarbeitung, Ledererzeugung	57 504	44 779	77,9	7 382	12,8	5 343	9,3
Lederverarbeitung	25 538	23 587	92,4	416	1,6	1 535	6,0
Textilgewerbe	11 925	11 779	98,8	8	0,1	138	1,1
Bekleidungsgewerbe	6 216	4 666	75,1	560	9,0	990	15,9
Ernährungsgewerbe	233 189	216 561	92,9	579	0,2	16 049	6,9
Tabakverarbeitung	1 278	1 090	85,3	107	8,4	81	6,3
<u>Baugewerbe</u>	3 143 726	2 482 428	78,9	2 448	0,1	658 850	21,0
davon beseitigt in:							
betriebseigenen Anlagen	571 676	568 248	99,4	425	0,1	3 003	0,5
außerbetrieblichen Anlagen	2 572 050	1 914 180	74,4	2 023	0,1	655 847	25,5
ÜBRIGE BEREICHE	94 168	61 287	65,1	21 632	23,0	11 249	11,9
davon beseitigt in:							
betriebseigenen Anlagen	19 388	357	1,8	17 723	91,4	1 308	6,8
außerbetrieblichen Anlagen	74 780	60 930	81,5	3 909	5,2	9 941	13,3
<u>Einzelhandel</u>	49 900	39 464	79,1	2 660	5,3	7 776	15,6
<u>Straßenverkehr</u>	3 864	2 904	75,2	349	9,0	611	15,8
<u>Krankenhäuser, Kliniken und Sanatorien</u>	40 404	18 919	46,8	18 623	46,1	2 862	7,1
I n s g e s a m t	5 795 196	4 375 106	75,5	257 951	4,5	1 162 139	20,0
davon beseitigt in:							
betriebseigenen Anlagen	2 242 375	1 642 788	73,3	231 971	10,3	367 616	16,4
außerbetrieblichen Anlagen	3 552 821	2 732 318	76,9	25 980	0,7	794 523	22,4

Müllablagerung entstehende Gase, wie insbesondere Methan, Kohlenoxyde, Sauerstoff oder Stickstoff, lassen sich mittels spezieller Vorrichtungen wie Drainagedomen sammeln, die in der Praxis zweckmäßigerweise zusammen mit der Schüttung hochzu-
ziehen sind. Nach den Ergebnissen von 1975 besaßen die insgesamt 65 öffentlichen Deponien des Landes nur reichlich zur Hälfte eine entsprechende Abdich-

tung gegen das Grundwasser, die Ausstattung mit Kontrollbrunnen und Vorrichtungen zum Sickerwassertest war nur bei einem Drittel der Anlagen gewährleistet. Bei den betriebseigenen Deponien mit im allgemeinen wesentlich geringerer Größe bzw. Ablagerungskapazität waren im Mittel auch die bezeichneten qualitativen Ausstattungseigenschaften schwächer repräsentiert.

Lfd. Nr.	Verwaltungsbezirk	Beseitigte Abfälle			Hausmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, Sperrmüll, Straßenkehricht und Marktabfälle			Bodenaushub, Bauschutt		Abfälle produktions- spezifischer Art	
		insgesamt		je Ein- wohner	insgesamt		je Ein- wohner	m³	t	m³	t
		m³	t	kg	m³	t	kg				
1	Kreisfreie Stadt Koblenz	421 600	79 000	662	405 000	57 500	482	5 000	7 500	600	1 000
2	Landkreise										
3	Ahrweiler	74 364	31 231	284	68 734	24 158	220	4 500	5 985	900	954
4	Altenkirchen (Ww.)	340 500	123 422	1 003	295 000	104 750	851	1 000	1 330	41 500	13 752
5	Bad Kreuznach	515 159	204 634	1 381	495 477	177 268	1 197	16 750	23 450	1 000	1 800
6	Birkenfeld	451 292	325 504	3 568	384 645	239 568	2 626	48 292	66 215	-	-
7	Cochem-Zell	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
8	Mayen-Koblenz	322 992	175 928	924	280 992	121 898	640	35 000	46 550	5 000	5 100
9	Neuwied	87 039	35 677	233	81 830	28 753	187	5 200	6 916	-	-
10	Rhein-Hunsrück-Kreis	122 528	34 335	386	118 230	29 804	335	1 900	2 527	135	137
11	Rhein-Lahn-Kreis	144 000	52 135	431	143 500	51 470	426	500	665	-	-
12	Westerwaldkreis	317 950	437 910	2 640	234 250	299 570	1 806	22 000	39 600	61 600	98 560
12	RB Koblenz	2 797 424	1 499 776	1 090	2 507 658	1 134 739	825	140 142	200 738	110 735	121 303
13	Kreisfreie Stadt Trier	3 843	4 880	48	-	-	-	3 843	4 880	-	-
14	Landkreise										
15	Bernkastel-Wittlich	215 000	87 558	805	205 500	74 990	690	9 000	11 970	-	-
16	Bitburg-Prüm	214 295	76 985	843	212 000	75 260	825	800	1 064	-	-
17	Daun	89 820	44 097	785	73 750	26 504	472	3 800	5 054	12 180	12 431
18	Trier-Saarburg	507 407	141 857	1 172	479 407	105 489	872	25 600	35 840	-	-
18	RB Trier	1 030 365	355 377	743	970 657	282 243	590	43 043	58 808	12 180	12 431
19	Kreisfreie Städte										
20	Frankenthal (Pfalz)	3	3	0	-	-	-	-	-	-	-
21	Kaiserslautern	557 420	503 567	4 931	364 450	180 763	1 770	167 000	294 000	3 000	3 000
22	Landau i. d. Pfalz	200 950	117 724	3 084	146 490	53 937	1 413	50 000	60 000	300	270
23	Ludwigshafen a. Rhein	361 495	230 324	1 324	231 329	75 539	434	98 057	147 085	-	-
24	Mainz	11 200	10 000	54	-	-	-	-	-	-	-
25	Neustadt a. d. Weinstr.	26 043	41 578	813	-	-	-	25 743	41 188	-	-
26	Pirmasens	345 210	279 701	5 120	177 000	45 000	824	120 000	210 000	40 000	16 000
27	Speyer	110 000	98 200	2 199	77 600	36 100	808	25 000	40 000	-	-
28	Worms	75 727	71 717	940	40 797	19 627	257	33 930	50 900	-	-
29	Zweibrücken	151 366	75 285	2 062	123 510	44 191	1 210	21 529	28 705	-	-
29	Landkreise										
30	Alzey-Worms	191 832	139 655	1 448	141 832	39 655	411	50 000	100 000	-	-
31	Bad Dürkheim	981 970	422 328	3 654	772 243	175 884	1 522	92 000	112 000	80 382	91 352
32	Donnersbergkreis	85 000	51 250	760	60 000	20 800	309	-	-	-	-
33	Germersheim	39 871	35 385	359	8 627	2 949	30	15 604	20 764	3 635	3 776
34	Kaiserslautern	10 660	5 039	52	8 900	3 097	32	450	599	1 150	1 173
35	Kusel	61 159	14 011	181	59 860	12 968	167	1 200	1 000	-	-
36	Landau-Bad Bergzabern	50 065	25 742	264	40 400	14 024	144	5 450	7 249	3 750	3 906
37	Ludwigshafen	36 411	33 321	273	15 561	5 521	45	20 850	27 800	-	-
38	Mainz-Bingen	584 992	256 611	1 661	448 672	92 611	600	113 113	152 669	-	-
39	Pirmasens	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
39	RB Rheinhessen-Pfalz	3 881 374	2 411 441	1 315	2 717 271	822 666	449	839 926	1 293 959	132 217	119 477
40	Rheinland-Pfalz	7 709 163	4 266 594	1 157	6 195 586	2 239 648	607	1 023 111	1 553 505	255 132	253 211
41	Kreisfreie Städte	2 264 857	1 511 979	1 474	1 566 176	512 657	500	550 102	884 258	43 900	20 270
42	Landkreise	5 444 306	2 754 615	1 035	4 629 410	1 726 991	649	473 009	669 247	211 232	232 941

Sonstige Abfälle		Außerdem		Lfd. Nr.
		Auto- wracks	Altreifen	
m ³	t	Anzahl		
11 000	13 000	50	2 000	1
230	134	250	250	2
3 000	3 590	-	-	3
1 932	2 116	-	-	4
18 355	19 721	-	400	5
-	-	-	-	6
2 000	2 380	-	1 500	7
9	8	-	2 470	8
2 263	1 867	140	-	9
-	-	-	-	10
100	180	1	20 900	11
38 889	42 996	441	27 520	12
-	-	-	-	13
500	598	-	5	14
1 495	661	-	4 500	15
90	108	-	506	16
2 400	528	-	3 237	17
4 485	1 895	-	8 248	18
3	3	-	-	19
22 970	25 804	-	-	20
4 160	3 517	5 375	-	21
32 109	7 700	70 000	-	22
11 200	10 000	10 000	-	23
300	390	-	1 400	24
8 210	8 701	2 280	-	25
7 400	22 100	-	50	26
1 000	1 190	-	-	27
6 327	2 389	-	-	28
-	-	-	-	29
37 345	43 092	-	3 100	30
25 000	30 450	-	-	31
12 005	7 896	-	-	32
160	170	-	-	33
99	43	20	-	34
465	563	-	-	35
-	-	-	685	36
23 207	11 331	-	1 100	37
-	-	-	-	38
191 960	175 339	87 675	6 335	39
235 334	220 230	88 116	42 103	40
104 679	94 794	87 705	3 450	41
130 655	125 436	411	38 653	42

Der 1975 in Rheinland-Pfalz auf öffentlichen und betriebseigenen Anlagen beseitigte Abfall verteilte sich auf die Ablagerungsstätten der Regierungsbezirke Koblenz, Trier und Rheinhessen-Pfalz zu 37,1 sowie 6,5 und 56,4%. Aus entsprechenden Anteilen an der Wohnbevölkerung von 37,3 sowie 13,0 und 49,7% läßt sich für den südlichen Landesteil eine vergleichsweise hohe Belastung ableiten. Wurden auf Landesebene Abfälle von 1,8 t je Einwohner abgelagert, errechnen sich für Rheinhessen-Pfalz 2,0 t, während Trier mit 0,9 t am niedrigsten lag (Koblenz 1,8 t). Für den in öffentlichen Anlagen beseitigten Abfall ergeben sich unter den Landesteilen weniger stark divergierende Relationen, da hier der Einfluß des unterschiedlichen Industrialisierungsgrades stärker eliminiert ist (Landesmittel 1,2 t je Einwohner). In tieferer regionaler Gliederung bestehen teils beträchtliche Unterschiede in der Belastung an abgelagerten Abfällen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die administrativen Gebietsabgrenzungen von der Einteilung nach Entsorgungsgebieten abweichen.

Öffentliche Anlagen beseitigten zu 80% Haus- und Sperrmüll

Im Jahre 1975 wurden nahezu 4,3 Mill. t Abfälle zu den öffentlichen Beseitigungsanlagen des Landes gebracht. Bei einem Volumen von über 7,7 Mill. cbm errechnet sich ein mittleres spezifisches Gewicht von annähernd 0,6 t je cbm, wobei die Darstellung nach Abfallarten stärkere Differenzierungen erkennen läßt. Das höchste Artgewicht wurde hier für ölgetränktes Erdreich einschließlich Öl mit Flockungsmitteln mit 1,8 t je cbm ermittelt, während Altmetalle (1,6 t), Bodenaushub mit Bauschutt (1,5 t), Abscheidegut aus Benzin- und Fettabscheidern (1,5 t) sowie Kanal- und Sinkkastenschlamm mit Abfällen aus der Sandfangreinigung (1,4 t) folgten. Demgegenüber bewegten sich die spezifischen Gewichte von Hausmüll (0,4 t), Sperrmüll (0,4 t) und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen (0,3 t) spürbar unter dem Durchschnitt. Aus der Tatsache, daß diese letzteren Arten zusammen knapp 80% des Volumens der in öffentlichen Anlagen beseitigten Abfälle ausmachten, läßt sich deren maßgebliche Bedeutung für die Bereitstellung der erforderlichen Transport- und Ablagerungskapazitäten erkennen. Während weiterhin noch der Bodenaushub einschließlich Bauschutt, die festen Abfälle produktionsspezifischer Art, der Straßenkehrschutt mit Marktabfällen und der Klärschlamm zusammen fast 19% vom Gesamtvolumen bestritten, war die mengenmäßige Bedeutung aller übrigen Abfallarten nahezu unbedeutend. Hierbei ist zu beachten, daß in den Daten der öffentlichen Abfallbeseitigung auch die Entsorgung nahezu aller kleineren und mittleren Gewerbebetriebe enthalten ist, die in der Regel nicht mit eigenen Beseitigungsanlagen ausgestattet sind. Gerade letzteren kommt aber in der rheinland-pfälzischen Wirtschaft eine überdurchschnittliche Bedeutung zu, was insbesondere auch für das Baugewerbe gilt.

Mit einem Volumen von über 7,2 Mill. cbm wurde der in öffentlichen Anlagen beseitigte Abfall weit

Abfallart	Ins- gesamt	Produzierendes				
		zu- sammen	Energie, Wasser, Bergbau, Steine und Erden, Bau	Mineralöl, Chemie, Kunststoffe	Eisen, NE-Metall, Fahrzeug- bau	Elektro, Fein- mechanik, Musik- instrumente
	t					
Bauschutt, Bodenaushub u. dgl.	3 850 550	3 849 644	3 330 497	292 552	37 709	771
Formsand, Asche, Schlacke, Ruß usw.	150 554	149 735	15 864	22 513	101 510	279
Altöl, ölverunreinigte Erde, Schlämme aus Öl- und Fettabscheidern	13 139	11 036	1 183	1 483	6 661	95
Mineralölabfälle, Teerabfälle, Kohle	3 844	3 844	3 556	265	-	-
Hausmüll, Verpackung	368 117	295 703	32 332	57 544	114 812	11 273
Holz-, Papier- und Glasabfälle	207 939	206 899	5 678	1 987	3 419	5 645
Kunststoffabfälle	37 718	37 664	2 408	29 040	1 270	1 194
Textilabfälle	14 735	14 458	-	-	-	5 393
Gummiabfälle	17 558	16 906	3 786	135	498	36
Oxide, Salze, feste Sonderabfälle	16 882	16 492	-	16 404	-	-
Ofenausbruch aus metallurgischen Prozessen	60 018	60 018	-	-	60 018	-
Klebstoffe	185	185	-	-	-	-
Säuren, Laugen, flüssige Sonderabfälle	217 012	217 012	-	216 636	191	101
Emulsionen	2 963	2 963	-	129	2 834	-
Farben, Lacke	3 096	3 001	120	40	637	32
Lösungsmittel	6 564	6 558	1 283	1 333	482	159
Schlämme und Salze aus Oberflächenbehandlung, Ölschlämme aus Mineralöl- und Metallindustrie	18 994	18 994	-	21	14 242	21
Laborrückstände	1 739	1 739	32	87	-	-
Schlämme aus Wasser- und Gasaufbereitung und Abluftreinigung	353 694	353 694	67 396	270 699	6 603	2
Sonstige Schlämme	244 705	244 351	9 940	195 945	7 263	978
Sonstige organische Abfälle (Fleisch, Mehl etc.)	47 386	43 659	-	88	-	-
Krankenhausspezifische Abfälle	8 791	-	-	-	-	-
Stäube aus Gas- und Abluftreinigung	12 260	12 260	6 443	-	4 747	2
Metallschlacke, sonstige anorganische Abfälle	42 542	42 542	12 642	7 568	22 332	-
Metallabfälle	25 411	25 193	2 619	111	15 230	6 653
Sonstige Abfälle	68 800	66 478	4 305	4 104	24 523	2 134
Insgesamt	5 795 196	5 701 028	3 500 084	1 118 684	424 981	34 768
Betriebe (Anzahl)	4 677	3 787	1 586	198	692	227

1) Einschl. kommunale Schlachthöfe.

überwiegend den 65 Deponien zugeführt, während die 4 Müllverbrennungs- und 3 Kompostierungsanlagen lediglich zu 3,8 bzw. 2,1% an der Beseitigungsleistung beteiligt waren. Von den vorhandenen Deponien, welche alle über die Voraussetzungen einer sachgemäßen Planierung verfügten, befanden sich 49 in der Trägerschaft von kreisfreien Städten oder Landkreisen. In 23 Fällen war durch Deponien die Entsorgung eines Gebietes mit 50 000 und mehr Einwohnern sicherzustellen. Müllverbrennungsanlagen dienen der Beseitigung bestimmter brennbarer Abfallarten, vor allem von Hausmüll sowie hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen und Krankenhausabfällen, wobei eine besonders starke Volumensminderung erzielt wird. Bei der noch mehr auf die Beseitigung der Hausmüllarten konzentrierten Kompostierung lassen sich organische Müllbestandteile in landwirtschaftlich nutzbare humusartige Substanzen überführen.

Über die 15 Umladestationen und ähnliche Sammelstellen des Landes gelangten 1975 knapp 195 000 cbm oder rund 2,5% der Abfälle zu den Beseitigungsanlagen, wobei es sich nahezu ausschließlich um Haus- und Sperrmüllmaterialien handelte. Die im Berichtsjahr ebenfalls erfaßten rund 88 120 Autowracks gelangten weit überwiegend in Spezialabbruchanlagen (Shredder), während nur 460 auf Deponien verblieben. Demgegenüber wurden rund 97% der eingesammelten Altreifen auf Deponien beseitigt; nur ein geringer Rest kam auf spezielle Altreifenlagerungsplätze.

Produzierendes Gewerbe mit über 98% der betrieblichen Abfälle

Im Rahmen der betrieblichen Abfallbeseitigung wurden 1975 insgesamt 4 677 Einheiten befragt, von denen 3 787 zum produzierenden Gewerbe zählten, darunter 1 146 zum Baugewerbe. Von dem für die übrigen Bereiche verbleibenden knappen Fünftel der Betriebe betraf die Mehrzahl den Einzelhandel (545), während die Krankenhäuser, Kliniken und Sanatorien (216) sowie die Institutionen des Straßenverkehrs (129) zahlenmäßig gering vertreten waren. An der für alle Betriebe registrierten Abfallmenge von fast 5,8 Mill. t war das produzierende Gewerbe mit 98,4% weit überwiegend beteiligt. Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, daß in den betrieblichen Abfällen auch die Mengen enthalten sind, welche von anderen Betrieben übernommen und bereits von diesen gemeldet wurden. Diese doppelt erfaßten Abfälle hielten sich mit rund 74 000 t bzw. 1,3% der auf Landesebene erfaßten Menge vergleichsweise gering.

Weiterhin wiesen lediglich der Einzelhandel und die Kranken- und Erholungsanstalten mit Mengen von jeweils 40 bis 50 000 t noch nennenswerte Kontingente aus. Die im produzierenden Gewerbe erfaßten rund 5,7 Mill. t Abfälle verteilten sich auf das Baugewerbe (55%), das verarbeitende Gewerbe (44%) sowie die Energie- und Wasserversorgung (1%). Die hieraus resultierende Dominanz des Baugewerbes korrespondiert mit dem Überwiegen des

Gewerbe			Übrige Bereiche				Abfallart
Fein- keramik, Glas	Holz, Papier, Gummi, Leder, Textil	Nahrungs- und Genuß- mittel 1)	zu- sammen	Einzel- handel	Straßen- verkehr	Kranken- häuser, Kliniken und Sanatorien	
t							
14 629	8 216	165 270	906	239	40	627	Bauschutt, Bodenaushub u. dgl.
1 280	5 588	2 701	819	104	-	715	Formsand, Asche, Schlacke, Ruß usw.
							Altöl, ölverunreinigte Erde, Schlämme aus
515	363	736	2 103	1 722	381	-	Öl- und Fettabscheidern
-	23	-	-	-	-	-	Mineralölabfälle, Teerabfälle, Kohle
13 082	39 740	26 920	72 414	42 463	2 926	27 025	Hausmüll, Verpackung
25 930	162 972	1 268	1 040	444	-	596	Holz-, Papier- und Glasabfälle
-	3 752	-	54	54	-	-	Kunststoffabfälle
-	9 065	-	277	277	-	-	Textilabfälle
11	12 364	76	652	325	327	-	Gummiabfälle
-	52	36	390	10	-	380	Oxide, Salze, feste Sonderabfälle
-	-	-	-	-	-	-	Ofenausbruch aus metallurgischen Prozessen
-	185	-	-	-	-	-	Klebstoffe
-	-	84	-	-	-	-	Säuren, Laugen, flüssige Sonderabfälle
-	-	-	-	-	-	-	Emulsionen
19	2 139	14	95	92	3	-	Farben, Lacke
-	3 267	34	6	-	6	-	Lösungsmittel
							Schlämme und Salze aus Oberflächenbehandlung,
30	4 680	-	-	-	-	-	Ölschlämme aus Mineralöl- und Metallindustrie
-	-	1 620	-	-	-	-	Laborrückstände
							Schlämme aus Wasser- und Gasaufbereitung und
2 073	6 712	209	-	-	-	-	Abluftreinigung
8 928	21 142	155	354	-	-	354	Sonstige Schlämme
-	10 414	33 157	3 727	3 727	-	-	Sonstige organische Abfälle (Fleisch, Mehl etc.)
-	-	-	8 791	-	-	8 791	Krankenhausspezifische Abfälle
764	-	304	-	-	-	-	Stäube aus Gas- und Abluftreinigung
-	-	-	-	-	-	-	Metallschlacke, sonstige anorganische Abfälle
99	277	204	218	72	146	-	Metallabfälle
2 843	26 890	1 679	2 322	371	35	1 916	Sonstige Abfälle
70 203	317 841	234 467	94 168	49 900	3 864	40 404	Insgesamt
67	774	243	890	545	129	216	Betriebe (Anzahl)

Bauschutts bzw. Bodenaushubs unter allen Abfallarten, wobei diesem jedoch infolge seines hohen spezifischen Gewichts ein wesentlich geringerer Volumensanteil zukommt. Am Gesamtgewicht aller betrieblichen Abfälle waren allein Bauschutt und Bodenaushub zu fast zwei Dritteln beteiligt, während erst in weitem Abstand Schlämme aller Art sowie Hausmüll und Verpackungsmaterialien mit Quoten von 10,7 bzw. 6,4% folgten. An vierter Stelle rangierten Säuren, Laugen und flüssige Sonderabfälle einschließlich Emulsionen, Farben, Lacken und sonstigen Lösungsmitteln, welche mit zusammen fast 230 000 t einen rund 4%igen Mengenanteil bestritten und nahezu ausschließlich der chemischen Industrie einschließlich der Mineralöl- und Kunststoffbearbeitung zuzuordnen waren. Erfahrungsgemäß stellt die Beseitigung dieser wie auch einer Reihe weiterer ähnlicher Abfallarten in der Praxis besondere Anforderungen hinsichtlich der Anlagenbeschaffenheit, da infolge ihrer hohen ökologischen Belastungsgefahr grundsätzlich eine gemeinsame Entsorgung mit dem Hausmüll nicht statthaft ist. In der Regel sind hier die Betriebe gehalten, für eine umweltkonforme Vorbehandlung bzw. -lagerung der Substanzen Sorge zu tragen.

Die bei den Betrieben registrierten Abfälle wurden zu 38,7% in betriebseigenen und zu 61,3% in außerbetrieblichen bzw. öffentlichen Anlagen beseitigt. Damit gelangten knapp 3,6 Mill. t an betrieblichen Abfällen in öffentliche Anlagen, womit diese die gesamte dort beseitigte Menge zu über

80% bestritten. Während beim verarbeitenden Gewerbe die Abfälle zu annähernd zwei Dritteln in betriebseigenen Anlagen beseitigt wurden, war beim Baugewerbe und den übrigen Wirtschaftsbereichen jeweils ein überdurchschnittlich starkes Überwiegen der in außerbetrieblichen Anlagen abgelagerten Materialien zu verzeichnen. Von allen betrieblichen Abfällen wurden über 75% auf Deponien gebracht, während nur knapp 5% zu Verbrennungsanlagen gelangten. Der letztgenannten Beseitigungsform kommt eine besondere Bedeutung bei den Krankenhäusern, Kliniken und Sanatorien zu, welche sich ihrer Abfälle annähernd zur Hälfte durch Verbrennen entledigten. Im verarbeitenden Gewerbe spielte die Abfallbeseitigung durch Verbrennungsanlagen vor allem bei der Holzbe- und -verarbeitung sowie der Herstellung von Kunststoffwaren, der Gummiverarbeitung und Ledererzeugung eine größere Rolle. In dem für Rheinland-Pfalz sehr wichtigen Bereich der chemischen Industrie einschließlich Mineralölverarbeitung, welcher 1975 allein mit rund 18,5% am betrieblichen Abfallaufkommen beteiligt war, erfolgte die Beseitigung zu etwa 50% durch Deponieren (15% durch Verbrennen). Nach Abfallarten differenziert, dominierten dort Bauschutt bzw. Bodenaushub, Schlämme sowie Säuren, Laugen und flüssige Sonderabfälle.

Wie aus dem Bericht der Landesregierung über die Abfallbeseitigung, welcher nach dem Landesabfallgesetz alle zwei Jahre zu erstatten ist, hervor-

geht, soll künftig insbesondere den Möglichkeiten einer Wiederverwendung von Abfallstoffen im Produktionsprozeß größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Derartige unter dem Begriff Recycling zusammengefaßte Anstrengungen hatten bisher unter anderem bei der Überführung von Klärschlämmen in Komposte sowie bei der Verwendung von Altreifen

zur Energie- und Isoliermaterialerzeugung gewisse Erfolge zu verzeichnen. Zu größeren Zukunftserwartungen dürfte hier beispielsweise auch die Pyrolyse berechtigen, welche mittels thermischer Zersetzung spezieller Abfälle auf die Gewinnung technisch nutzbarer Öle oder Gase ausgerichtet ist.

Diplom-Wirtschaftsingenieur H. Peifer

Sozialer Wohnungsbau 1976

Die wohnungspolitischen Zielsetzungen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus sind seit der Verkündung des Ersten Wohnungsbaugesetzes im Jahre 1950 mehrmals den veränderten wirtschaftlichen Bedingungen angepaßt worden. Galt es zunächst, die dringendste Wohnungsnot im Gefolge des zweiten Weltkrieges zu beseitigen und Wohnraum für Heimatvertriebene und andere Bevölkerungsgruppen zu schaffen, deren Wohnungen zerstört worden waren, so sollte durch das Zweite Wohnungsbaugesetz vom 27. Juni 1956 nicht nur Wohnraum für Wohnungssuchende mit geringerem Einkommen zur Verfügung gestellt werden, sondern auch die Eigentumsbildung durch den Neubau von Familienheimen für kinderreiche Familien und andere auf staatliche Unterstützung angewiesene Personengruppen sowie der Bau von Eigentumswohnungen gefördert werden.

Private Haushalte dominieren als Bauherren

Im Jahre 1976 beliefen sich in Rheinland-Pfalz die Bewilligungen für Sozialwohnungen nach dem ersten und zweiten Förderungsweg auf insgesamt 7 591 gegenüber 7 496 im Jahr zuvor. Die Zahl der Wohnungen im ersten Förderungsweg, der ursprünglichen und unmittelbaren Form öffentlicher Förderung, verminderte sich um 4,9% auf 4 294, während im zweiten Förderungsweg, worunter alle

mit direkten staatlichen Hilfen außerhalb des eigentlichen öffentlich geförderten Wohnungsbaus begünstigten Bauvorhaben fallen, eine Steigerung um 10,5% auf 3 297 Wohnungen zu verzeichnen war; von letzteren wurden 3 210 Wohnungen im Rahmen des Regionalprogramms des Bundes bewilligt.

Damit setzte sich die schon im Jahr zuvor beobachtete Entwicklung, wenn auch in wesentlich gedämpfterem Maße, fort. Im Jahre 1975 hatte sich für die Bewilligungen im ersten Förderungsweg eine Abnahme um 13%, für die des zweiten Förderungsweges dagegen eine Steigerung um etwas mehr als die Hälfte ergeben; hierin wird das stärkere Gewicht deutlich, welches dem zweiten Förderungsweg in den letzten Jahren zukommt. Anders als im sozialen Wohnungsbau verlief in den vergangenen Jahren die Entwicklung der Genehmigungen im gesamten Wohnungsbau. Während 1975 die Zahl der Genehmigungen für Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnbau erneut, und zwar um 19% zurückgegangen war, konnte im Berichtsjahr eine Zunahme um 8,2% ermittelt werden. Die verhältnismäßig hohe Zahl der Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau (erster und zweiter Förderungsweg), welche von 1974 bis 1976 zwischen 7 100 und 7 600 schwankte, hat auch zur Stützung der Bautätigkeit beigetragen.

Bewilligte Sozialwohnungen nach Wohnform und Eigentumsverhältnis 1966 - 1976

Jahr ¹⁾	Ins- gesamt	In Mehrfamilienhäusern			In Ein- und Zwei- familienhäusern		In Kleinsiedlerstellen		In sonstigen Gebäuden
		zu- sammen	eigengenutzte und Kauf- eigentums- wohnungen	Eigen- tümer- wohnungen	zu- sammen	Eigen- tümer- wohnungen	zu- sammen	Eigen- tümer- wohnungen	
1966	4 073	1 609	9	14	2 422	2 100	16	15	26
1967	4 929	2 595	7	8	2 201	1 995	116	109	17
1968	5 216	3 037	44	3	2 124	1 959	14	12	41
1969	4 328	2 367	-	11	1 934	1 546	24	24	3
1970	4 079	1 983	19	7	2 019	1 802	57	56	20
1971	5 353	3 372	15	5	1 947	1 745	21	21	13
1972	6 623	4 319	102	8	2 260	2 077	28	28	16
1973	4 282	1 458	119	-	2 702	2 458	42	13	80
1974	7 117	4 086	248	-	2 739	2 444	14	1	278
1975	7 496	3 719	723	-	3 762	3 355	5	3	10
1976	7 591	3 440	614	-	4 116	3 722	23	15	12

1) Ab 1973 1. und 2. Förderungsweg.

Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau in den Verwaltungsbezirken 1976

Verwaltungsbezirk	Bundes- / Landesmittel ¹⁾ für den			Geförderte Wohnungen				Sonstige ge- förder- te Wohn- einheiten (Heim- plätze)	Durch- schnitt- liche Miete je qm Wohnfläche 4)
	1. För- derungs- weg	2. För- derungs- weg	objekt- bezogene Beihilfen 2)	ins- gesamt	in Wohngebäuden mit ...				
					1 und 2 3)	3 und mehr 4)	Eigen- tums- wohnungen		
	1 000 DM			Anzahl					DM
Kreisfreie Stadt Koblenz	9 214	-	582	285	43	198	44	-	4, 58
Landkreise									
Ahrweiler	3 609	42	262	137	81	52	4	-	5, 29
Altenkirchen (Ww.)	5 814	66	513	244	165	78	1	-	4, 20
Bad Kreuznach	5 783	-	489	236	174	49	13	-	5, 49
Bad Kreuznach, St	1 986	-	147	73	31	30	12	-	4, 10
Birkenfeld	2 165	-	255	109	101	6	2	-	5, 17
Idar-Oberstein, St	934	-	108	49	42	6	1	-	5, 17
Cochem-Zell	2 060	28	111	68	64	4	-	-	8, 86
Mayen-Koblenz	5 951	-	468	227	147	64	16	-	4, 66
Andernach, St	1 183	-	63	35	11	34	-	-	4, 00
Mayen, St	647	-	55	24	18	6	-	-	3, 68
Neuwied	3 500	-	532	203	161	25	17	-	4, 32
Neuwied, St	1 641	-	319	110	81	15	14	-	4, 20
Rhein-Hunsrück-Kreis	4 106	-	421	189	141	40	8	-	6, 74
Rhein-Lahn-Kreis	5 469	-	501	241	120	107	14	-	4, 74
Lahnstein, St	1 848	-	183	88	9	70	9	-	4, 93
Westerwaldkreis	6 591	26	656	284	244	37	3	-	4, 14
RB Koblenz	54 262	162	4 790	2 223	1 441	660	122	-	4, 82
Kreisfreie Stadt Trier	8 751	-	684	312	43	209	60	-	5, 09
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	3 984	-	510	202	150	40	12	-	5, 40
Bitburg-Prüm	2 317	-	400	149	143	3	3	-	6, 81
Daun	2 937	-	305	136	93	39	4	-	4, 43
Trier-Saarburg	3 614	-	847	288	264	11	13	-	4, 20
RB Trier	21 603	-	2 746	1 087	693	302	92	-	5, 03
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	2 172	-	566	206	55	82	69	-	7, 82
Kaiserslautern	2 951	-	919	341	60	258	15	44	7, 29
Landau i. d. Pfalz	1 673	60	176	83	40	6	37	-	4, 20
Ludwigshafen a. Rhein	14 311	720	817	490	60	411	19	-	5, 14
Mainz	11 494	-	1 132	466	94	315	57	-	6, 20
Neustadt a. d. Weinstr.	1 726	-	279	109	75	12	22	-	4, 20
Pirmasens	1 526	-	150	70	37	18	15	-	4, 20
Speyer	3 454	-	245	114	38	43	33	-	4, 20
Worms	3 368	-	251	117	46	69	2	-	4, 15
Zweibrücken	2 794	57	166	86	48	37	1	-	4, 20
Landkreise									
Alzey- Worms	2 965	31	341	147	99	47	1	-	6, 35
Bad Dürkheim	4 810	-	600	251	168	75	8	-	3, 89
Donnersbergkreis	3 691	-	260	124	91	24	9	-	3, 98
Germersheim	4 132	-	711	267	162	71	34	-	5, 57
Kaiserslautern	1 697	-	279	112	46	62	4	-	8, 04
Kusel	2 778	-	166	87	76	11	-	-	4, 20
Landau-Bad Bergzabern	5 399	-	602	261	170	72	15	62	4, 41
Ludwigshafen	4 136	-	624	253	163	48	42	-	4, 67
Mainz-Bingen	8 108	43	1 090	441	325	100	16	-	4, 27
Bingen, St	1 838	-	96	53	20	32	1	-	4, 20
Ingelheim am Rhein, St	581	-	78	33	19	3	11	-	4, 20
Pirmasens	6 983	-	480	256	152	103	1	-	4, 20
RB Rheinhessen- Pfalz	90 168	911	9 854	4 281	2 005	1 864	400	106	5, 55
Rheinland- Pfalz	166 033	1 073	17 390	7 591	4 139	2 826	614	106	5, 32
Kreisfreie Städte	63 434	837	5 967	2 679	639	1 658	374	44	5, 60
Landkreise	102 599	236	11 423	4 912	3 500	1 168	240	62	4, 93

1) Ohne Mischförderung. - 2) Erste Jahresrate. - 3) Wohngebäude ohne Eigentumswohnungen (ohne Wohnheime) einschl. Kleinsiedlerstellen. - 4) In Wohngebäuden mit 3 und mehr Wohnungen (ohne Wohnheime).

Ähnlich wie im gesamten Wohnungsbau erhöhte sich 1976 auch im sozialen Wohnungsbau die Zahl der bewilligten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern, und zwar um 372 auf 4 139. Seit 1971, als nur 1 947 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern bewilligt worden waren, stieg deren Zahl kontinuierlich bis zu der im Berichtsjahr erreichten Höhe an. Während 1975 der Anteil der bewilligten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern noch 50% ausmachte, sank er im Berichtsjahr auf 45%. Als Bauherren dominierten erneut die privaten Haushalte, deren Anteil auf mehr als zwei Drittel anstieg. Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen verloren dagegen abermals an Bedeutung; ihre Quote an den Bauherren insgesamt belief sich nur noch auf 18%.

Von den geförderten Wohnungen entfällt auf den Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz, in dem knapp die Hälfte der Bevölkerung des Landes lebt, mit 4 281 ein Anteil von 57%, danach folgen Koblenz mit 2 223 oder 29% (Bevölkerungsanteil 37%) und Trier mit 1 087 oder 14% (13%). Gegenüber dem Vorjahr fiel die Veränderung der Quoten nur sehr gering aus. Ähnlich wie in früheren Jahren sollen von den 2 826 geförderten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (ohne Eigentumswohnungen und ohne Wohnungen in Wohnheimen) mit 1 658 fast drei Fünftel in den kreisfreien Städten errichtet werden. Von den Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern werden dagegen 3 500 oder 85% in den Landkreisen fertiggestellt. Geförderte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern waren im Berichtsjahr vor allem in den kreisfreien Städten Ludwigshafen (411), Mainz (315) und Kaiserslautern (258) vorgesehen, Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern hingegen vorwiegend in den Landkreisen Mainz-Bingen (325), Trier-Saarburg (264) und im Westerwaldkreis (244).

Durchschnittliche Wohnfläche geringfügig auf 94,3 qm gestiegen

Die durchschnittliche Raumzahl (Zimmer und Küche) der im ersten Förderungsweg bewilligten Wohnungen blieb mit 4,6 nahezu konstant. Im gesamten Wohnungsbau fiel 1976 die durchschnittliche Zahl der Räume mit 4,7 je fertiggestellter Wohnung nur geringfügig höher aus. Die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung der im ersten Förderungsweg bewilligten Sozialwohnungen erhöhte sich vor allem infolge des gestiegenen Anteils an Eigentumswohnungen um 0,9 qm auf 94,3 qm, blieb aber um fast 8 qm unter der durchschnittlichen Wohnfläche aller im Berichtsjahr errichteten Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden.

Eine unterschiedliche Entwicklung der durchschnittlichen Größe bewilligter Wohnungen konnte bei den einzelnen Bauherrengruppen beobachtet werden. Während für private Haushalte eine Zunahme um 4,0 qm auf 112,0 qm ermittelt wurde, ergab sich bei den Gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen eine Reduzierung um nicht weniger als 8,0 qm auf 67,5 qm. Seit 1960 war bei dieser Bauherrengruppe nur zweimal eine noch niedrigere durchschnittliche Wohnungsgröße verzeichnet worden. Was die An-

Bewilligte Sozialwohnungen¹⁾ nach Wohnungsgröße und Bauherren 1960 - 1976

Jahr	Insgesamt			Private Haushalte ²⁾		Gemeinnützige Wohnungs- und ländl. Siedlungsunternehmen ²⁾	
	Raumzahl	cbm	qm	cbm	qm	cbm	qm
	je Wohnung						
1960	4,5	416,8	77,4	465,2	82,1	347,2	70,9
1961	4,5	.	76,2	471,0	82,8	332,7	66,2
1962	4,6	434,9	82,1	489,2	86,0	347,5	71,9
1963	4,7	446,2	82,5	530,1	89,5	369,7	76,2
1964	4,7	455,0	83,5	528,0	91,2	388,3	78,9
1965	4,7	464,0	83,9	554,3	93,7	369,9	74,4
1966	4,9	499,6	90,1	599,0	99,7	416,8	82,8
1967	4,8	474,5	87,4	635,0	105,3	360,0	74,7
1968	4,7	453,1	85,5	624,3	104,3	361,2	74,3
1969	4,9	465,1	85,1	687,2	110,5	368,1	74,5
1970	4,9	478,1	87,4	688,2	108,6	361,1	75,5
1971	4,6	475,6	86,1	638,4	103,8	369,1	75,7
1972 ³⁾	4,5	464,5	84,8	605,0	100,1	356,5	73,4
1973 ³⁾	4,9	663,0	80,3	757,4	111,3	319,4	63,4
1974	4,3	558,5	86,6	653,2	101,4	376,8	72,7
1975	4,5	593,5	93,4	695,4	108,0	371,1	75,5
1976	4,6	569,9	94,3	701,8	112,0	347,8	67,5

1) Nur vollgeforderte reine Wohnbauten (Errichtung neuer Gebäude). -

2) Ab 1961 nur vollgeforderte reine Wohnbauten, bei denen Baugrundstücks- und Erwerbskosten ausgewiesen waren. - 3) Ohne Erbbaugrundstücke.

zahl der Räume je Wohnung anbelangt, so ergaben sich 1976 nur geringe Quoten-Verschiebungen gegenüber dem Vorjahr. Für 53% der geförderten Wohnungen sind fünf und mehr Räume vorgesehen und nur für 9% ein oder zwei Räume; im Vorjahr beliefen sich die entsprechenden Anteile auf 51 und 6%. Die Wohnungen des zweiten Förderungsweges, welche in erster Linie diejenigen des Regionalprogramms des Bundes beinhalten, verfügen durchschnittlich über mehr Räume als die des ersten Förderungsweges; von ersteren sollen fast drei Fünftel mit fünf oder mehr Räumen ausgestattet werden.

Fast die Hälfte der Finanzierungsmittel sind Kapitalmarktmittel

Beim sozialen Wohnungsbau ist die Herkunft der Mittel von besonderem Interesse. Hinsichtlich der Finanzierungsart wird unterschieden zwischen öffentlichen Mitteln, Kapitalmarktmitteln und sonstigen Mitteln. Zu den öffentlichen Mitteln zählen die Etatmittel des Bundes, der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, die von ihnen zur Förderung des Baus von Wohnungen für breite Schichten der Bevölkerung bestimmt sind, sowie die nach dem Lastenausgleichsgesetz für die Wohnraumhilfe bestimmten Mittel des Ausgleichsfonds (§ 6 Abs. 1 II. WoBauG). Dagegen gehören nicht zu den öffentlichen Mitteln Eingliederungsdarlehen nach dem Lastenausgleichsgesetz oder aus öffentlichen Haushalten, Wohnungsbausparprämien, Wohnungsfürsorgemittel des Bundes und der Länder, Mittel zur Obdachlosenunterbringung, Mittel für die Vor- und Zwischenfinanzierung, unverzinsliche Darlehen, für die Steuervergünstigungen nach § 7 c EStG gewährt werden, und Grundsteuervergünstigungen. Kapitalmarktmittel sind langfristige Darlehen von Realcreditinstituten und sonstigen Kapitalsammelstellen wie Sparkassen, Lebens- und Sozialversicherungen sowie Bausparkassen. Darlehen und Hypotheken

von Pfandbriefinstituten zählen ebenso dazu. Schließlich rechnen zu den *sonstigen Mitteln* besonders die eigenen Ersparnisse, der Gegenwert der Eigenhilfe, eingebrachte Baugrundstücke, Arbeitgeber- und Mieterdarlehen, Mietvorauszahlungen sowie sonstige aus öffentlichen Haushalten (Bundesjugendplan, Kriegsfolgehilfe, Grüner Plan, Bundesanstalt für Arbeit) direkt bereitgestellte Mittel.

Die veranschlagten Finanzierungsmittel des ersten und zweiten Förderungsweges beliefen sich 1976 in Rheinland-Pfalz auf insgesamt 1,159 Mrd. DM, das sind 60 Mill. DM oder 5,5% mehr als im Jahr zuvor. Auf den ersten Förderungsweg entfielen 625 Mill. DM, auf den zweiten Förderungsweg 534 Mill. DM. Verglichen mit dem Jahre 1975 ergab sich für den ersten Förderungsweg eine Reduzierung um 48 Mill. DM, für den zweiten dagegen eine Zunahme um 108 Mill. DM. Damit setzte sich die schon seit mehreren Jahren beobachtete Tendenz einer zunehmenden Bedeutung des zweiten Förderungsweges weiter fort. Von den insgesamt veranschlagten Finanzierungsmitteln stammten nicht weniger als 546 Mill. DM oder 47% aus Kapitalmarktmitteln, gegenüber 475 Mill. DM (43%) im Jahr zuvor. Deutlich niedrigere Quoten waren in früheren Jahren ermittelt worden. Im Jahre 1960 hatte der Anteil nur 31% und 1970 33% ausgemacht. Die sonstigen Mittel erreichten im Berichtsjahr mit 443 Mill. DM oder 38% eine um 4 Prozentpunkte niedrigere Quote als im Vorjahr, bei den öffentlichen Mitteln blieb sie mit 171 Mill. DM oder 15% nahezu konstant. Unterschiedliche Finanzierungsstrukturen zeigt verständlicherweise die Untergliederung nach den beiden Förderungswegen. Während im ersten Förderungsweg auf Kapitalmarktmittel eine Quote von 38%, auf sonstige Mittel 35% und auf öffentliche Mittel 27% entfielen, betrug sie beim zweiten Förderungsweg für Kapitalmarktmittel 57% und für sonstige Mittel 43%.

Eine Analyse der Kapitalmarktmittel zeigt, daß sich die Bedeutung der beiden dominierenden Kapitalgeber, der Sparkassen sowie der Bausparkassen, noch erhöht hat. Die Sparkassen stellten mit 295 Mill. DM mehr als die Hälfte aller Kapitalmarktmittel bereit und die Bausparkassen mit 152 Mill.

Veranschlagte Gesamtherstellungskosten der bewilligten Sozialwohnungen¹⁾ 1960 - 1976

Jahr	Ins-gesamt	Reine Baukosten				
		1 000 DM	% der Gesamt-kosten	DM je Wohnung	DM je cqm	DM je qm
1960	154 444	126 665	82,0	26 154	63	338
1961	223 106
1962	282 621	229 644	81,3	31 930	73	389
1963	282 638	223 285	79,0	37 060	83	449
1964	312 097	249 450	79,9	41 506	91	497
1965	311 777	247 639	79,4	44 507	96	531
1966	238 460	182 922	76,7	49 545	99	550
1967	262 036	196 854	75,1	46 373	98	530
1968	297 422	219 110	73,7	45 772	101	535
1969	254 982	187 722	73,6	48 962	105	564
1970	267 226	200 650	75,1	57 891	114	639
1971	399 151	300 902	75,4	62 845	132	730
1972	523 440	394 812	75,4	67 756	146	799
1973	456 984	369 051	80,8	89 250	163	1 073
1974	808 620	612 903	75,8	87 321	193	1 129
1975	858 393	662 548	77,2	105 166	192	1 164
1976	906 659	690 441	76,2	113 261	200	1 195

1) Nur vollgeforderte reine Wohnbauten.

DM fast ein Drittel. Die von diesen beiden Geldgebern zur Verfügung gestellten Geldmittel erreichten in beiden Förderungswegen etwa gleich hohe Quoten an den gesamten Kapitalmarktmitteln. Die Struktur der sonstigen Mittel, von denen mehr als neun Zehntel Eigenleistungen darstellen, hat sich gegenüber 1975 kaum verändert.

Die Aufgliederung der Sozialwohnungen nach Förderungsarten ergab ein ähnliches Bild wie in den vorhergegangenen Jahren. Von den 4 294 im ersten Förderungsweg bewilligten Sozialwohnungen betrafen 4 057 die Mischförderung (Kapitalhilfen und objektbezogenen Beihilfen) und die restlichen 237 die Förderung mit Kapitalhilfen allein. Von den 3 297 Wohnungen des zweiten Förderungsweges wurden nicht weniger als 97% mit objektbezogenen Beihilfen allein gefördert.

Veranschlagte reine Baukosten je Wohnung um 7,7% gestiegen

Ein Vergleich der Kostenentwicklung im sozialen Wohnungsbau kann nur in eingeschränktem Maße vorgenommen werden, da neben der Preisentwicklung die von Jahr zu Jahr unterschiedliche Struktur des Gesamtvolumens der geförderten Wohnungen nach Gebäudearten sowie nach Ausstattung und Größe der Wohnungen die Höhe der Kosten bestimmt. Die veranschlagten Gesamtherstellungskosten beliefen sich im vollgeforderten reinen Wohnungsbau 1976 auf insgesamt 907 Mill. DM; das sind 48 Mill. DM oder 5,6% mehr als im Vorjahr. Der Anteil der reinen Baukosten verminderte sich ganz geringfügig auf 76%; auch bei den übrigen Kosten zeigten sich kaum anteilmäßige Veränderungen. Die reinen Baukosten je Wohnung erhöhten sich vorwiegend infolge der gestiegenen Zahl von Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern um 7,7% auf 113 300 DM. Auf die in Fertigteilbauweise zu errichtenden Wohnungen entfielen 8,8% der veranschlagten Gesamtherstellungskosten gegenüber 8,1% im Vorjahr und 6,1% im Jahre 1974. Ähnlich wie im gesamten Wohnungsbau hält auch im sozialen Wohnungsbau die Tendenz einer leicht steigenden Bedeutung des Fertigteilbaus an.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Finanzierungsmittel für bewilligte Sozialwohnungen 1960 - 1976

Jahr ¹⁾	Ins-gesamt	Öffentliche Mittel		Kapitalmarkt-mittel		Sonstige Mittel	
		1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
1960	205 924	66 250	32,2	64 513	31,3	75 161	36,5
1961	273 627	74 963	27,4	98 062	35,8	100 601	36,8
1962	358 130	91 898	25,7	137 890	38,5	128 341	35,8
1963	336 791	76 631	22,8	137 422	40,8	122 738	36,4
1964	390 907	86 291	22,1	146 920	37,6	157 696	40,3
1965	431 835	123 579	28,6	142 060	32,9	166 195	38,5
1966	318 072	91 240	28,7	107 498	33,8	119 334	37,5
1967	389 227	101 226	26,0	138 893	35,7	149 108	38,3
1968	393 855	91 168	23,1	157 833	40,1	144 854	36,8
1969	348 873	86 413	24,8	134 567	38,6	127 893	36,6
1970	402 509	92 970	23,1	133 383	33,1	176 156	43,8
1971	534 703	114 181	21,4	217 244	40,6	203 278	38,0
1972	703 458	144 940	20,6	305 280	43,4	253 238	36,0
1973	602 944	86 228	14,3	245 359	40,7	271 357	45,0
1974	1 016 975	164 791	16,2	413 462	40,7	438 722	43,1
1975	1 098 642	158 402	14,4	474 713	43,2	465 527	42,4
1976	1 159 307	170 958	14,7	545 639	47,1	442 710	38,2

1) Ab 1973 1. und 2. Förderungsweg.

Wohngeld 1976

Das Wohngeld ist ein staatlicher Zuschuß zu den Aufwendungen für Wohnraum. Sind die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen erfüllt, so besteht ein Rechtsanspruch auf die Zahlung des Wohngeldes. Hierdurch sollen soziale Härten bei finanziell weniger günstig gestellten Bevölkerungsschichten verhindert oder gemildert, den anspruchsberechtigten Haushalten eine angemessene familiengerechte Wohnung zu einer für sie tragbaren Belastung gesichert werden. Über die Auswirkungen des Zweiten Wohngeldgesetzes in der Fassung vom 14. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1863) ist gemäß § 35 dieses Gesetzes eine Statistik zu führen. Jährlich werden in tiefgegliederten Merkmalskombinationen die Daten über den Personenkreis der Wohngeldempfänger sowie ihre Haushalts-, Einkommens- und Wohnverhältnisse aufbereitet.

Auch heute, mehr als zehn Jahre nach der Verabschiedung des Ersten Wohngeldgesetzes, ist oft eine bestimmte Art des Anspruchs auf Wohngeld noch unbekannt: die Tatsache, daß Wohngeld keineswegs nur Mietern, sondern auch Eigentümern zugute kommt. Wohngeld erhalten zunächst als Mietzuschuß die Mieter einer Wohnung oder eines Zimmers. Darüber hinaus aber eventuell auch der Eigentümer eines Mehrfamilienhauses, eines Geschäftshauses oder eines Gewerbebetriebes, wenn er selbst in diesem Haus wohnt. Wohngeld in der Form des Lastenzuschusses erhält der Eigentümer des Eigenheims, einer Eigentumswohnung oder eines eigentumsähnlichen Dauerwohnrechts. Dem Eigentümer gleichgestellt ist ein Erbbauberechtigter. Jeder, der zur diesem Personenkreis gehört und die übrigen Voraussetzungen erfüllt, hat auf Wohngeld einen Rechtsanspruch.

Empfänger von Wohngeld nach Art des Zuschusses
Ende Dezember 1973 - 1976

Jahr	Ins- gesamt	Verän- derung zum Vorjahr	Empfänger von Mietzuschuß			Empfänger von Lastenzuschuß		
			zu- sam- men	Verän- derung zum Vorjahr	An- teil	zu- sam- men	Verän- derung zum Vorjahr	An- teil
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	
1973	49 285	12,5	46 323	14,5	94,0	2 962	- 11,4	6,0
1974	65 492	32,9	60 013	29,6	91,6	5 479	85,0	8,4
1975	68 292	4,3	63 231	5,4	92,6	5 061	- 7,6	7,4
1976	64 687	- 5,3	60 446	- 4,4	93,4	4 241	- 16,2	6,6

Weniger Wohngeldempfänger

Am Jahresende 1976 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 64 687 Empfänger von Wohngeld; davon erhielten 60 446 oder 93,4% Mietzuschüsse und 4 241 oder 6,6% Lastenzuschüsse für die aus dem Kapitaldienst und aus der Bewirtschaftung entstehende Belastung. Die Zahl der Wohngeldempfänger insgesamt nahm damit gegenüber dem Jahresende 1975 um 5,3% ab. Bei den Empfängern von Mietzuschuß ergab sich ein Rückgang um 4,4%, bei den Lastenzuschußempfängern fiel er mit 16,2% noch erheblich höher aus.

Diese Daten zeigen eine Entwicklung auf, die es in den Vorjahren nicht gab. Seit Anfang der 70er Jahre war eine jährliche Steigerung der Wohngeldbezieher zu beobachten, ein Tatbestand, der hauptsächlich auf die Fortentwicklung des Zweiten Wohngeldgesetzes mit angehobenen Einkommensgrenzen und höheren allgemeinen Freibeträgen zurückzuführen ist. Seit der letzten Gesetzesnovellierung zum 1. Januar 1974 sind jedoch - besonders im Berichtsjahr - viele Haushalte infolge teilweise erheblich gestiegener Einkommen aus der Wohngeldförderung herausgewachsen. Da der Fortfall des Wohngeldes in vielen Fällen eine besondere soziale Härte bedeutet, war es unumgänglich, eine erneute Novelle zum Wohngeldgesetz zu erlassen. Diese Novellierung wird zum 1. Januar 1978 wirksam und paßt das Wohngeld an die allgemeine Mieten- und Einkommensentwicklung der letzten Jahre an. Die bereits im Wohngeldbericht 1975 aufgezeigten Mängel im Wohngeldbemessungssystem machten es darüber hinaus erforderlich, bisher noch bestehende strukturelle Verzerrungen bei der Wohngeldförderung im Interesse einer größeren Gerechtigkeit zu bereinigen.

Das neue Wohngeldrecht, das für viele wesentliche Verbesserungen ermöglicht, gilt im vollen Umfang erst für Wohngeldanträge, die nach dem 1. Januar 1978 gestellt werden. Ist bis zum 1. Januar 1978 über einen zuvor gestellten Antrag noch nicht entschieden, so wird das Wohngeld für die Zeit bis Ende des Jahres 1977 nach dem bisherigen und für die darauf folgende Zeit nach dem neuen Recht bewilligt. Ist das Wohngeld aber bereits vor dem 1. Januar 1978 bewilligt worden, so wird es bis zum Beginn eines neuen Bewilligungszeitraums unverändert nach altem Recht gezahlt.

64 Mill. DM Zuschüsse gezahlt

Im Jahre 1976 beliefen sich in Rheinland-Pfalz die ausgezahlten Wohngeldbeträge auf 64,2 Mill. DM, das waren 2,8% weniger als im Jahr zuvor; 57,9 Mill. DM waren Mietzuschüsse und 6,3 Mill. DM Lastenzuschüsse, deren Anteile damit um 1,3 bzw. 14,7% zurückgingen. Die Quote der ausgezahlten Mietzuschüsse an den insgesamt ausgezahlten Wohngeldbeträgen stieg um 1,3 Prozentpunkte auf 90,1%, während sie sich bei den Lastenzuschüssen entsprechend auf 9,9% verringerte. Die ausgezahlten Wohngeldbeträge nahmen vergleichsweise von 1973 bis 1975 von 43,5 auf 66,1 Mill. DM zu, was einer Steigerung um 22,6 Mill. DM oder 52% entspricht.

Bei einem rheinland-pfälzischen Bevölkerungsanteil von 5,9% an der Bevölkerung im Bundesgebiet erreichten die rund 64 700 hiesigen Wohngeldempfänger eine Quote von 4,1% aller im Bundesgebiet erfaßten 1,585 Mill. Bezieher von Wohngeld. Die anteilmäßig gezahlten Wohngeldbeträge stellten wertmäßig 4,0% aller aufgewandten Mittel dar. Während der Landesanteil an den Mietzuschuß-

empfängern 4,0% ausmachte, lag der analoge Wert für die Bezieher von Lastenzuschüssen bei 5,1%.

Durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch 70 DM

Gegenüber 1975 blieb der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch mit 70 DM konstant; im Vergleich zu 1973 erhöhte er sich um 13 DM. Haushalte mit Anspruch auf Mietzuschuß erhielten durchschnittlich im Monat 68 DM. Im einzelnen bekamen 52% weniger als 60 DM, weitere 17% kamen auf 60 bis 80 DM, 12% auf 80 bis 100 DM, 11% auf 100 bis 140 DM und die restlichen 8% auf mehr als 140 DM. An Haushalte mit Anspruch auf Lastenzuschuß wurde mit durchschnittlich 89 DM je Monat ein erheblich höherer Betrag gezahlt. Von diesem Personenkreis erhielt reichlich ein Drittel weniger als 60 DM, weitere 17% kamen auf 60 bis 80 DM, 14% auf 80 bis 100 DM und jeweils 17% auf 100 bis 140 DM bzw. auf mehr als 140 DM.

Ein Vergleich von Personenzahl des Haushalts und Wohngeldhöhe ergab ein ähnliches Bild wie vor Jahresfrist. Unter den Mietzuschußempfängern waren es vor allem Ein- und Zweipersonenhaushalte, deren monatlicher Anspruch unter 40 DM lag. Dagegen erhielt von den Haushalten mit sechs Personen gut die Hälfte mehr als 100 DM zugesprochen, und bei den Haushalten mit sieben und mehr Personen waren es 68%. Unter den Empfängern von Lastenzuschuß bekam von den Fünf-Personen-Haushalten ein Drittel mehr als 100 DM, von den Haushalten mit sechs Personen waren es 49% und von den mit sieben und mehr Personen 71%.

Wohngeld vermindert die Belastung des Nettoeinkommens für Mietausgaben erheblich

Sinn der Wohngeldzahlungen ist es, den durchschnittlichen Belastungsgrad der Einkommen, der sich durch Miet- bzw. Lastenzahlungen ergibt, zu vermindern. So befanden sich im Berichtsjahr unter den Hauptmieterhaushalten mit Mietzuschüssen vor der Gewährung von Wohngeld 49%, die einen Einkommensbelastungsgrad von mehr als einem Viertel hatten, mit dem Bezug von Wohngeld je-

Ausgezahlte Wohngeldbeträge nach Zuschußarten 1973 - 1976

Jahr	Ins-gesamt	Verän-derung zum Vorjahr	Mietzuschuß			Lastenzuschuß		
			zu-sam-men	Verän-derung zum Vorjahr	An-teil	zu-sam-men	Verän-derung zum Vorjahr	An-teil
	1 000 DM	%	1 000 DM	%		1 000 DM	%	
1973	43 481	- 3,2	39 618	- 0,3	91,1	3 863	- 25,7	8,9
1974	59 240	36,2	52 499	32,5	88,6	6 741	74,5	11,4
1975	66 052	11,5	58 645	11,7	88,8	7 407	9,8	11,2
1976	64 199	- 2,8	57 878	- 1,3	90,1	6 321	- 14,7	9,9

doch nur noch einen solchen von 9,8%. Vergleichsweise lagen diese Werte im Jahre 1973 bei 54 bzw. 11%. Die Auswirkungen, die sich für Haushalte ergaben, die Lastenzuschüsse empfingen, fielen noch günstiger aus; 1976 hatten knapp 43% einen Einkommensbelastungsgrad von über einem Viertel vorher, von jedoch nur 4,3% nachher.

72% der Mietzuschußempfänger Rentner und Pensionäre

Die soziale Struktur des Empfängerkreises von Miet- und Lastenzuschüssen hat sich gegenüber dem Vorjahr nur wenig verändert. Unter den Empfängern von Mietzuschüssen dominierten erneut die Rentner und Pensionäre, deren Anteil mit 72% konstant blieb. Danach folgten die sonstigen Nichterwerbstätigen mit 12%, deren Anteil seit 1973 (6,7%) erheblich gestiegen ist und damit zugleich ein Spiegelbild der erhöhten Arbeitslosigkeit darstellt. Geringfügig erhöhte sich die Quote für Empfänger von Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge auf 5,3%, während die Werte für Beamte, Angestellte und Arbeiter nur wenig abgenommen haben. Mehr als acht Zehntel der Empfänger von Mietzuschüssen gehörten somit der Gruppe der nicht oder nicht mehr erwerbstätigen Personen an; hieraus ist die erhebliche Bedeutung der Wohngeldzahlungen vor allem an Rentner ersichtlich. Die Gliederung der anspruchsberechtigten Haushalte auf Lastenzu-

Empfänger von Wohngeld nach sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes Ende Dezember 1973 - 1976

Jahr	Haushalte insgesamt	Selbständige	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Rentner, Pensionäre	Empfänger von Sozialhilfe/ Kriegsopferfürsorge	Sonstige Nicht-erwerbs-tätige
	Anzahl	%						
Insgesamt								
1973	49 285	1,0	1,4	3,4	9,9	73,9	3,9	6,5
1974	65 492	0,9	1,7	4,1	12,8	69,1	4,0	7,4
1975	68 292	0,8	1,2	3,2	11,1	68,7	4,7	10,3
1976	64 687	0,6	1,0	2,6	9,9	69,2	5,0	11,7
Empfänger von Mietzuschuß								
1973	46 323	0,6	1,1	3,0	7,7	76,7	4,2	6,7
1974	60 013	0,5	1,3	3,5	9,6	72,9	4,4	7,8
1975	63 231	0,5	0,9	2,7	8,5	71,6	5,1	10,7
1976	60 446	0,5	0,7	2,3	7,7	71,5	5,3	12,0
Empfänger von Lastenzuschuß								
1973	2 962	6,2	6,8	9,9	44,7	29,1	0,3	3,0
1974	5 479	4,3	6,6	11,1	46,9	27,0	0,4	3,7
1975	5 061	3,9	5,6	8,7	44,0	31,5	0,5	5,8
1976	4 241	3,2	5,3	7,2	41,3	36,4	0,6	6,0

Empfänger von Wohngeld nach Haushalts- und Wohnungsgröße sowie Zuschußarten Ende Dezember 1976

Haushaltsgröße		Ins- gesamt 1)	Mit einer Wohnfläche von ... qm									
			unter 20	20 - 30	30 - 40	40 - 50	50 - 60	60 - 70	70 - 80	80 - 100	100 - 120	120 und mehr
		Anzahl	%									
Empfänger von Mietzuschuß												
1	Person	31 582	9,4	10,2	18,1	23,8	21,3	10,5	4,2	2,1	0,3	0,1
2	Personen	9 620	0,2	1,1	4,5	15,8	29,8	23,5	13,6	9,5	1,6	0,4
3	"	3 398	0,1	0,5	2,5	7,8	13,9	23,0	22,6	23,3	4,8	1,5
4	"	2 792	-	0,0	1,1	4,0	7,9	16,6	24,6	34,1	9,0	2,7
5	"	1 772	-	0,0	0,6	2,1	3,6	11,7	17,1	43,8	14,6	6,5
6	"	874	-	-	0,8	1,3	2,5	10,4	13,5	43,3	17,6	10,6
7 und mehr	"	832	-	0,1	0,1	1,5	3,5	6,7	10,0	40,3	20,7	17,1
Insgesamt		50 870	5,9	6,6	12,3	18,6	20,5	14,1	9,1	9,4	2,4	1,1
Empfänger von Lastenzuschuß												
1	Person	682	0,2	0,3	3,5	9,1	13,6	19,8	17,3	21,6	8,9	5,7
2	Personen	577	-	0,2	0,5	3,3	8,5	13,8	16,3	29,1	17,7	10,6
3	"	355	-	-	-	0,8	2,8	6,5	7,6	33,0	26,8	22,5
4	"	764	0,1	-	-	0,3	0,9	3,1	6,5	27,4	32,1	29,6
5	"	786	-	-	0,1	0,5	0,3	2,4	5,2	20,4	32,8	38,3
6	"	556	-	-	-	-	0,4	1,4	4,1	16,0	31,9	46,2
7 und mehr	"	521	-	-	-	0,2	0,6	0,9	2,5	11,5	26,7	57,6
Insgesamt		4 241	0,0	0,1	0,7	2,2	3,9	6,9	8,6	22,4	25,4	29,8

1) Nur Haushalte ohne erhöhten Wohnbedarf an Wohnfläche (§ 8 Abs. 2 und 3 2. WGG).

schuß nach der sozialen Stellung der Haushaltsvorstände zeigt dagegen als stärkste Gruppe die Arbeiter mit einer Quote von 41%. Danach folgten Rentner und Pensionäre (36%) sowie Angestellte (7%).

Baulter und Ausstattung der Wohnungen vielfach unbefriedigend

Aufschlußreiche Aussagen liefert eine Unterscheidung der von den Wohngeldempfängern belegten Räumlichkeiten hinsichtlich der Kriterien Baulter und Ausstattung. Erwartungsgemäß sind Lastenzuschußempfänger besser untergebracht als Mietzuschußempfänger, ein Sachverhalt, der auf den hohen Anteil an Neubauwohnungen zurückzuführen ist. Während von den Lastenzuschußempfängern nur 19% in sogenannten Altbauwohnungen lebten, die bis 1948 bezugsfertig geworden waren, verfügte mit 29% mehr als ein Viertel über Wohnungen, die erst 1972 oder später fertiggestellt worden sind. Von den Mietzuschußempfängern lebten dagegen

rund 18 600 oder etwas mehr als drei Zehntel in Altbauwohnungen und nur 15% in ab 1972 bezugsfertigen Wohnungen.

Auch hinsichtlich der Ausstattung der Wohnungen mit sanitären Einrichtungen und Sammelheizung ergeben sich bei den Lastenzuschußempfängern günstigere Verhältnisse als bei den Mietzuschußempfängern. So hatten zwei Drittel der Lastenzuschußempfänger eine Wohnung mit Sammelheizung sowie Bad oder Duschraum, was die den heutigen Ansprüchen angemessene höchste bauliche Ausstattungsstufe darstellt. Der Anteil der Wohnungen entweder mit Sammelheizung oder mit Bad bzw. Duschraum erreichte 29%; die restlichen 4,5% wiesen weder Sammelheizung noch Bad oder Duschraum auf. Bei den Mietzuschußempfängern hatten nur reichlich zwei Fünftel der Wohnungen die höchste Ausstattungsstufe aufzuweisen, während in ebenso vielen nur Sammelheizung oder Bad bzw. Duschraum installiert war. 16% dieser Wohnungen waren weder mit Sammelheizung noch mit Bad oder Duschraum ausgestattet.

Empfänger von Wohngeld nach Wohnungsgröße Ende Dezember 1973 - 1976

Jahr	Ins- gesamt 1)	Mit einer Wohnfläche von ... qm									
		unter 20	20 - 30	30 - 40	40 - 50	50 - 60	60 - 70	70 - 80	80 - 100	100 - 120	120 und mehr
	Anzahl	%									
Empfänger von Mietzuschuß											
1973	41 440	5,9	7,0	14,9	20,9	20,4	12,3	8,0	7,9	2,0	0,7
1974	52 844	6,1	6,5	13,0	18,8	19,7	13,4	9,2	9,7	2,6	1,0
1975	54 143	6,0	6,7	12,6	18,3	20,0	13,8	9,3	9,7	2,6	1,0
1976	50 870	5,9	6,6	12,3	18,6	20,4	14,1	9,1	9,4	2,5	1,1
Empfänger von Lastenzuschuß											
1973	2 616	0,0	0,2	0,5	1,6	4,1	5,3	7,6	22,5	26,5	31,7
1974	5 479	-	0,1	0,5	1,5	3,2	5,7	7,8	23,3	26,9	31,0
1975	5 061	0,1	0,1	0,6	1,8	3,5	6,1	8,2	23,7	25,4	30,5
1976	4 241	0,1	0,1	0,7	2,1	3,9	6,9	8,6	22,4	25,4	29,8

1) Nur Haushalte ohne erhöhten Wohnbedarf an Wohnfläche (§ 8 Abs. 2, 2. WGG).

Jeder 5. Mietzuschuß empfangende Fünfpersonen-haushalt verfügt über 100 und mehr qm Wohnfläche

Die Analyse der Wohngeldempfänger nach Haushalts- und Wohnungsgröße zeigt, daß die Wohnverhältnisse überwiegend als relativ günstig angesehen werden können. Von den Haushalten ohne erhöhten Bedarf an Wohnfläche verfügten ebenso wie im Vorjahr auch 1976 diejenigen, welche Lastenzuschüsse empfangen, im Durchschnitt über erheblich größere Wohnflächen als Haushalte, die Mietzuschüsse erhielten. Unter den Beziehern von Mietzuschüssen dominierten die Haushalte, welche nur eine oder zwei Personen aufzuweisen hatten; mit 41 202 erreichten sie zusammen einen Anteil von mehr als acht Zehntel. Von den Einpersonenhaushalten konnten nicht weniger als 80% eine Wohnfläche von mehr als 30 qm in Anspruch nehmen, und 94% der Zweipersonenhaushalte stand eine Wohnfläche von mindestens 40 qm zur Verfügung.

Weniger günstige Wohnverhältnisse konnten teilweise bei den größeren Haushalten beobachtet werden. So mußte sich von den Haushalten mit fünf Personen rund jeder zwanzigste mit einer Wohnung zufrieden geben, die weniger als 60 qm umfaßte. Von den Haushalten mit sieben und mehr Personen stand 12% nur eine Wohnfläche unter 70 qm zu. Trotz dieser nicht als optimal anzusehenden Wohnverhältnisse darf nicht übersehen werden, daß 21% der Haushalte mit fünf Personen als Mietzuschußempfänger eine Wohnfläche von 100 und mehr qm zur Verfügung hatte, bei den Haushalten mit sechs sowie mit sieben und mehr Personen stellte sich der entsprechende Wert auf 28 bzw. 38%.

Unter den Beziehern von Lastenzuschüssen erreichten die Haushalte mit fünf Personen den höchsten Anteil; er belief sich auf 19%. Danach folgten Haushalte mit vier Personen (18%) und Einpersonenhaushalte (16%). Von den Haushalten mit vier Personen verfügten knapp neun Zehntel über eine Wohnfläche von mindestens 80 qm. Für Haushalte mit fünf Personen erhöhte sich die Quote auf 92% und bei Haushalten mit sechs Personen waren es schon 94%; von letzteren standen 46% mindestens 120 qm Wohnfläche zu. Große Familien mit sieben und mehr Personen hatten zu gut einem Viertel zwischen 100 und 120 qm Wohnraum und zu knapp drei Fünftel 120 und mehr qm.

Die meisten Wohngeldempfänger in der Stadt Ludwigshafen

Eine Unterscheidung der Wohngeldempfänger nach Verwaltungsbezirken zeigt erwartungsgemäß, daß in den einwohnerstärksten Städten des Landes auch die meisten Wohngeldempfänger leben. In den Städten Ludwigshafen (4 536), Mainz (4 432) und Koblenz (4 012) wurden jeweils mehr als 4 000 Bezieher ermittelt; im Durchschnitt kamen auf jede kreisfreie Stadt 2 474, auf jeden Landkreis 1 459 Wohngeldempfänger. Auffallend ist, daß der mittlere Wert für die Landkreise im Regierungsbezirk Koblenz - bis auf zwei Fälle - überschritten und in den Bezirken Trier und Rheinhessen-Pfalz - mit einer Ausnahme - unterboten wurde.

Empfänger von Wohngeld in den Verwaltungsbezirken
Ende Dezember 1976

Verwaltungsbezirk	Ins-gesamt		Miet-zuschuß		Lasten-zuschuß	
	Anzahl	DM je Fall	Anzahl	DM je Fall	Anzahl	DM je Fall
Kreisfreie Stadt Koblenz	4 012	68	3 964	68	48	72
Landkreise						
Ahrweiler	2 129	70	1 965	68	164	90
Altenkirchen (Ww.)	1 714	72	1 446	68	268	93
Bad Kreuznach	3 122	68	2 792	64	330	98
Bad Kreuznach, St	1 566	65	1 528	64	38	94
Birkenfeld	1 662	66	1 495	65	167	77
Idar-Oberstein, St	1 052	63	1 002	63	50	65
Cochern-Zell	580	66	455	61	125	84
Mayen-Koblenz	3 665	69	3 405	68	260	81
Andernach, St	861	69	845	69	16	87
Mayen, St	705	66	579	63	126	80
Neuwied	3 103	71	2 909	69	194	97
Neuwied, St	1 775	71	1 708	69	67	99
Rhein-Hunsrück-Kreis	915	63	842	62	73	79
Rhein-Lahn-Kreis	2 300	60	2 192	59	108	77
Lahnstein, St	545	59	529	59	16	71
Westerwaldkreis	1 895	64	1 668	62	227	76
RB Koblenz	25 097	68	23 133	66	1 964	87
Kreisfreie Stadt Trier	3 032	70	2 991	70	41	75
Landkreise						
Bernkastel-Wittlich	1 246	74	968	67	278	100
Bitburg-Prüm	1 088	73	854	68	234	88
Daun	685	76	565	74	120	87
Trier-Saarburg	1 178	81	910	76	268	99
RB Trier	7 229	74	6 288	70	941	94
Kreisfreie Städte						
Frankenthal (Pfalz)	1 132	69	1 113	68	19	107
Kaiserslautern	3 718	78	3 670	78	48	112
Landau i. d. Pfalz	1 039	67	984	66	55	85
Ludwigshafen a. Rhein	4 536	71	4 522	71	14	75
Mainz	4 432	71	4 403	71	29	86
Neustadt a. d. Weinstr.	1 193	67	1 167	66	26	87
Pirmasens	1 477	61	1 467	60	10	123
Speyer	1 245	84	1 222	83	23	108
Worms	2 882	68	2 802	68	80	71
Zweibrücken	984	62	964	62	20	72
Landkreise						
Alzey-Worms	842	73	734	71	108	88
Bad Dürkheim	1 088	69	1 031	68	57	83
Donnersbergkreis	898	76	756	71	142	105
Germersheim	930	76	863	75	67	85
Kaiserslautern	885	65	812	64	73	84
Kusel	609	68	462	63	147	83
Landau-Bad Bergzabern	898	72	787	67	111	103
Ludwigshafen	1 056	73	985	71	71	95
Mainz-Bingen	1 852	64	1 733	62	119	88
Bingen, St	701	58	689	58	12	72
Ingelheim am Rhein, St	194	55	183	54	11	74
Pirmasens	665	69	548	64	117	91
RB Rheinhessen-Pfalz	32 361	71	31 025	70	1 336	91
Rheinland-Pfalz	64 687	70	60 446	68	4 241	89
Kreisfreie Städte	29 682	71	29 269	70	413	85
Landkreise	35 005	69	31 177	67	3 828	90

Monatliches Familieneinkommen Haushaltsgröße		Ins- gesamt	Mit einem Wohngeld in Höhe von ... DM								
			unter 20	20 - 40	40 - 60	60 - 80	80 - 100	100 - 140	140 - 180	180 - 220	220 und mehr
Empfänger von Mietzuschuß											
bis 200 DM		3 402	71	284	493	877	639	654	276	64	44
201 - 400 "		22 982	975	2 951	5 856	4 707	3 514	3 021	1 193	480	285
401 - 600 "		19 970	1 996	5 642	4 657	2 843	1 594	1 746	791	400	301
601 - 800 "		7 268	1 427	1 750	1 809	735	477	584	241	116	129
801 - 1 000 "		2 937	309	896	457	508	276	289	129	31	42
1 001 - 1 400 "		3 129	305	691	654	508	358	364	136	68	45
1 401 - 1 800 "		719	88	135	166	104	81	91	38	14	2
1 801 und mehr "		39	4	12	4	4	9	5	1	-	-
1	Person	37 810	3 730	8 949	9 993	6 847	4 195	3 084	757	204	51
2	Personen	11 918	863	2 205	2 726	2 000	1 444	1 622	729	226	103
3	"	3 868	212	459	525	580	508	814	469	210	91
4	"	3 042	169	409	432	425	361	502	373	214	157
5	"	1 922	125	207	247	272	246	347	209	134	135
6	"	964	47	81	113	91	114	211	126	66	115
7 und mehr	"	922	29	51	60	71	80	174	142	119	196
Insgesamt		60 446	5 175	12 361	14 096	10 286	6 948	6 754	2 805	1 173	848
Empfänger von Lastenzuschuß											
bis 200 DM		122	3	14	30	28	16	14	8	4	5
201 - 400 "		572	33	84	121	104	84	81	31	19	15
401 - 600 "		595	27	79	89	105	80	74	68	33	40
601 - 800 "		357	13	39	69	47	35	67	43	13	31
801 - 1 000 "		397	9	51	34	62	50	87	47	21	36
1 001 - 1 400 "		1 470	85	190	227	261	235	274	115	36	47
1 401 - 1 800 "		661	59	96	148	91	87	93	47	30	10
1 801 und mehr "		67	9	11	13	10	7	12	4	1	-
1	Person	682	44	137	187	142	87	56	16	10	3
2	Personen	577	33	105	116	111	81	87	33	7	4
3	"	355	15	54	60	67	41	65	38	10	5
4	"	764	55	126	152	162	98	100	41	21	9
5	"	786	46	79	126	129	148	156	60	24	18
6	"	556	28	39	56	65	94	148	74	18	34
7 und mehr	"	521	17	24	34	32	45	90	101	67	111
Insgesamt		4 241	238	564	731	708	594	702	363	157	184

Die in den einzelnen Verwaltungsbezirken je Fall gezahlten Wohngeldbeträge wichen vom Landesdurchschnitt mit 70 DM teilweise erheblich ab. Mit 84 DM je Fall lag die Stadt Speyer bei einem Durchschnitt für die kreisfreien Städte von 71 DM eindeutig an der Spitze; der niedrigste Betrag wurde mit 61 DM je Fall in der Stadt Pirmasens errechnet. Eine nicht ganz so auffällige Differenz zwischen Höchst- und Niedrigstwert zeigt sich bei den Landkreisen (Durchschnitt 71 DM je Fall); hier wurden im Kreis Trier-Saarburg 81 DM und im Rhein-Lahn-Kreis nur 60 DM je Wohngeldfall ausgewiesen.

In der Betrachtung der je Einwohner gezahlten Wohngeldbeträge zeigen sich erhebliche Unterschiede innerhalb der Verwaltungsbezirke. Wurden im Landesmittel 17,59 DM je Einwohner bezahlt, so waren es in den kreisfreien Städten 29,36 DM und den Landkreisen 13,12 DM. Sehr hohe Zahlungen je Einwohner sind in den Städten Kaiserslautern

(41,84 DM), Trier (37,67 DM) und Worms (36,24 DM) zu registrieren; bei den Landkreisen liegen die Extremwerte bei 21,46 DM (Neuwied) und 6,76 DM (Pirmasens).

Die Aufgliederung der Wohngeldempfänger nach kreisfreien Städten, in denen knapp ein Drittel der rheinland-pfälzischen Bevölkerung lebt, und Landkreisen zeigt ein Verhältnis von 46 zu 54. Nahezu ausgewogen ist die Relation bei den Beziehern von Mietzuschüssen mit 48 zu 52, erheblich differenziert dagegen bei den Lastenzuschußempfängern mit 10 zu 90. Dieser Wert steht in einer allgemeinen Beziehung zu den Ergebnissen der Bautätigkeitsstatistik. So wurden beispielsweise im Jahre 1976 nur 21% der Wohnungen in den kreisfreien Städten zum Bau genehmigt, aber 79% in den Landkreisen; für die Baufertigstellungen ergibt sich ein Verhältnis von 24 zu 76.

Diplom-Volkswirt I. Hawliczek

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1975	1976			1977				
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 678	3 657	3 656	3 655	3 654	3 645	3 645
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 140	2 017	2 161	2 741	2 337	2 677 ^p	2 005 ^p	3 150 ^p	2 346 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,0	6,6	7,2	8,8	7,5	8,6 ^p	6,7 ^p	10,2 ^p	7,6 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 865	2 879	2 932	3 009	2 896	2 773 ^p	3 146 ^p	2 777 ^p	3 143 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,3	9,4	9,8	9,7	9,3	9,0 ^p	10,5 ^p	9,0 ^p	10,2 ^p
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 745	3 726	3 846	3 859	3 384	3 554 ^p	3 350 ^p	3 209 ^p	3 547 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,2	12,2	12,8	12,4	10,9	11,5 ^p	11,2 ^p	10,4 ^p	11,5 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	61	55	61	54	59	37 ^p	52 ^p	39 ^p	...
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	21,3	19,2	21,6	17,9	20,0	13,1 ^p	17,5 ^p	13,5 ^p	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (—)	Anzahl	- 881	- 847	- 914	- 850	- 488	- 781 ^p	- 204 ^p	- 432 ^p	- 404 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,9	- 2,8	- 3,0	- 2,7	- 1,6	- 2,5 ^p	- 0,7 ^p	- 1,4 ^p	- 1,3 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 189	7 392	6 690	7 974	7 952	6 603	7 036
Ausländer	Anzahl	1 696	1 809	1 697	1 929	1 863	1 603	1 609
Erwerbspersonen	Anzahl	3 755	3 899	3 479	4 049	3 961	3 589	3 708
* Fortgezogene	Anzahl	8 165	7 944	6 939	8 313	8 691	6 912	6 646
Ausländer	Anzahl	2 466	2 138	1 909	2 252	2 280	1 884	1 739
Erwerbspersonen	Anzahl	4 694	4 442	3 940	4 540	4 675	3 903	3 703
* Wanderungssaldo	Anzahl	- 977	- 551	- 249	- 339	- 739	- 309	390
Ausländer	Anzahl	- 770	- 329	- 212	- 323	- 417	- 281	- 130
Erwerbspersonen	Anzahl	- 940	- 542	- 461	- 491	- 714	- 314	5
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	10 243	10 360	9 273	10 474	11 967	9 595	9 528
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	67 214	62 137	52 044	53 874	55 608	51 962	51 138	55 392	56 199
* Männer	Anzahl	43 046	35 728	29 021	29 286	29 550	25 406	24 528	26 424	26 668
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 066	1 287	602	694	725	491	476	498	625
Bauberufe	Anzahl	6 885	4 232	3 067	2 738	2 699	2 714	2 310	2 074	2 073
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	29 673	23 541	19 985	19 259	19 459	18 503	18 151	18 830	18 799
Arbeitslosenquote	%	5,1	4,8	4,0	4,1	4,2	4,0	4,0	4,3	4,4
Offene Stellen	Anzahl	11 158	11 328	13 164	13 025	12 697	11 727	12 677	12 183	11 795
Männer	Anzahl	5 924	6 645	7 489	7 598	7 493	7 200	7 837	7 472	7 310
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	233	321	306	301	287	409	464	399	417
Bauberufe	Anzahl	765	919	1 053	1 114	1 044	900	896	855	962
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	3 764	4 420	5 281	5 326	5 423	4 534	5 114	4 876	4 715
Kurzarbeiter	Anzahl	33 266	9 871	7 347	4 267	2 144	9 232	6 881	2 990	1 453
Männer	Anzahl	24 672	7 266	5 363	3 005	1 495	6 034	4 452	1 633	886
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	675	654	715	.	.	.	698	.	.
* Milchkühe	1 000	239	233	245	.	.	.	241	.	.
* Schweine	1 000	677	683	.	.	719	.	.	.	682
Mastschweine	1 000	224	236	.	.	211	.	.	.	200
* Zuchtsauen	1 000	73	75	.	.	81	.	.	.	79
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	47	49	.	.	52	.	.	.	50
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	Anzahl	16 581	17 091	16 015	22 323	17 256	13 926	13 170	12 606	14 423
* Kälber	Anzahl	826	714	651	662	671	665	455	492	463
* Schweine	Anzahl	91 212	90 886	81 907	83 216	85 182	102 242	89 595	89 020	92 996
* Hausschlachtungen	Anzahl	16 573	15 129	7 368	7 202	6 978	10 645	7 556	6 889	6 271
Schlachtmengen 6)										
* Rinder	t	12 238	12 375	11 348	13 061	11 865	12 407	11 079	10 663	11 586
* Kälber	t	4 750	4 888	4 719	6 334	4 901	4 190	3 894	3 686	4 157
* Schweine	t	7 360	7 355	6 519	6 603	6 840	8 095	7 097	6 885	7 340
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	102	75	71	43	64	51	47	52	140
* Geflügelfleisch 8)	t	104	92	114	98	76	133	122	107	114
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	77	75	84	75	75	87	81	79	76
* an Molkereien und Händler geliefert	%	86,5	89,8	91,1	90,3	91,0	92,6	92,6	92,4	92,4
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,4	10,4	11,8	10,2	10,2	12,1	11,6	10,9	10,5

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 8) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1975	1976			1977				
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	2 780	2 649	2 647	2 647	2 646	2 712	2 708	2 703	...
* Beschäftigte	1 000	374	365	363	366	368	366	367	369	...
* Arbeiter 2)	1 000	267	262	261	263	265	262	262	264	...
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	38 628	39 193	37 981	40 293	35 529	38 540	38 292	38 071	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	742	792	795	782	776	841	888	824	...
* Löhne	Mill. DM	457	492	488	491	495	531	544	513	...
* Gehälter	Mill. DM	285	300	307	291	281	310	344	311	...
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	67	85	87	78	76	87	81	83	...
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	96	108	100	101	105	81	105	108	...
* Stadt- und Kokereigas	Mill. cbm	1	1	1	1	1	1	1	1	...
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	95	107	99	100	104	80	104	107	...
* Heizölverbrauch	1 000 t	186	204	170	174	167	201	171	169	...
* leichtes Heizöl	1 000 t	31	30	22	21	19	26	23	21	...
* schweres Heizöl	1 000 t	155	174	148	153	147	175	148	148	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	824	911	903	946	882	969	915	931	...
* Stromerzeugung (industrielle Eigenherzeugung)	Mill. kWh	252	282	267	259	240	278	251	244	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 557	3 977	4 000	3 861	3 650	4 130	4 149	3 997	...
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 017	1 140	1 143	1 065	1 013	1 215	1 256	1 122	...
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamte Industrie	1970 = 100	113	122	124	120	107	125	126	119	...
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	115	127	127	122	111	127	128	122	...
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1970 = 100	114	125	127	122	110	126	127	121	108 ^p
* Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	1970 = 100	113	126	128	121	116	127	126	118	112 ^p
Industrie der Steine und Erden	1970 = 100	93	100	118	110	107	105	110	107	98 ^p
Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie)	1970 = 100	113	129	127	117	117	128	124	115	115 ^p
* Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	120	126	131	125	103	130	132	129	103 ^p
Maschinenbau (einschl. Büro-maschinen) und Datenverar-beitung	1970 = 100	115	122	126	127	100	122	132	128	103 ^p
* Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	106	116	111	112	100	115	114	112	101 ^p
Schuhindustrie	1970 = 100	68	68	37	68	71	55	39	62	66 ^p
* Nahrungs- und Genußmittel-industrien	1970 = 100	124	139	141	138	117	135	141	136	114 ^p
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	97	95	110	105	86	111	114	105	...
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1970 = 100	93	96	94	.	.	.	96	.	.
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1970 = 100	144	154	150	.	.	.	161	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	240	233	152	140	148	280	275	246	264
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 544	1 750	1 686	1 745	1 636	1 689	1 600	1 684	1 466
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	582	668	686	672	620	678	647	478	525
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 187	1 298	1 139	1 199	1 149	1 272	1 213	1 228	1 187
* Gaserzeugung 4)	1 000 cbm	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	...
Gasbezug 4)	Mill. cbm	150	181	122	119	123	147	151	143	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	150	169	119	116	120	139	147	139	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	71 102	68 047	68 803	68 997	69 343	68 126 ^p	68 456 ^p	68 566 ^p	69 430 ^p
Facharbeiter	Anzahl	40 440	38 763	41 170	39 133	39 162	38 433 ^p	39 838 ^p	38 226 ^p	38 630 ^p
Fachwerker und Werker	Anzahl	16 648	16 061	14 560	16 642	16 941	16 175 ^p	15 064 ^p	16 844 ^p	17 011 ^p
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 779	9 046	10 112	10 259	8 845	9 711 ^p	9 972 ^p	9 949 ^p	8 708 ^p
Privater Bau	1 000	5 566	5 452	6 169	6 109	5 226	6 160 ^p	6 313 ^p	6 286 ^p	5 465 ^p
* Wohnungsbau	1 000	3 765	3 607	4 082	4 059	3 353	4 015 ^p	4 069 ^p	4 081 ^p	3 421 ^p
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	93	79	115	127	88	96 ^p	143 ^p	141 ^p	100 ^p
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 708	1 766	1 972	1 923	1 785	2 049 ^p	2 101 ^p	2 064 ^p	1 944 ^p
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	4 213	3 594	3 943	4 150	3 619	3 551 ^p	3 659 ^p	3 663 ^p	3 243 ^p
Hochbau	1 000	1 004	888	963	993	828	790 ^p	783 ^p	774 ^p	723 ^p
Tiefbau	1 000	3 209	2 706	2 980	3 157	2 791	2 761 ^p	2 876 ^p	2 889 ^p	2 520 ^p
Straßenbau	1 000	1 481	1 242	1 317	1 470	1 297	1 545 ^p	1 442 ^p	1 635 ^p	1 397 ^p
Löhne und Gehälter	Mill. DM	130	133	141	145	143	146 ^p	150 ^p	146 ^p	152 ^p
* Löhne	Mill. DM	115	117	125	129	126	128 ^p	131 ^p	128 ^p	133 ^p
* Gehälter	Mill. DM	15	16	16	16	17	18 ^p	19 ^p	18 ^p	19 ^p
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	362	327	337	390	321	292 ^p	360 ^p	374 ^p	305 ^p

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. Energieversorgung: einschl. Handwerksunternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal/Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1975	1976				1977			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	983	1 162	1 106	1 572	1 106	1 236	1 243	1 276	1 337
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	937	1 120	1 049	1 527	1 069	1 189	1 203	1 243	1 288
* Umbauter Raum	1 000 cbm	997	1 135	1 088	1 489	1 128	1 230	1 235	1 213	1 327
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	189	225	217	302	226	254	254	249	279
* Wohnfläche	1 000 qm	159	181	175	232	183	191	198	188	220
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	231	201	197	268	199	221	210	237	232
* Umbauter Raum	1 000 cbm	926	682	646	1 105	743	800	707	1 331	894
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	140	103	104	234	118	95	110	301	98
* Nutzfläche	1 000 qm	165	127	111	208	137	147	138	227	158
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 788	1 936	1 857	2 386	2 068	1 987	2 088	1 945	2 325
Öffentliche Tiefbauaufträge										
Insgesamt	Mill. DM	65	67	87	71	96	67	97	130	85
Straßenbauten (einschl. Straßenbrückenbauten)	Mill. DM	43	49	65	50	78	51	74	108	63
Übrige Tiefbauten	Mill. DM	22	18	22	21	18	16	23	22	22
Nach Ausführungszeit										
bis 3 Monate	Mill. DM	10	15	15	20	26	18	16	17	21
3 - 6 Monate	Mill. DM	17	18	31	23	24	22	21	31	19
6 - 12 Monate	Mill. DM	24	21	11	18	37	18	30	44	42
über 1 Jahr	Mill. DM	14	13	30	10	9	9	30	38	3
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 134	1 334	1 311	1 340	1 207	1 392	1 342	1 333	...
Nach Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	47	54	55	64	52	74	79	86	...
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 087	1 280	1 256	1 276	1 155	1 318	1 262	1 247	...
Rohstoffe	Mill. DM	11	13	15	13	13	15	17	12	...
Halbwaren	Mill. DM	63	77	82	87	70	86	85	79	...
Fertigwaren	Mill. DM	1 013	1 190	1 159	1 176	1 072	1 217	1 161	1 155	...
Vorerzeugnisse	Mill. DM	315	398	393	401	365	409	407	353	...
Enderzeugnisse	Mill. DM	697	791	766	775	707	807	754	803	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
EG - Länder	Mill. DM	448	578	551	580	449	626	605	565	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	74	96	104	93	86	106	108	87	...
Dänemark	Mill. DM	20	26	24	27	25	26	28	24	...
Frankreich	Mill. DM	145	193	180	188	121	195	187	166	...
Großbritannien	Mill. DM	51	70	60	79	60	75	73	82	...
Irland	Mill. DM	3	4	3	3	3	4	3	3	...
Italien	Mill. DM	73	95	97	96	58	105	95	93	...
Niederlande	Mill. DM	82	94	82	95	96	115	112	110	...
Österreich	Mill. DM	38	51	50	52	51	61	61	65	...
Schweiz	Mill. DM	41	53	64	57	49	50	52	54	...
USA und Kanada	Mill. DM	51	72	66	66	84	89	70	79	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	303	303	314	300	321	300	307	330	...
Ostblockländer	Mill. DM	82	84	69	85	88	56	52	61	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	688	815	826	903	765	843	853	838	...
Nach Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	114	138	142	160	136	164	142	113	...
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	574	677	684	742	629	679	711	725	...
Aus ausgewählten Ländern										
EG - Länder	Mill. DM	367	440	466	518	375	454	440	430	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	87	109	121	139	91	124	117	97	...
Dänemark	Mill. DM	6	6	5	5	6	6	5	6	...
Frankreich	Mill. DM	106	126	127	134	84	111	127	125	...
Großbritannien	Mill. DM	20	20	19	19	20	18	18	19	...
Irland	Mill. DM	1	1	1	2	2	2	2	3	...
Italien	Mill. DM	61	66	65	78	63	81	77	76	...
Niederlande	Mill. DM	87	112	127	142	108	112	94	105	...
Österreich	Mill. DM	14	21	23	25	26	20	24	23	...
Schweiz	Mill. DM	11	14	17	16	13	12	15	18	...
USA und Kanada	Mill. DM	63	73	60	84	64	99	91	67	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	155	180	182	173	201	175	192	186	...
Ostblockländer	Mill. DM	22	21	20	29	19	17	20	16	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1975	1976				1977			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	104	104	103	103	104	104	104	104 ^p	...
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	158	171	163	176	152	182	176	186 ^p	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100	179	192	170	199	176	184	176	204 ^p	...
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	158	168	170	184	156	185	182	191 ^p	...
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	148	154	135	146	108	161	142	165 ^p	...
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	163	172	165	178	156	191	182	187 ^p	...
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	159	167	132	156	134	149	145	160 ^p	...
Fahrzeuge, Maschinen, Büro- einrichtungen	1970 = 100	127	155	167	139	116	195	190	166 ^p	...
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	118	123	116	126	109	126	121	129 ^p	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	120	122	120	133	113	127	124	131 ^p	...
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	109	109	97	104	77	110	97	113 ^p	...
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	122	125	120	129	113	134	127	131 ^p	...
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	123	127	100	118	102	112	109	120 ^p	...
Fahrzeuge, Maschinen, Büro- einrichtungen	1970 = 100	96	112	120	100	83	137	133	116 ^p	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	99	95	99	98	102	102	100	99 ^p	...
Teilbeschäftigte	1970 = 100	122	121	123	124	132	136	129	122 ^p	...
* Umsatz	1970 = 100	127	131	144	151	154	163	155	163 ^p	...
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	136	141	167	175	186	192	180	191 ^p	...
Gaststättengewerbe	1970 = 100	121	123	127	134	130	141	137	143 ^p	...
Fremdenverkehr in 288 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	275	291	370	416	430	377	373	429	...
* Ausländer	1 000	53	59	89	141	123	73	94	148	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 088	1 103	1 458	1 875	1 879	1 311	1 478	1 951	...
* Ausländer	1 000	149	168	244	493	382	172	262	532	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 441	1 565	1 615	1 612	1 661	1 818	1 712	1 748	1 604
* Güterversand	1 000 t	1 246	1 273	1 408	1 287	1 293	1 442	1 415	1 199	1 480
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge Krafträder und Motorroller	Anzahl Anzahl	11 129 253	12 239 311	13 524 540	10 951 426	7 946 262	15 665 668	15 106 581	13 430 510	9 322 318
* Personen- und Kombinationskraft- wagen	Anzahl	9 964	10 959	11 860	9 627	7 001	13 877	13 408	12 024	8 191
* Lastkraftwagen	Anzahl	420	519	650	514	378	606	594	486	378
Zugmaschinen	Anzahl	424	385	397	311	258	395	443	333	363
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	6 906	7 718	7 568	8 424	6 910	8 903	8 376	8 962	...
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 726	1 836	2 049	2 263	1 956	2 275	2 153	2 359	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 180	5 882	5 519	6 161	4 954	6 628	6 223	6 603	...
Verunglückte Personen	Anzahl	2 487	2 615	2 922	3 230	2 908	3 305	3 073	3 340	...
* Getötete	Anzahl	80	82	97	67	83	94	68	97	...
Pkw - Insassen	Anzahl	42	39	42	40	44	46	42	48	...
Fußgänger	Anzahl	19	21	20	8	11	18	10	19	...
* Verletzte	Anzahl	2 407	2 533	2 825	3 163	2 825	3 211	3 005	3 243	...
Pkw - Insassen	Anzahl	1 470	1 499	1 487	1 677	1 535	1 807	1 703	1 750	...
Fußgänger	Anzahl	280	286	251	311	222	289	270	300	...
Schwerverletzte	Anzahl	758	811	941	991	916	1 075	964	1 041	...
Pkw - Insassen	Anzahl	402	427	444	450	452	527	484	492	...
Fußgänger	Anzahl	129	130	108	136	97	130	120	125	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1975	1976			1977				
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	35 078	38 399	36 874	37 230	37 298	39 937	40 467	40 454	40 373
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	34 653	37 742	36 382	36 741	36 781	39 241	39 768	39 747	39 676
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	27 654	29 978	29 005	29 179	29 223	31 431	31 980	31 939	31 911
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	6 999	7 764	7 377	7 561	7 558	7 810	7 788	7 808	7 765
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	7 974	8 210	8 190	8 094	7 954	8 446	8 715	8 355	8 238
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	7 636	7 849	7 768	7 735	7 633	8 096	8 352	8 053	7 991
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	337	362	422	359	321	350	363	302	247
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 658	4 095	3 897	4 011	3 983	4 223	4 307	4 329	4 378
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 824	3 315	3 085	3 117	3 154	3 500	3 585	3 620	3 671
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	834	780	812	894	829	723	723	709	707
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	23 022	25 436	24 295	24 636	24 843	26 572	26 745	27 063	27 060
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	17 194	18 814	18 152	18 328	18 436	19 835	20 043	20 266	20 248
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	5 828	6 622	6 143	6 308	6 408	6 737	6 702	6 798	6 812
* Einlagen von Nichtbanken ³⁾	Mill. DM	31 445	34 202	31 916	32 326	32 725	35 753	35 546	35 634	35 865
* Sichteinlagen	Mill. DM	4 902	5 180	5 036	5 313	5 219	5 576	5 445	5 666	5 656
- von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	4 471	4 699	4 670	4 745	4 857	5 000	4 987	5 162	5 161
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	430	481	366	568	362	576	458	504	495
* Termingelder	Mill. DM	6 356	6 828	6 156	6 228	6 605	7 789	7 613	7 550	7 694
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	5 238	5 626	4 834	5 019	5 231	6 069	5 953	6 059	6 126
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 118	1 202	1 322	1 209	1 375	1 720	1 660	1 490	1 568
* Spareinlagen	Mill. DM	20 188	22 194	20 724	20 785	20 901	22 388	22 488	22 418	22 515
* bei Sparkassen	Mill. DM	11 758	12 913	12 102	12 123	12 187	13 011	13 058	13 008	13 059
* Gutschriften auf Sparkonten ⁴⁾	Mill. DM	1 140	1 086	888	1 176	929	926	967	1 499	1 043
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	827	922	785	1 115	813	846	888	1 580	949
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁵⁾	Anzahl	40	45	37	53	38	31	39	28	44
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	27 070	50 350	37 265	318 853	21 310	4 442	6 694	5 202	32 611
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	1	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	1 274	1 010	1 049	1 020	1 059	979	1 062	1 050	930
* Wechselsumme	1 000 DM	6 030	4 077	3 599	4 005	5 824	3 018	3 921	3 733	6 571
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	691 366	763 352	912 347	615 230	765 081	692 253	1 077 694	695 255	881 152
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	478 176	528 724	667 171	389 060	550 039	465 719	841 760	460 474	654 347
* Lohnsteuer ⁵⁾	1 000 DM	307 542	347 605	254 747	302 255	448 975	419 757	280 061	363 921	487 683
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	51 829	54 855	-	-	149 194	171 583	-	-	173 527
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	114 056	114 430	294 563	24 527	248	-11 323	377 216	44 598	22 228
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	8 831	7 550	4 639	10 165	58 313	2 493	4 231	11 995	74 135
* Körperschaftsteuer ⁶⁾	1 000 DM	47 746	59 139	113 222	52 113	42 503	54 792	180 252	39 960	70 301
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	8 491	7 542	-	-	30 222	59 135	-	-	50 459
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	213 190	234 628	245 176	226 170	215 042	226 534	235 934	234 781	226 805
* Umsatzsteuer	1 000 DM	150 930	163 489	161 526	163 220	150 074	160 492	146 780	168 776	148 116
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	62 261	71 139	83 650	62 950	64 968	66 042	89 154	66 005	78 689
* Bundessteuern	1 000 DM	92 095	97 790	94 950	82 411	80 856	75 772	79 787	74 118	93 784
* Zölle	1 000 DM	8 001	7 956	9 010	4 122	9 973	6 947	21 967	7 173	9 346
* Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	79 508	79 508	79 690	74 167	67 704	67 092	55 157	63 597	82 227
* Landessteuern	1 000 DM	50 390	59 305	60 655	47 524	72 093	84 704	47 832	55 684	81 877
* Vermögensteuer	1 000 DM	10 942	12 549	13 304	1 994	30 494	37 050	3 303	3 303	39 151
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	26 973	28 438	27 802	31 533	26 925	29 583	28 137	35 458	28 277
* Biersteuer	1 000 DM	6 152	6 555	6 734	8 133	8 372	6 253	7 278	7 524	7 346
* Gemeindesteuern ⁷⁾	1 000 DM	341 325	393 689	379 253	.	.	.	439 469	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 559	8 421	7 499	.	.	.	8 156	.	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	49 522	60 367	54 947	.	.	.	68 273	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	229 260	263 511	254 625	.	.	.	304 232	.	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	22 745	24 291	22 555	.	.	.	23 960	.	.
* Grunderwerbsteuer	1 000 DM	21 975	26 999	26 835	.	.	.	21 420	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Ohne durchlaufende Kredite. - 4) Einschl. Zinsgutschriften. - 5) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 6) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 7) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1975	1976				1977			
		Monatsdurchschnitt	June	Juli	August	Mai	June	Juli	August	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	462 189	506 854	560 106	451 189	478 585	438 632	618 357	485 925	548 633
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	209 576	232 014	295 134	171 656	243 575	204 270	374 863	201 642	291 475
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	145 506	161 897	169 175	156 061	148 382	156 313	162 800	162 004	156 502
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	15 013	15 147	847	41 061	5 772	2 277	907	48 161	6 872
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	359 283	395 643	444 676	354 685	408 558	388 130	525 326	399 757	468 856
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	208 934	231 425	294 624	171 255	242 644	203 429	374 606	201 168	290 238
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	84 945	89 766	88 550	94 845	88 049	97 720	101 981	94 744	89 869
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	15 013	15 147	847	41 061	5 772	2 277	907	48 161	6 872
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	432 664	490 662	442 932	.	.	.	516 424	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	143 527	166 429	160 679	.	.	.	194 239	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	177 071	194 055	157 625	.	.	.	186 947	.	.
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1970 = 100	134,7	140,8	141,5	140,9	141,4	146,5	147,2	147,0	146,9
* Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	130,1	136,8	139,0	137,1	137,5	145,0	146,5	145,6	144,5
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Gebäude	1970 = 100	138,9	143,7	.	.	145,0	150,9
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	397	433	.	438	.	.	.	473	.
* Männliche Arbeiter	DM	425	464	.	469	.	.	.	506	.
* Facharbeiter	DM	451	487	.	495	.	.	.	535	.
* Angelernte Arbeiter	DM	406	445	.	451	.	.	.	485	.
* Hilfsarbeiter	DM	349	381	.	387	.	.	.	416	.
* Weibliche Arbeiter	DM	279	303	.	307	.	.	.	330	.
* Hilfsarbeiter	DM	266	292	.	296	.	.	.	318	.
Bruttostundenverdienste	DM	9,59	10,23	.	10,30	.	.	.	11,13	.
* Männliche Arbeiter	DM	10,15	10,82	.	10,89	.	.	.	11,76	.
* Facharbeiter	DM	10,71	11,42	.	11,50	.	.	.	12,41	.
* Angelernte Arbeiter	DM	9,78	10,40	.	10,46	.	.	.	11,28	.
* Hilfsarbeiter	DM	8,36	8,89	.	8,97	.	.	.	9,69	.
* Weibliche Arbeiter	DM	7,13	7,61	.	7,67	.	.	.	8,25	.
* Hilfsarbeiter	DM	6,81	7,30	.	7,36	.	.	.	7,95	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,3	42,1	.	42,5	.	.	.	42,5	.
* Männliche Arbeiter	Std.	41,8	42,4	.	43,1	.	.	.	43,1	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,0	39,9	.	40,0	.	.	.	40,0	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	2 037	2 171	.	2 198	.	.	.	2 356	.
in Industrie und Handel zusammen	DM	1 809	1 933	.	1 955	.	.	.	2 092	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 238	2 380	.	2 402	.	.	.	2 564	.
* männlich	DM	1 423	1 521	.	1 539	.	.	.	1 653	.
* weiblich	DM	2 591	2 746	.	2 781	.	.	.	2 986	.
* Technische Angestellte	DM	2 655	2 811	.	2 844	.	.	.	3 061	.
* männlich	DM	1 757	1 874	.	1 910	.	.	.	2 021	.
* weiblich	DM	2 369	2 528	.	2 564	.	.	.	2 753	.
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	2 107	2 265	.	2 299	.	.	.	2 463	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 485	2 663	.	2 700	.	.	.	2 891	.
* männlich	DM	1 665	1 788	.	1 817	.	.	.	1 954	.
* weiblich	DM	2 645	2 798	.	2 836	.	.	.	3 044	.
* Technische Angestellte	DM	2 698	2 855	.	2 894	.	.	.	3 107	.
* männlich	DM	1 856	1 959	.	1 987	.	.	.	2 143	.
* weiblich	DM	1 623	1 729	.	1 742	.	.	.	1 866	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	1 608	1 713	.	1 726	.	.	.	1 852	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 029	2 144	.	2 157	.	.	.	2 304	.
* männlich	DM	1 290	1 378	.	1 390	.	.	.	1 495	.
* weiblich	DM		

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1975	1976				1977			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 829	61 531 ^p	61 531	61 513	61 498	61 406 ^p
Eheschließungen 1)	Anzahl	32 223	30 468 ^p	38 646 ^p	34 807 ^p	38 304 ^p	29 740 ^p	41 174 ^p	32 873 ^p	42 199 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	50 043	50 238 ^p	50 892 ^p	50 926 ^p	51 984 ^p	46 514 ^p	51 024 ^p	51 310 ^p	48 592 ^p
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	62 438	61 095 ^p	60 029 ^p	60 356 ^p	61 010 ^p	59 353 ^p	59 430 ^p	57 163 ^p	54 435 ^p
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-12 396	-10 857 ^p	-9 137 ^p	-9 430 ^p	-9 026 ^p	-12 839 ^p	-8 406 ^p	-5 853 ^p	-5 843 ^p
Arbeitslose	1 000	1 074	1 060	954	921	945	1 039	946	931	973
Männer	1 000	623	567	499	473	477	523	464	451	465
Offene Stellen	1 000	236	235	275	281	276	246	243	262	257
Männer	1 000	130	139	159	165	166	148	144	156	156
Kurzarbeiter	1 000	773	277	250	218	83	242	317	256	210
Männer	1 000	538	210	187	162	59	182	260	208	177
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	19 805	20 589	.	.	.	21 754	.	.	.
Schlachtmenge 4)	1 000 t	317	331	326	322	318	324	345	330	311
Milcherzeugung	1 000 t	1 800	1 847	2 256	2 096 ^p	1 903	2 108	2 274	2 096	2 021
Industrie 5)										
Beschäftigte	1 000	7 616	7 428	7 399	7 409	7 423	7 233	7 244	7 243	...
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	778	783	781	771	727	746	747	744	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	61 154	68 304	66 802	69 591	63 576	74 530	75 438	79 835	...
Auslandsumsatz	Mill. DM	14 409	16 557	16 078	16 768	14 941	17 732	18 186	20 089	...
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1970 = 100	104	111	117	118	98	122	119 ^p	120 ^p	103 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	105	113	117	119	98	123	120 ^p	121 ^p	104 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1970 = 100	103	110	116	117	97	121	118 ^p	120 ^p	102 ^p
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	1970 = 100	101	112	118	120	108	119	117 ^p	120 ^p	108 ^p
Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	102	109	116	120	88	123	120 ^p	123 ^p	96 ^p
Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	103	110	113	112	93	124	121 ^p	118 ^p	103 ^p
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1970 = 100	113	117	119	123	110	121	119 ^p	122 ^p	114 ^p
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	92	95	111	111	97	107	110 ^p	114 ^p	100 ^p
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	25 150	27 804	25 574	24 509	24 401	23 457 ^p	25 952 ^p	25 051 ^p	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 537	3 626	3 391	3 147	3 160	3 351	3 160	3 057	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 211	1 192	1 206	1 214	1 218	1 127 ^p	1 130 ^p	1 141 ^p	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	153	149	164	167	154	145 ^p	155 ^p	156 ^p	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 021	6 257	5 616	6 012	5 916	4 992 ^p	5 390 ^p	6 522 ^p	...
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	14 485	17 018	20 453	19 342	19 546	16 951	.	.	.
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	13 341	16 015	19 371	18 257	18 492	16 116	.	.	.
Wohnfläche	1 000 qm	2 684	2 913	3 367	3 299	3 312	2 746	.	.	.
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 494	3 241	3 664	3 415	3 754	3 013	.	.	.
Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	30 727	31 603	36 037	36 086	34 986	28 966	.	.	.
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	18 466	21 348	21 354	20 626	21 366	21 903	22 740	23 318	21 190
EG-Länder	Mill. DM	8 045	9 767	9 886	9 631	9 389	9 998	10 348	10 552	8 889
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 406	1 683	1 761	1 695	1 464	1 766	1 827	1 974	1 476
Dänemark	Mill. DM	386	554	480	561	432	487	507	481	433
Frankreich	Mill. DM	2 164	2 802	2 972	2 879	2 856	2 620	2 900	2 836	2 545
Großbritannien	Mill. DM	841	1 016	964	975	1 065	1 185	1 075	1 249	1 071
Irland	Mill. DM	50	59	56	56	51	67	62	65	55
Italien	Mill. DM	1 349	1 583	1 635	1 532	1 611	1 561	1 648	1 653	1 387
Niederlande	Mill. DM	1 849	2 070	2 018	1 932	1 910	2 312	2 327	2 294	1 922
Österreich	Mill. DM	819	1 041	1 006	960	1 040	1 127	1 157	1 116	1 198
Schweiz	Mill. DM	797	950	1 065	946	972	991	1 002	1 018	978
USA und Kanada	Mill. DM	1 255	1 369	1 272	1 451	1 392	1 661	1 692	1 803	1 603
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 038	3 475	3 332	3 281	3 792	3 606	3 729	4 258	3 933
Ostblockländer	Mill. DM	1 451	1 452	1 485	1 303	1 564	1 243	1 370	1 212	1 403

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehauauschlachtungen. - 5) Bis einschl. 1976 Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, ohne Bauindustrie; ab Januar 1977 produzierendes Gewerbe ohne Handwerk, Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1975	1976				1977			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	15 359	18 470	18 082	18 606	18 786	18 962	19 122	20 427	19 425
EG-Länder	Mill. DM	7 604	8 916	9 053	9 164	9 037	9 332	9 434	9 792	9 377
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 312	1 588	1 596	1 751	1 482	1 661	1 646	1 771	1 510
Dänemark	Mill. DM	232	274	247	274	247	243	243	308	263
Frankreich	Mill. DM	1 846	2 153	2 232	2 199	2 203	2 242	2 345	2 248	2 316
Großbritannien	Mill. DM	578	712	720	677	735	871	783	842	917
Irland	Mill. DM	56	67	67	105	67	67	69	82	81
Italien	Mill. DM	1 436	1 575	1 610	1 651	1 813	1 640	1 761	1 860	1 981
Niederlande	Mill. DM	2 144	2 547	2 581	2 508	2 489	2 607	2 587	2 680	2 309
Österreich	Mill. DM	316	408	429	428	431	473	465	461	542
Schweiz	Mill. DM	456	564	590	616	582	604	574	593	728
USA und Kanada	Mill. DM	1 332	1 657	1 526	1 670	1 592	1 560	1 678	1 929	1 519
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 070	3 788	3 433	3 697	3 938	3 881	3 843	4 185	3 879
Ostblockländer	Mill. DM	721	915	914	857	936	859	856	923	979
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	149,2	159,6	153,1	151,0	156,0	164,5	166,9 ^p	163,4 ^p	167,2 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	131,0	137,8	151,9	147,9	155,3	140,2	165,5 ^p
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	901	992	923	935	943	1 007	1 011	1 023	1 029 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	707	770	719	731	733	780	784	796	798 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	193	222	204	205	210	227	227	227	231 ^p
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	707	756	709	713	712	754	759	761	761 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	376	410	385	386	387	412	413	414	412 ^p
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	14 372	15 950	10 665	19 768	14 190	12 993	12 515	23 385	16 154
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	9 291	10 469	5 473	14 923	8 079	6 914	6 636	18 389	9 353
Lohnsteuer	Mill. DM	5 933	6 717	5 526	6 355	7 005	6 017	6 542	7 130	8 030
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 233	2 572	69	5 893	492	599	201	6 952	685
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	4 507	4 872	4 743	4 825	4 689	4 935	5 029	4 986	5 172
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 977	3 047	2 922	2 954	2 847	2 849	3 146	3 049	3 147
Bundessteuern	Mill. DM	3 066	3 272	3 081	3 260	3 202	3 217	3 301	3 317	3 451
Zölle	Mill. DM	271	310	299	305	309	350	319	343	296
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 862	2 734	2 594	2 718	2 716	2 676	2 812	2 802	2 993
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1970 = 100	138,7	147,8	148,2	148,9	149,0	154,5	154,9	154,0	152,2
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1970 = 100	133,2	149,0	149,0	145,2	144,6	145,5	143,8	143,7	144,9 ^p
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ³⁾	1970 = 100	135,5	140,8	140,6	141,0	141,7	144,7	144,8	144,8	144,8
Preisindex für Wohngebäude	1970 = 100	137,3	141,9	141,8	.	.	.	148,9	.	.
Bauleistungen am Gebäude ⁴⁾	1970 = 100	138,9	143,7	143,7	.	.	.	150,9	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1970 = 100	126,5	128,3	128,7	.	.	.	131,2	.	.
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 = 100	134,7	140,8	141,1	141,5	140,9	145,9	146,5	147,2	147,0
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	130,1	136,8	138,2	139,0	137,1	144,0	145,0	146,5	145,6
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	136,3	140,9	140,4	140,5	140,5	146,2	146,9	147,0	147,2
Wohnungsmiete	1970 = 100	133,2	140,0	139,8	140,1	140,5	143,8	144,2	144,5	145,0
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	165,5	176,4	175,0	175,9	175,6	177,8	177,1	177,4	177,6
Übriges für die Haushaltsführung	1970 = 100	131,0	135,5	135,4	135,3	134,4	139,6	140,3	140,2	140,1
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1970 = 100	143,4	150,1	150,7	150,9	151,5	152,8	154,1	154,3	154,4
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	141,3	148,1	147,7	148,2	148,5	153,3	153,8	154,3	154,7
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	130,8	135,8	135,5	135,7	135,9	138,8	138,9	139,1	139,3
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1970 = 100	129,4	133,6	132,5	132,6	132,6	139,1	139,2	139,4	139,5

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Bauleistungen am Bauwerk ohne Baunebenleistungen.

**Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau:
1,3% mehr im Jahre 1976**

Im Jahre 1976 wurden in Rheinland-Pfalz Mittel für insgesamt 7 591 Sozialwohnungen nach dem ersten und zweiten Förderungsweg bewilligt, das heißt für 1,3% mehr Wohnungen als im Vorjahr. Die Zahl der Wohnungen im ersten Förderungsweg verminderte sich um 4,9% auf 4 294, während im zweiten Förderungsweg eine Steigerung um 10,5% auf 3 297 Wohnungen zu verzeichnen war; von letzteren wurden 3 210 im Rahmen des Regionalprogramms des Bundes gefördert. Die Bewilligungen für Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern erhöhten sich um 372 auf 4 139 (+ 9,9%), für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern ergab sich mit 2 826 eine leichte Abnahme (— 5,7%). Als Bauherren dominierten erneut die privaten Haushalte, deren Anteil auf mehr als zwei Drittel anstieg. Die durchschnittliche Raumzahl (Zimmer und Küche) der im ersten Förderungsweg bewilligten Sozialwohnungen blieb mit 4,6 nahezu konstant, die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung erhöhte sich — vorwiegend infolge des gestiegenen Anteils an Eigentümerwohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern — um 0,9 qm auf 94,3 qm.

Die veranschlagten Finanzierungsmittel des ersten und zweiten Förderungsweges beliefen sich 1976 auf insgesamt 1,159 Mrd. DM, das sind 60 Mill. DM oder 5,5% mehr als im Jahr zuvor. Auf den ersten Förderungsweg entfielen 625 Mill. DM, auf den zweiten Förderungsweg 534 Mill. DM. Gegenüber 1975 ergab sich für den ersten Förderungsweg eine Reduzierung um 48 Mill. DM, für den zweiten dagegen eine Zunahme um 108 Mill. DM. Damit setzte sich für letzteren die schon seit mehreren Jahren beobachtete Tendenz einer zunehmenden Bedeutung weiter fort. Von den veranschlagten Finanzierungsmitteln entfielen auf Kapitalmarktmittel 47%, auf sonstige Mittel 38% und auf öffentliche Mittel 15%. Die reinen Baukosten je Wohnung erhöhten sich vorwiegend infolge der gestiegenen Zahl von Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern um 7,7% auf 113 300 DM. wr Mehr über dieses Thema auf Seite 212

16% weniger im 1. Halbjahr 1977

Im ersten Halbjahr 1977 wurden in Rheinland-Pfalz 2 475 Wohnungen in die Förderung mit öffentlichen Mitteln einbezogen. Das sind 16% weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres und sogar 29% weniger als in den ersten sechs Monaten des Jahres 1975. Ausschlaggebend für den Rückgang der Bewilligungen war die Entwicklung im ersten Förderungsweg, der Form des öffentlich geförderten Wohnungsbaus im engeren Sinn. Die Zahl der hier geförderten Wohnungen verminderte sich um 43% auf 987, während im zweiten Förderungsweg, wozu alle außerhalb des öffentlich geförderten Wohnungsbaus mit direkten staatlichen Hilfen begünstigte Bauvorhaben zählen, eine Steigerung um 23% auf 1 488 Bewilligungen zu verzeichnen war. Hiervon entfielen allein 1 402 Wohnungen oder 94% auf den Hauptträger dieses Programms, das Regionalprogramm des Bundes.

Die Zahl der geförderten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern verminderte sich um 125 auf 1 812 (— 6,5%); für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern ergab sich sogar ein Rückgang der Bewilligungen um 51% auf 384. ne

Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand um 1,3% zurückgegangen

Im ersten Halbjahr 1977 wurden von der öffentlichen Hand Tiefbauaufträge in Höhe von 340 Mill. DM vergeben; das sind 1,3% weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Nicht enthalten sind in dieser Summe Aufträge unter 25 000 DM. Die höchsten Anteile entfielen auf Straßenbauten (54%) und wasserwirtschaftliche Tiefbauten (16%). Bei den Auftragsvergaben für Straßen- und Straßenbrückenbauten konnte eine leichte Steigerung der Vergabesumme gegenüber den ersten sechs Monaten 1976 festgestellt werden.

Unter den Bauherren nahm erneut der Bund mit 58% des Auftragsvolumens die erste Stelle ein, gefolgt von Gemeinden und Gemeindeverbänden (27%), dem Land (10%) und sonstigen Bauherren (5%). Während die vom Bund in Rheinland-Pfalz für Tiefbaumaßnahmen eingesetzten Mittel mit 196 Mill. DM leicht rückläufig waren (— 4,3%), stiegen sie beim Land um 16% und bei Gemeinden und Gemeindeverbänden um 6% an. ne

Warenlager des Einzelhandels reicht für 58 Tage

Im Jahre 1975 registrierte der rheinland-pfälzische Einzelhandel eine Beschleunigung der Umschlagshäufigkeit seiner Warenlager. Diese Relation zwischen Umsatz und durchschnittlichem Lagerbestand, jeweils bewertet zu Einstandspreisen, erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 6 auf 6,3. Demnach wäre das Warenlager durchschnittlich alle 58 Tage vollständig ausverkauft. In der Praxis vollzieht sich jedoch die Erneuerung des Warenbestandes stetig, in den saisonabhängigeren Branchen ist sie allerdings stärkeren Schwankungen unterworfen.

Die Rohertragsquote des Einzelhandels, gemessen am Umsatz nach Abzug der Mehrwertsteuer, stieg nur geringfügig, nämlich von 26,9 auf 27,0%. Sie spiegelt die außerhalb der Warenbeschaffung angesiedelten Kosten, zum Beispiel für Personal, Werbung, Steuern, aber auch die Gewinnspanne, wider. Daß sie nahezu stagnierte, ist in Anbetracht des verstärkten Kostendrucks zunächst überraschend. Die Analyse der Gesamtentwicklung des Einzelhandels zeigt jedoch, daß der zur Kostendämpfung beitragende Personalabbau (1975 zu 1974: — 1,5%) und die Verschärfung des Wettbewerbs eine Erhöhung der Rohertragsquote weitgehend verhinderte.

Innerhalb der einzelnen Branchen verlief die Entwicklung unterschiedlich. Die Apotheken berichteten von einer Verringerung ihrer Rohertragsquote von 37,2 auf 36,4%, der Einzelhandel mit Textilien und Schuhen von einer Ausweitung von 36,3 auf 38,0%. Die höchsten Rohertragsquoten des Einzelhandels erzielten mit 60,3% die Fachgeschäfte für Wein und Spirituosen. Im Einzelhandel mit Tabakwaren sowie mit Kohle und Mineralölerzeugnissen waren diese Relationen mit 10,8 bzw. 15,2% besonders niedrig.

Der Wert des Wareneinkaufs nahm im Einzelhandel von 1974 auf 1975 um 12,2% zu. Weit über diesem Durchschnitt lagen die Zuwachsraten in den Fachzweigen Kraftwagen und Krafträder mit 31,0%, Wein und Spirituosen mit 34,4% sowie Hüte und Mützen mit 33,4%. Die Warenhäuser kauften dagegen nur für 5,6% mehr Waren ein als im Jahr zuvor, und auch in den Geschäften für Textilwaren und Schuhen erhöhte sich der Wareneinkauf lediglich um 5,1%.

Für den Inventurwert des Warenlagers am Ende des jeweiligen Geschäftsjahres wurde eine Steigerung um 6,5% errechnet, wozu die Preisentwicklung maßgeblich beitrug. sr

Erheblich mehr Kraftfahrzeuge zugelassen

Am 1. Juli 1977 waren in Rheinland-Pfalz 1 476 222 Kraftfahrzeuge für den Verkehr auf öffentlichen Straßen zugelassen. Das sind 82 126 oder 5,9% mehr als am 1. Juli 1976. Hierbei hat der Bestand an Personenkraftwagen und Kombis um 74 983 oder 6,5% zugenommen. Dieser Anstieg ist vor allem auf die Zunahme um 50 294 oder 12,2% bei den Wagen mit 1 500 bis 1 999 ccm Hubraum, zu denen zwei Fünftel aller Personenkraftwagen zählen, zurückzuführen. Aber auch die Fahrzeuge über 2 000 ccm Hubraum nahmen überdurchschnittlich, und zwar um 12 801 oder 14,7% zu. Dagegen erhöhte sich der Bestand in der Hubraumklasse von 1 000 bis 1 499 ccm nur um 1,4% auf 532 667 Fahrzeuge.

Mit einer verhältnismäßig hohen Steigerungsrate (+ 15,8%) hat sich der Bestand an Motorrädern auf 22 889 vergrößert. Kleinkrafträder wurden dagegen nur um 2,8% mehr gezählt. Weitere geringere Bestandserweiterungen ergaben sich für Zugmaschinen (+ 1,1%), Lastkraftwagen (+ 2,2%) sowie Kraftomnibusse und Sonderkraftfahrzeuge (je + 4,8%). Außerdem wurden 63 308 Kraftfahrzeuganhänger (+ 8,1%) gezählt, darunter 19 427 Wohnanhänger (+ 10,0%).

Zu dem Anwachsen des Kraftfahrzeugbestandes trugen wieder die Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen im 1. Halbjahr 1977 bei, die mit 92 000 in Rheinland-Pfalz (+ 9,6%) einen neuen Höchststand erreichten, darunter 82 400 Personen- und Kombinationskraftwagen (+ 10,5%). gz

Baulandpreise weitgehend stabil

In den ersten sechs Monaten des Jahres 1977 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 7 218 Baulandveräußerungen mit einer Gesamtfläche von 6,2 Mill. Quadratmetern registriert. Das bedeutet gegenüber dem vorausgegangenen Halbjahr zwar eine Steigerung der Kauffälle um 5,8%, die umgesetzte Fläche ging jedoch um 1,5% zurück. Verglichen mit den Resultaten der ersten Jahreshälfte 1976 ergab sich neben einer Zunahme der Verkaufsfälle um 9,7% auch eine um 6,2% größere Fläche. Für einen Quadratmeter baureifes Land wurden im ersten Halbjahr 1977 durchschnittlich 40,16 DM (+ 2% gegenüber 2. Halbjahr 1976) und für einen Quadratmeter Rohbauland 26,85 DM (— 23%) gezahlt. Der beachtliche Preisrückgang bei Rohbauland dürfte auf die Normalisierung der Nachfrage, nach einem verstärkten und teilweise aus spekulativen Gründen erfolgten Ankauf solcher Flächen in Großstadtnähe in den letzten Jahren, zurückzuführen sein. Die insgesamt umgesetzte Baulandfläche erbrachte eine Kaufsumme von 204 Mill. DM. Sie lag damit nur geringfügig über der des vorausgegangenen Halbjahres. Gegenüber dem Umsatz im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres konnte allerdings eine Steigerung um 17% verzeichnet werden.

Schwerpunkte der Baulandveräußerungen zeigten sich in Wohngebieten mit offener Bauweise und in Dorfgebieten. 97% der Verkaufsfälle und 92% des Flächenumsatzes wurden in diesen beiden Gebietsarten vermerkt. Bedingt durch die Struktur des Landes entfiel der größte Anteil der Verkäufe auf Gemeinden unter 2 000 Einwohner. Diese vereinigten 39% der Verkaufsfälle und den gleichen Anteil der Fläche auf sich. Erwartungsgemäß war in dieser Größenklasse auch der Preis je Quadratmeter baureifem Land mit 20,99 DM (1. Halbjahr 1976: 18,03 DM, 2. Halbjahr 1976: 19,31 DM) am niedrigsten. Bereits in der nächsthöheren Klasse (2 000 bis 5 000 Einwohner) stieg er auf 36,23 DM

(35,16 bzw. 35,76 DM) an. In Großstädten betrug der Durchschnittspreis für baureifes Land sogar 121,06 DM (90,21 bzw. 110,49 DM). Bei Rohbauland streute er zwischen 18,12 DM in Gemeinden bis 2 000 Einwohner und 66,47 DM in Großstädten. Nahezu zwei Fünftel des baureifen Landes und reichlich die Hälfte des Rohbaulandes wurden zu einem unter 20 DM liegenden Quadratmeterpreis veräußert. wf

1976 nahezu 64 700 Wohngeldempfänger

Am Jahresende 1976 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 64 687 Empfänger von Wohngeld; davon erhielten 60 446 (93%) Mietzuschüsse, die übrigen 4 241 (7%) Lastenzuschüsse. Die Mietzuschüsse beliefen sich auf 57,9 Mill. DM oder 90% der ausgezahlten Wohngeldbeträge, während nur 6,3 Mill. DM oder 10% Lastenzuschüsse betrafen. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch errechnete sich mit 70 DM; Haushalte mit Mietzuschuß brachten es im Mittel auf 68 DM, solche mit Lastenzuschuß auf 89 DM.

Wie schon in früheren Jahren dominierten auch 1976 unter den Empfängern von Mietzuschüssen die Rentner und Pensionäre, deren Anteil mit 72% gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben ist. Unter den Beziehern von Lastenzuschüssen befanden sich als stärkste Gruppe die Arbeiter (41%) vor Rentnern und Pensionären (36%). In der Unterscheidung nach Baualter und Ausstattung der Wohnungen schnitten Lastenzuschußempfänger günstiger ab als Mietzuschußempfänger. So lebten erstere nur zu 19% in Altbauwohnungen (Baualter bis 1948), während es bei den Mietern etwas mehr als drei Zehntel waren. Von den Einpersonenhaushalten konnten nicht weniger als 80% eine Wohnfläche von mehr als 30 qm in Anspruch nehmen; 94% der Zweipersonenhaushalte stand eine Wohnfläche von mindestens 40 qm zur Verfügung. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 216

Stundenverdienste im Handwerk um 5,3% gestiegen

Von November 1976 bis Mai 1977 erhöhten sich die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne der männlichen Arbeiter in den neun ausgewählten Handwerkszweigen um 5,3% auf 10,30 DM und die Bruttowochenverdienste um 3,6% auf 436 DM.

In der Unterscheidung nach Leistungsgruppen konnten die männlichen Junggesellen mit 8,3% die höchste Steigerungsrate bei den Bruttostundenlöhnen (8,37 DM) erzielen, während es die übrigen Arbeiter (9,14 DM) und die Vollgesellen (10,68 DM) auf 4,3 bzw. 3,8% brachten. Von den Vollgesellen erzielten im Beobachtungszeitraum die im Malerhandwerk erfaßten Beschäftigten mit 5,6% den höchsten Anstieg bei den Stundenlöhnen, die auch absolut mit 11,18 DM an der Spitze der ausgewählten Handwerkszweige lagen. Der niedrigste Anstieg der Stundenverdienste bei den Vollgesellen ist mit 0,6% im Bäckerhandwerk (9,82 DM) zu registrieren. Weitere unterdurchschnittliche Erhöhungen gab es in den Sparten Schlosserei (3,3%), Fleischerei (2,3%) sowie Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation (2,2%). Mit 5,1% erreichten die Vollgesellen im Kraftfahrzeugreparaturhandwerk zwar eine beachtliche Verbesserung ihrer Stundenlöhne auf 10,58 DM, doch lagen sie damit noch um 0,10 DM unter dem Durchschnittswert.

Rückläufig war sowohl die bezahlte (— 1,1%) als auch die geleistete Arbeitszeit (— 2,1%) mit 42,3 bzw. 37,8 Stunden, was auf eine Abnahme der bezahlten Mehrarbeitszeit zurückzuführen ist. hw

Übernachtungen 4% teurer

Wie in den meisten Bereichen des privaten Verbrauchs kam es auch bei den Dienstleistungen des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes zu weiteren Preissteigerungen, die sich innerhalb von zwölf Monaten (August 1976 bis August 1977) im Durchschnitt auf etwa + 6% beliefen. Bei den einzelnen Leistungen und insbesondere bei einer Unterscheidung nach Gemeindearten und Betriebskategorien zeigten sich allerdings teilweise beachtliche Abweichungen von diesem Mittelwert.

Die Übernachtungspreise stiegen im letzten Jahr um durchschnittlich 4,2% gegenüber + 6,4% in den vorausgegangenen zwölf Monaten, wobei mittlere Hotels und Pensionen diesen Wert überschritten (bis zu + 8%), während gute und einfache Hotels merklich darunter blieben. Unterschiedliche Preisentwicklungen bei Ein- und Zweibettzimmern waren kaum festzustellen.

Gängige Speisen wie Tagessuppe, Wiener Schnitzel, Schweinekotelett, Rumpsteak, Rindergulasch, Eier- und Fischgerichte erfuhren eine Preiserhöhung um durchschnittlich 6,8% (Vorjahr + 8,5%). Auch hier ergaben sich hinsichtlich der Betriebsformen differenzierte Steigerungsraten (zwischen + 2 und + 20%). Unter den Gerichten verzeichneten die Eierspeisen die stärksten Preisanstiege.

Bei den Getränken war ebenfalls eine sehr unterschiedliche Preisentwicklung festzustellen. Am spürbarsten erhöhten sich die Preise für Bohnenkaffee. Die Verteuerung betrug im Mittel aller Betriebskategorien + 16% (Vorjahr + 7%). Mit einer Preiserhöhung um 21% lagen die guten Hotels an der Spitze, während Cafés den Preis im Durchschnitt um 10% anhoben. Branntwein und Weinbrand wurden im Beobachtungszeitraum um 8 bzw. 10% teurer (Vorjahr + 3 bzw. + 4%). Die Steigerungsraten bei Bier und Sekt lagen mit jeweils etwas über + 5% bzw. mit + 3% in den beiden letzten Jahren gleich hoch. Wein wurde gegenüber 1976 um annähernd 6% teurer (1976 zu 1975: + 4%). wf

Weiterhin günstige Gemüsepreise bei sonst steigenden Verbraucherpreisen im September

Nach einer leichten Preisberuhigung in den Monaten Juli und August zeigte sich im September wieder ein verstärkter Preisauftrieb in nahezu allen Bereichen des privaten Verbrauchs. Beachtliche Preisnachlässe ergaben sich, jahreszeitlich bedingt, im wesentlichen nur bei einigen Frischgemüse- und Obstarten.

Zwei Fünftel der in die Beobachtung einbezogenen Nahrungsmittel verteuerten sich - wenn auch meist nur geringfügig - im Landesdurchschnitt von Mitte August bis Mitte September. Erheblich übertroffen wurde dieser Anteil bei Textil- und Lederwaren, wo nahezu neun von zehn der erfaßten Artikel im Preis anzogen. Die hier alljährlich um diese Zeit verstärkt zu beobachtenden Preiserhöhungen sind auf den Übergang von der Sommer- auf die Herbst-/Wintersaison zurückzuführen. Auch von den übrigen Gebrauchsgütern war die Hälfte Preissteigerungen unterworfen.

Die durchschnittlichen Preisaufschläge bewegten sich im wesentlichen um die 1%-Marke. Lediglich im Nahrungsmittelbereich waren bei Kopfsalat (+ 80%), Apfelsinen (+ 11),

Salatgurken und Bananen (+ 5), Frischfisch (+ 4), Bücklinge (+ 3) und bei Eiern (+ 2%) Überschreitungen festzustellen. Höhere Preisaufschläge zeigten sich auch bei Textilien, Bettfedern, Porzellan und Glaswaren.

Im Vergleich der September-Preise mit denen des Vorjahres ergaben sich spürbare Preisrückgänge nur bei Kartoffeln und Frischgemüse. Während Blattkohlsorten bis zu 52%, Mohrrüben und Zwiebeln um 30 und Salatgurken um 24% billiger verkauft wurden, erreichte der Kartoffelpreis nur etwa ein Drittel der Vorjahreshöhe. Preisnachlässe geringeren Umfanges zeigten sich außerdem bei Fernseh-, Radio- und einigen Elektrogeräten (bis - 4%) sowie bei Zahncreme (- 5), Benzin (bis - 6) und Heizöl (- 4%). Dagegen verteuerten sich innerhalb eines Jahres Fischfilet um 21% (Frischfisch am Stück nur um 8%), Margarine um 11, Gemüsekonserven bis 24%, Kakao um 12, Salat um 11, Bananen um 15, Bohnenkaffee um 36, Zigaretten um 17, Schnaps und Weinbrand bis 12%.

Bei nahezu drei Fünftel der Textil- und Lederwaren stiegen die Preise seit Jahresfrist um 5% oder mehr. Auch von den übrigen Gebrauchs- und Verbrauchsgütern verzeichnete ein Viertel Steigerungsraten von über 5%. Besonders betroffen waren Möbel (bis + 7%), Artikel mit verarbeiteten Bettfedern (bis + 14), Porzellan- und Glaswaren (bis + 10) und Eßbestecke (bis + 7%). Spürbare Verteuerungen erfuhren auch Schuhmacher- und Friseurleistungen sowie Kinobesuche (+ 8%) und teilweise die Mieten (bis + 6%). wf

Industrielöhne erneut gestiegen

Von April bis Juli 1977 erhöhten sich die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der Industriearbeiter und -arbeiterinnen (einschließlich Hoch- und Tiefbau) um 0,25 DM oder 2,3% auf 11,13 DM. Damit fiel im Gesamtdurchschnitt die prozentuale Veränderung etwas geringer aus als im vorangegangenen Quartal. Im Jahresvergleich Juli 1976 zu Juli 1977 ist der durchschnittliche Bruttostundenverdienst um 0,83 DM oder 8,1% gestiegen. Facharbeiter verdienten im Juli 1977 - verglichen mit April - in der Stunde 0,30 DM mehr (12,41 DM), angelernte Arbeiter + 0,20 DM (11,28 DM) und ungelernte Kräfte + 0,23 DM (9,69 DM). Mit 11,76 DM waren die Bruttostundenlöhne der männlichen Industriearbeiter um 3,51 DM höher als die der Frauen (8,25 DM). Facharbeiterinnen erzielten gegenüber April eine durchschnittliche Erhöhung ihrer Verdienste um 2,4% auf 8,92 DM, angelernte Industriearbeiterinnen um 2,7% auf 8,46 DM und ungelernte Arbeiterinnen um 1,1% auf 7,95 DM.

Die durchschnittlichen Wochenverdienste der Männer (506 DM) nahmen gegenüber April (490 DM) um 3,3% zu, nachdem bereits von Januar bis April 1977 ein Anstieg von 3,8% festgestellt worden war. Bei den Frauen stiegen die Wochenverdienste im Durchschnitt von April bis Juli um 2,8% auf 330 DM.

Die bezahlte Wochenarbeitszeit in der Industrie verlängerte sich von April 1977 zu Juli 1977 um eine halbe Stunde auf 42,5 Stunden und erreichte damit wieder den Stand des vergleichbaren Quartals des Jahres 1976.

Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen Angestellten in der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau erhöhten sich von April bis Juli 1977 um 55 DM oder 2,3% auf 2 463 DM, die der technischen Angestellten um 99 DM oder 3,4% auf 3 044 DM. ze

kurz + aktuell

Themen der letzten Hefte

Heft 4/April 1976

Weinmosternten 1950 - 1975
Sozialprodukt 1975
Studenten 1975/76
Lehrernachwuchs 1976
Erwerbstätigkeit 1975
Öffentliche Tiefbauaufträge 1975

Heft 5/Mai 1976

Voraussichtliche Entwicklung der deutschen Bevölkerung
in Rheinland-Pfalz bis 1990
Industrie 1975
Bauhauptgewerbe 1975

Heft 6/Juni 1976

LIS-Datei für kurzfristige Verlaufsanalysen
(„Konjunktur-Datei“)
Kinder und alte Leute im Straßenverkehr 1975
Personal im öffentlichen Dienst 1966 - 1975
Investitionen für Umweltschutz 1971 - 1974

Heft 7/8 Juli/August 1976

Ernteaussichten für 1976
Schulabgänger 1976
Bevölkerungsentwicklung 1975
Regionale Bevölkerungsprognose
Umsätze 1974
Baulandmarkt 1975
FINK - Finanzbuchhaltung in Krankenhäusern - 1. Teil

Heft 9/September 1976

Landkreis Birkenfeld
Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen
Verdienste 1975
Einzelhandel 1970 - 1974
FINK - Finanzbuchhaltung in Krankenhäusern - 2. Teil

Heft 10/Okttober 1976

Strukturverschiebungen der Industrie 1970 - 1976
Hochbautätigkeit 1975
Viehhaltung 1950 - 1975
Infrastrukturdatei des Landesinformationssystems

Heft 11/November 1976

Bundestagswahl 1976
Entwicklungsaussichten ausgewählter Bevölkerungs-
gruppen bis 1990
Schulbesuch und Abschlußprüfungen 1960 - 1975

Heft 12/Dezember 1976

Rheinland-Pfalz 1976 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung
Investitionen des produzierenden Gewerbes 1975
Straßennetz am 1. Januar 1976

Heft 1/Januar 1977

Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1976
Volkshochschulen 1975
Strafvollzug 1975/76
Sozialer Wohnungsbau 1973 - 1975
Wohngeld 1973 - 1975

Heft 2/Februar 1977

Allgemeinbildende Schulen 1976/77
Ausländer 1976
Bodennutzung 1950 - 1976
Fleischverbrauch und Fleischpreise 1950 - 1975
Umweltschutzinvestitionen 1975

Heft 3/März 1977

Berufsbildende Schulen 1976/77
Meldepflichtige Krankheiten 1976
Betriebsklassifizierung und Betriebseinkommen in der
Land- und Forstwirtschaft 1974/75
Bauhauptgewerbe 1976
Regionale Einzelhandelsumsätze 1974

Heft 4/April 1977

Rheinland-Pfalz 1947

Heft 5/Mai 1977

Lehrernachwuchs 1977
Altersstruktur der Lehrer 1955 - 1976
Religions- und Ethikunterricht 1976
Verunglückte Kinder und Jugendliche 1976
Beschäftigten- und Entgeltstatistik
Öffentliche Tiefbauaufträge 1976
Arbeitskosten im Handel, bei Banken
und Versicherungen 1974

Heft 6/Juni 1977

Industrie 1976
Erwerbstätigkeit 1976
Tödliche Unfälle 1976
Sozialhilfeempfänger 1965 - 1975

Heft 7/Juli 1977

Kindersterbefälle 1976
Außenhandel mit Nordamerika
Baulandmarkt 1976
Preise und Löhne 1974 - 1976

Heft 8/9 August/September 1977

Bevölkerungsentwicklung 1976
Nachfrage der Schulabgänger 1977 nach Ausbildungsstellen
Studienwünsche der Abiturienten 1977
Ernteaussichten 1977
Gastgewerbe und Fremdenverkehr 1976/77
Hochbautätigkeit 1976
Vermögensmillionäre 1974

Themen der folgenden Hefte

Volkshochschulen 1976
Arbeitnehmerverdienste 1976
Wasserversorgung und Abwasserentsorgung
1975
Investitionen 1976
Einzelhandel 1975
Rheinland-Pfalz 1977 - Daten zur wirtschaftlichen
Entwicklung

BEZEICHNUNG DER SCHULE, ANSCHRIFT UND TELEFON	A. SCHULTRAEGER B. RECHTSSTATUS C. BETREUUNGSFORM	BILDUNGSGANG ODER BERUFSFELD	UN- TERR. FORM	KLASSEN	AUS-/ ABBAU	SCHUELER INSGES. WEIBL.	LEHR- A. VOLI B. TEIL
BERUFSBILDENDE SCHULE II FELDBERGPLATZ 4 6500 MAINZ TEL.-NR. 06131/122615	A. KREISFREIE STADT B. STAATLICHE SCHULE	BFELD: GESUNDH. PFL. BFELD: HAUSWIRTSCH. BFELD: LANDWIRTSCH. BFELD: NICHTBEHIND. BAS: HAUSW-SOZ. PFL. BF: 2J. HAUSW-SOZ. BF: 2J. HOE. HAUSW. BF: 1J. KINDERPFL. FOS: SOZIALPAEDAG. FS: SOZIALPAEDAG.	TZ VT BU TZ VZ VZ VZ VZ VT VZ	3 9 3 10 1 5 2 3 5 50*	V. AUSG. V. AUSG. V. AUSG. V. AUSG. V. AUSG. V. AUSG. V. AUSG. V. AUSG. V. AUSG. V. AUSG.	68 68 183 169 50 15 204 204 8 8 32 29 127 114 28 28 70 69 131 88 252 244 1193*1036*	A. 50 B. 7
BERUFSBILDENDE SCHULE III AM JUDENSAND 8	A. KREISFREIE STADT B. STAATLICHE SCHULE	BFELD: WIRTS+VERW. BFELD: FARB+RAUMG. BFELD: NICHTBEHIND. BAS: WIRTSCHAFT FOS: WIRTSCHAFT FS: WIRTSCHAFT	VZ TZ VZ VT VT VZ	134 3 1 4 4 3	V. AUSG. V. AUSG. V. AUSG. V. AUSG. V. AUSG. V. AUSG.	3148 2256 55 23 14 6 94 41 98 33 73 21 3482*2380*	A. 70 B. 4
BERUFSBILDENDE SCHULEN							
512 DR. ZIMMERMANN'SCHE WIRTSCHAFTSSCHULE MAINZER STRASSE 50 5400 KOBLENZ TEL.-NR. 0261/36981	A. SONST. FREIE TRAEAG B. ERSATZSCHULE/ STAATL. ANERKANNT C. GANZTAGSSCH. J.M	BFELD: WIRTS+VERW. BF: 2J. WIRTSCHAFT BF: 2J. HOE. WIRTS. FOS: WIRTSCHAFT FS: WIRTSCHAFT	VZ VZ VZ VZ VZ	2 7 4 1 2	V. AUSG. V. AUSG. V. AUSG. V. AUSG. V. AUSG.	71 31 254 109 136 72 30 9 54 19 545* 240*	A. B.
29 FREMSPRACHEN- UND DOLMETSCHER- INSTITUT KUENSTER SCHLOSS-STRASSE 8 5400 KOBLENZ TEL.-NR. 0261/34993	A. SONST. FREIE TRAEAG B. SONST. PRIVATE ERGAENZUNGSSCHULE	BF: FREMSPRACHEN	VZ	3	V. AUSG.	23 19	A.
69 INLINGUA SPRACHSCHULE MAINZERSTRASSE 19 5400 KOBLENZ TEL.-NR. 0261/34013	A. SONST. FREIE TRAEAG B. SONST. PRIVATE ERGAENZUNGSSCHULE	BF: FREMSPRACHEN					
10 KINDERKRANKENPFLEGESCHULE AM STAEDTISCHEN KRA KOBLENZ							

BEZEICHNUNG DER SCHULE, ANSCHRIFT UND TELEFON	A. SCHULTRAEGER B. RECHTSSTATUS C. BETREUUNGSFORM	BILDUNGSGANG ODER BERUFSFELD	UN- TERR. FORM	KLASSEN	AUS-/ ABBAU	SCHUELER INSGES. WEIBL.	LEHR- A. VOLI B. TEIL
529 BERUFSBILDENDE SCHULE DER STADT LUDWIGSHAFEN FRANZ-ZANG-STRASSE 3-7 LUDWIGSHAFEN AM RHEIN 5400 KOBLENZ TEL.-NR. 0261/194	A. KREISFREIE STADT B. KOMMUNALE SCHULE	FS: MASCHINENTECH. FS: ELEKTROTECHNIK	VT TZ	4 8*	V. AUSG. V. AUSG.	62 1 79 0 141* 1*	A.
SCHULEN DES GESUNDHEITSWESENS							
		FS: CHEMIE FS: PHYSIK	TZ TZ	3 1 4*	V. AUSG. V. AUSG.	76 9 14 1 90* 10*	A.

SCHULEN DES GESUNDHEITSWESENS

UNTER AUFSICHT DES MINISTERIUMS FUER SOZIALES, GESUNDHEIT UND SPORT

REGIERUNGSBEZIRK RHEINHESSEN-PFALZ

SCHULNR.	BEZEICHNUNG DER SCHULE
61203	KRANKENPFLEGEHILFERIN AM STAEDTISCHEN KRANK
61096	KINDERKRANKENPFLEGESCHULE AM STAEDTISCHEN KRANK
61486	KRANKENPFLEGESCHULE AM STAEDTISCHEN KRANK
63365	PFLEGEVORSCHULE AM KREISKRANKENHAUS
63112	KRANKENPFLEGEHILFESCHULE AN DER PFALZKLINIK LA
61546	KRANKENPFLEGESCHULE AN DER PFALZKLINIK LA
61533	KRANKENPFLEGESCHULE AM STAEDTISCHEN KRANK
62748	KRANKENPFLEGEHILFESCHULE AN DEN STAEDTISCHEN K
62658	KRANKENPFLEGESCHULE AN DEN STAEDTISCHEN K
62002	STAATL. ANERKANNTE LE MED.-TECHN., LABOR- UN ASSISTENTINNEN AN DEN STAEDT. KRANKE

Soeben ist das Verzeichnis erschienen:

BERUFSBILDENDE SCHULEN IN RHEINLAND-PFALZ SCHULJAHR 1976/77

Umfang 62 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 7,-

Das Verzeichnis der berufsbildenden Schulen 1976/77 wurde vom Kultusministerium Rheinland-Pfalz in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz erstellt.

Es ist in zwei Teile untergliedert. Im ersten Teil sind alle Angaben über die Organisationseinheit Schule aufgeführt. Neben der Anschrift sind hier u. a. Angaben über den Schulträger, den Rechtsstatus und die Betreuungsform gemacht, und für jede Schule sind als wichtigste Eckdaten die Zahl der Klassen und Schüler je Bildungsgang bzw. Berufsfeld und die Zahl der hauptberuflichen Lehrer angegeben. Der zweite Teil ist untergliedert in die Schulformen Berufsschule, Berufsaufbauschule, Berufsfachschule, berufliches Gymnasium, Fachoberschule, Fachschule (unter Aufsicht des Kultusministeriums), Schulen des Gesundheitswesens sowie Fachschulen (unter Aufsicht des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Umweltschutz).